

RESOCONTO STENOGRAFICO - SITZUNGSBERICHT

Ore 10.11

VORSITZ: PRÄSIDENT PAHL
PRESIDENZA DEL PRESIDENTE PAHL

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet, ich bitte um den Namensaufruf.

PINTER: *(Segretario):(fa l'appello nominale)*
(Sekretär):(ruft die Namen auf)

PRÄSIDENT: Folgende Abgeordnete haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt: Dellai, Thaler-Zelger, Durnwalder und Kasslatte-Mur nach 16.30 Uhr.

Ich bitte um die Verlesung des Protokolls.

PINTER: *(Segretario):(legge il processo verbale)*
(Sekretär):(verliest das Protokoll)

PRÄSIDENT: Sind Einwände zum Protokoll? Keine. Somit gilt das Protokoll als genehmigt.

Ich bitte die Abgeordneten sich für eine Gedenkminute von ihren Sitzen zu erheben:

Am 23. Jänner 2007 ist der ehemalige Regionalratsabgeordnete Dr. Karl Vaja verstorben. Er ist in den Reihen der SVP in der sechsten und siebten Legislaturperiode zum Regionalratsabgeordneten gewählt worden und war somit vom 13. Dezember 1968 bis zum 12. Dezember 1978 im Amt.

In der sechsten Legislaturperiode war er Mitglied der 2. Gesetzgebungskommission und Vizepräsident der 3. Gesetzgebungskommission. Vom 14. Mai 1970 bis 20. Februar 1973 hatte er das Amt eines Regionalassessors inne.

In der siebten Legislaturperiode wurde er zum Regionalratspräsidenten gewählt.

L'8 febbraio 2007 è deceduto il comm. Spartaco Marziani, eletto Consigliere regionale dal 13 dicembre 1960 al 13 dicembre 1964 e dal 15 novembre 1967 al 12 dicembre 1983, nelle fila della D.C., nelle Legislature quarta, quinta, sesta, settima ed ottava.

Nella quarta Legislatura è stato membro dell'Ufficio di Presidenza in qualità di Segretario questore dal 13 dicembre 1960 al 13 dicembre 1964, Segretario della Commissione legislativa dell'agricoltura dal 5 gennaio 1961 al 13 dicembre 1964 e Membro della Commissione legislativa delle finanze dal 5 gennaio 1961 al 13 dicembre 1964.

Nella quinta Legislatura, il 20 novembre 1967, è stato eletto Assessore regionale.

Nella sesta Legislatura è stato Capogruppo della D.C., nonché Membro della Commissione di Convalida dall'11 luglio 1973 al 12 dicembre 1973 e della I Commissione legislativa dal 28 febbraio 1969 al 12 dicembre 1973.

Nella settima Legislatura, il 26 gennaio 1977 è stato eletto Presidente della Regione.

Nell'ottava Legislatura, dal 13 giugno 1981 al 12 dicembre 1983, è stato membro dell'Ufficio di Presidenza in qualità di Vicepresidente del Consiglio e ha fatto parte della I Commissione Legislativa dal 7 maggio 1981 al 12 dicembre 1983.

Nel rivolgere alle rispettive famiglie i sentimenti di vivo cordoglio dell'intera Assemblea, invito i Signori Consiglieri ad un minuto di raccoglimento.

Ich verlese die Mitteilungen.

Am 26. Jänner 2007 hat der Regionalausschuss den Gesetzentwurf Nr. 37: „Grundsätze betreffend die Ordnung des Personals der Gemeinden“ eingebracht.

Die Anfragen Nr. 153, 154, 155 und 157 sind beantwortet worden. Der Text der Anfragen und die entsprechenden schriftlichen Antworten bilden integrierten Bestandteil des stenographischen Berichtes über diese Sitzung.

Einige Mitteilungen zum Ergebnis der Sitzung der Fraktionsvorsitzenden: Wir haben folgende Vorgangsweise beschlossen: Auf Vorschlag des Abgeordneten und Fraktionssprechers der Südtiroler Volkspartei, Abg. Lamprecht, soll der Punkt Nr. 13) vorgezogen werden. Es betrifft einen Gesetzentwurf über humanitäre Hilfen. Die Fraktionssprecher haben sich einstimmig dafür ausgesprochen und somit müssen wir hier in der Aula nur über die Vorziehung dieses Punktes abstimmen. Wer ist für die Vorziehung dieses Punktes? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Somit wird der Punkt Nr. 13) behandelt. Ich erinnere nur noch am 16. Februar ist der Regionalrat in außerordentlichen Sitzung einberufen, zum Treffen mit dem Präsidenten der ersten ständigen Kommission der Kammer, On. Violante. Wir treffen uns hier um 10.00 Uhr. Die Fraktionssprecher haben bereits vorher abends ein Treffen mit ihm. Wie auch vereinbart worden ist beim Treffen mit On. Violante, das von 10.00 bis 13.00 Uhr dauert, hält zuerst On. Violante einen Vortrag zum Thema Verhältnis Staat- Regionen, Föderalismus in Italien. Es geht konkret um die Anwendung des Art. 5 der Verfassung. Anschließend können die Fraktionssprecher noch fünf Minuten dazu Stellung nehmen, dann kommt die Replik von On. Violante und dann ist die Sitzung um 13.00 Uhr geschlossen.

Wir beginnen jetzt mit der Behandlung des Tagesordnungspunktes Nr. 13): **Gesetzentwurf Nr. 36: Unterstützung von humanitären Initiativen in Ländern, die von Kriegen und Katastrophen betroffen sind oder sich in besonders schwierigen Verhältnissen befinden** - eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Pahl und Lamprecht.

Ich bitte den Abg. Lamprecht und die Verlesung des Berichtes.

LAMPRECHT:

BEGLEITBERICHT

Das Regionalgesetz Nr. 11 vom 30. Mai 1993 – abgeändert mit Regionalgesetz vom 29. November 1996, Nr. 5 – betreffend „Initiativen zur Unterstützung von Völkern der Nicht-EG-Länder, die von Kriegen oder Katastrophen betroffen sind oder sich in besonders schwierigen Verhältnissen befinden“, wurde zu einer Zeit erlassen, als noch keines der damaligen Ostblockländer zur EU gehörte. Die EU bestand damals aus Ländern, die schon relativ wohlhabend waren. Darum hat der Gesetzgeber jene Länder der EU vernünftigerweise von der Förderung humanitärer Initiativen ausgeschlossen. Inzwischen hat sich die EU jedoch bedeutend erweitert, nun gehören auch einige weniger wohlhabende Länder dazu. Rumänien und Bulgarien bleiben trotz ihrer EU-Mitgliedschaft (01.01.07) wohl noch auf längere Zeit gekennzeichnet von besonderer Armut und wirtschaftlicher Notlage. Um dem Gesetzeszweck zu entsprechen, erscheint es darum sinnvoll, in diesen Ländern weiterhin humanitäre Initiativen zu unterstützen.

Der Gesetzesentwurf verändert also die ursprüngliche Zielsetzung der Hilfe für Länder in besonderen Notlagen nicht, sondern bestätigt die Zielsetzung und passt die Formulierung an die neue Situation an. Die Regionalregierung wird auf diese Weise in die Lage versetzt, für Rumänien und Bulgarien bzw. für jedes Land in der Welt, das von besonderen Notlagen betroffen ist, weiterhin Hilfe zu leisten. Dieses Prinzip wurde bisher verfolgt, weshalb nicht zur EU gehörende, aber wohlhabende Länder (ob europäische oder außereuropäische Länder) nicht in die Förderung mitbezogen wurden. Beispielsweise wurden in Ländern wie Japan, Taiwan, Singapur, Monaco, San Marino, Andorra u.a.m. keine humanitären Initiativen gefördert.

Dieser Gesetzesentwurf bestätigt folglich die bisherige Zielsetzung und sieht nur eine textliche Anpassung vor. So wird lediglich der Begriff „Nicht-EG-Länder“ durch „Länder“ bzw. durch die Worte: „Länder, die von Kriegen oder Katastrophen betroffen sind oder die sich in besonders schwierigen Verhältnissen wirtschaftlicher oder sozialer oder bildungsmäßiger Art befinden“ ergänzt. In letzterem Fall handelt es sich um die im geltenden Gesetz bereits mehrfach verwendete Formulierung, deren Anfügung aus Verständnisgründen in einem Fall (Artikel 3 Absatz 1 letzter Satz) sinnvoll erscheint.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Lamprecht. Wir kommen jetzt zum Art. 1, der der einzige Artikel dieses Gesetzes ist. Die Gesetzgebungskommission hat hier keinen eigenen Bericht verfasst, weil die Abstimmung einstimmig und ohne Diskussion erfolgt ist. Es folgt also der Übergang zur Sachdebatte und die Abstimmung ist identisch. Es findet also nur eine einzige Abstimmung statt, sofern nicht Wortmeldungen sind.

Ich verlese den Art. 1:

Art. 1

1. Im Regionalgesetz vom 29. November 1996, Nr. 5, werden die Worte „Nicht-EG-Länder“ jedes Mal ersetzt durch die Worte: „Länder“, und im Artikel 2, Absatz 2, sowie im Artikel 3, Absatz 1, letzte Zeile, werden außerdem

die Worte angefügt: „die von Kriegen oder Katastrophen betroffen sind oder die sich in besonders schwierigen Verhältnissen wirtschaftlicher oder sozialer oder bildungsmäßiger Art befinden.“.

Art. 1

1. Nella legge regionale del 29 novembre 1996, n. 5 sono soppresse le parole “extracomunitari” e “extracomunitarie”. Nell’articolo 2, comma 2, alla parola “popolazioni” e nell’articolo 3, comma 1, ultima riga sono aggiunte le seguenti parole “colpite/colpiti da eventi bellici o calamitosi o che vengono a trovarsi in condizioni di difficoltà economica o sociale o di natura formativa.”.

Sind Wortmeldungen dazu? Keine. Dann verteilen wir die Stimmzettel für die Abstimmung.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENT: Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt:

Abstimmende:	57
Jastimmen:	48
Neinstimmen:	3
Weiße Stimmzettel:	6

Damit ist das Gesetz angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt Nr. 1): **Gesetzentwurf Nr. 23: Änderungen zum Regionalgesetz vom 30. November 1994, Nr. 3 „Direktwahl des Bürgermeisters und Änderung des Systems der Wahl der Gemeinderäte sowie Änderungen des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1“ in geltender Fassung** - eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Urzì, Holzmann, de Eccher und Minniti.

Ich bitte den Abg. Urzì um die Verlesung des Berichtes.

URZÌ:

RELAZIONE

La legge regionale che disciplina la elezione dei Consigli, dei sindaci e il procedimento di formazione delle giunte comunali ha mostrato dopo la tornata elettorale del maggio 2005 dei limiti che hanno concesso margini di discrezionalità agli amministratori oltre lo stesso spirito della legge stessa e del legislatore regionale che solo nel 2004 ha proceduto ad una ampia revisione delle fonti.

In questo processo di revisione si è, comprensibilmente, omessa la specificazione di condizioni che apparivano assodate e condivise.

In particolare ci si riferisce alle condizioni dettate dalla legge entro le quali procedere nella formazione delle giunte comunali ed in particolare nella nomina dei vicesindaci, laddove individuati.

Il caso di Bronzolo ha permesso l’affiorare delle contraddizioni della legge regionale nel dettare le condizioni di tutela dei gruppi linguistici

nell'ambito della provincia di Bolzano. Diverse di queste condizioni sono dettate con assoluta chiarezza, altre sono lasciate intendere ed ora hanno la necessità di essere precisate per non lasciare margini ad una discrezionalità che lede lo spirito della legge nel suo complesso.

Le regole a tutela dell'equilibrato rapporto fra i gruppi linguistici sono diverse. Le citiamo: riguardano la proporzione degli assessori dei diversi gruppi nell'ambito dell'esecutivo, o la chiamata in giunta di assessori di un gruppo linguistico minoritario in presenza di almeno due consiglieri eletti, o ancora la nomina di un vicesindaco del gruppo linguistico minoritario (formalmente del gruppo maggiore diverso da quello del sindaco) nei comuni con oltre 13.000 abitanti.

È rimasta scoperta una condizione particolare che merita oggi di essere sanata con adeguato provvedimento legislativo regionale.

Si tratta della elezione di sindaco e vicesindaco quando questi appartengano ad un medesimo gruppo linguistico nell'ambito di un comune la cui popolazione appartenga in maggioranza ad un gruppo linguistico diverso.

Attualmente la legge regionale non crea condizioni di garanzia affinché in comuni con una popolazione appartenente in maggioranza ad un gruppo linguistico non si possano determinare le condizioni per la elezione di sindaco e vicesindaco di gruppo linguistico diverso, e quindi di minoranza.

Ovviamente va salvaguardato il principio generale della elezione diretta da parte dei cittadini del sindaco, quindi riconoscendo agli stessi il diritto alla elezione di un candidato anche di gruppo linguistico diverso rispetto a quello della maggioranza del comune. Tale principio va salvaguardato e da esso discende la libera determinazione degli elettori nella scelta del primo cittadino, ritenuto più meritevole, non predeterminando la sua elezione in relazione alla propria appartenenza ad un dato gruppo linguistico.

Il Consiglio provvede successivamente alla elezione della giunta comunale ed al sindaco è delegata la funzione di assegnare le competenze, comprendendo in esse anche quella di vicesindaco.

E' opportuno introdurre, in questa procedura, una forma di garanzia a tutela della comunità linguistica più significativa nell'ambito del comune, diversa da quella del sindaco.

Si ritiene, coerentemente con le altre norme di garanzia introdotte nella legge regionale a tutela dell'equilibrato rapporto nell'esecutivo fra i gruppi linguistici, che il vicesindaco (nel caso il sindaco eletto direttamente dai cittadini appartenga a gruppo linguistico diverso da quello della maggioranza residente sul territorio comunale) appartenga al gruppo linguistico della maggioranza di residenti nel territorio comunale.

Ciò al fine di evitare, come accaduto a Bronzolo, in assenza di una adeguata regolamentazione da parte della legge regionale, che sindaco e vicesindaco possano appartenere al medesimo gruppo linguistico che non corrisponde a quello della maggioranza della popolazione residente in quel dato territorio comunale.

Si richiede al Consiglio regionale di provvedere al chiarimento legislativo utile a introdurre le necessarie clausole di garanzia a tutela di un equilibrato rapporto fra i gruppi linguistici nell'ambito delle giunte comunali dell'Alto Adige. Grazie Presidente.

**ASSUME LA PRESIDENZA IL VICE PRESIDENTE MAGNANI
VIZEPRÄSIDENT MAGNANI ÜBERNIMMT DEN VORSITZ**

PRESIDENTE: Prego il Presidente della I Commissione legislativa di relazionare in merito.

PARDELLER:

BERICHT

Die 1. Gesetzgebungskommission hat den von den Regionalratsabgeordneten Urzì, Holzmann, de Eccher und Minniti eingebrachten Gesetzentwurf Nr. 23 "Änderungen zum Regionalgesetz vom 30. November 1994, Nr. 3 „Direktwahl des Bürgermeisters und Änderung des Systems der Wahl der Gemeinderäte sowie Änderungen des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1“ in geltender Fassung, in der Sitzung vom 15. September 2005 beraten.

Im Rahmen der Erläuterung wies Abg. Urz darauf hin, dass für die Vorlegung des Gesetzes die Begebenheiten ausschlaggebend gewesen waren, die sich in der Gemeinde Branzoll zugetragen haben, wo sowohl der Bürgermeister als auch der Vizebürgermeister ein und derselben Sprachgruppe angehören und zwar jener Sprachgruppe, die auf Gemeindeebene nicht die Mehrheit stellt.

Mit dem vorliegenden Gesetz – so Abg. Urzì weiter – soll den Bürgern das Vertretungsrecht der eigenen Sprachgruppe institutionell zugesichert werden, so wie dies bereits jetzt für die Gemeinden mit einer Bevölkerung von mehr als 13.000 Einwohnern vorgesehen ist.

Abg. Baumgartner vertrat die Ansicht, dass die Fragen hinsichtlich der Ordnung der größeren Gemeinden in der Satzung und in den entsprechenden Gesetzesbestimmungen geklärt werden, während es seiner Meinung nach angemessen ist, den kleineren Gemeinden selbst die Entscheidung diesbezüglich zu überlassen.

Frau Abg. Kury hob hervor, dass mit dem Gesetzentwurf nicht das Problem der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung der gemischtsprachigen Personen, die sich nicht als solche erklären können, einer Lösung zugeführt wird.

Laut Auffassung von Frau Abg. Kury muss die politische Koalition vor der Zugehörigkeit zu einer Sprachgruppe stehen und aus diesem Grund kündigte die Abgeordnete ihre Gegenstimme zum Gesetzentwurf an.

Assessor Amistadi anerkannte die aufgeworfene Problematik, unterstrich jedoch gleichzeitig die Notwendigkeit, den Gemeinden die größtmögliche Autonomie zuzuerkennen.

Abg. Urzì erinnerte in seiner Replik daran, dass das Sonderstatut auch mittels „ethnischer Hürden und politischer Verzerrungen“ die institutionelle Vertretung der Sprachgruppen gewährleistet, so dass die Zusammensetzung des Gemeindeausschusses von Branzoll sicherlich eine Anomalie darstellt. Wenn man dieses Problem bewusst ignoriert, kann dies zu einer ständig fortschreitenden Verarmung des institutionellen Lebens auf Gemeindeebene und dazu führen, dass es in der Provinz Bozen bald keine italienischen Vizebürgermeister mehr gibt.

Da der Gesetzentwurf nur aus einem einzigen Artikel besteht, ließ Kommissionsvorsitzender Pardeller über die Gesetzesvorlage in ihrer Gesamtheit abstimmen. Der Gesetzentwurf wurde bei 1 Jastimme des Abg. Urzi, 8 Gegenstimmen (Abg. Pardeller, Baumgartner, Ghirardini, Ladurner, Pahl, Pallaoro, Parolari und Turella) und 1 Stimmenthaltung (Abg. Mosconi) abgelehnt.

Der Gesetzentwurf wird nun zur weiteren Beratung an den Regionalrat weitergeleitet.

RELAZIONE

La I Commissione legislativa ha esaminato, nella seduta del 15 settembre 2005, il disegno di legge n. 23: 'Modifiche alla legge regionale 30 novembre 1994, n. 3 "Elezione diretta del sindaco e modifica del sistema di elezione dei consigli comunali nonché modifiche alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1" e successive modifiche', presentato dai consiglieri regionali Urzi, Holzmann, de Eccher e Minniti.

Nell'illustrare il disegno di legge, il cons. Urzi dichiara che esso è stato ispirato dalla situazione venutasi a creare nel comune di Bronzolo dove il sindaco ed il vicesindaco appartengono allo stesso gruppo linguistico, che nella fattispecie è quello meno rappresentativo della popolazione del comune.

Con questa iniziativa legislativa, il consigliere intende garantire istituzionalmente ai cittadini il diritto di rappresentatività del proprio gruppo linguistico, come è già previsto per i centri con popolazione superiore ai 13.000 abitanti.

Il cons. Baumgartner afferma di ritenere che per i comuni più grandi le questioni relative al loro ordinamento siano definite puntualmente dallo Statuto e dalla normativa, mentre per centri più piccoli ritiene sia preferibile lasciare loro la potestà di disciplinare autonomamente tale materia.

Secondo la cons. Kury il disegno di legge non affronta il problema della dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico dei bilingui, che non possono dichiararsi tali.

La consigliera dichiara che a suo avviso è più importante la coalizione del gruppo politico che l'appartenenza al gruppo linguistico e quindi annuncia il suo voto contrario al disegno di legge

L'assessore Amistadi, riconoscendo la delicatezza del problema, afferma la necessità di garantire le più ampie forme di autonomia alle realtà comunali.

Il cons. Urzi, in sede di replica, ricorda che lo Statuto garantisce anche tramite "paletti etnici e forzature politiche" la rappresentanza istituzionale dei gruppi linguistici e pertanto la composizione della giunta comunale di Bronzolo rappresenta un'anomalia, che se volutamente ignorata può aprire la strada ad un progressivo depauperamento della vita istituzionale comunale ed alla scomparsa dei vicesindaci italiani nella Provincia di Bolzano.

Trattandosi di un disegno di legge composto da un unico articolo, il Presidente pone in votazione finale il disegno di legge, che risulta respinto con 1 voto favorevole (cons. Urzi), 8 voti contrari (conss. Pardeller, Baumgartner,

Ghirardini, Ladurner, Pahl, Pallaoro, Parolari e Turella) e 1 astensione (cons. Mosconi).

Si rimette pertanto il disegno di legge all'ulteriore esame del Consiglio regionale.

PRESIDENTE: Do lettura dell'art. 1:

Art.1

Alla legge regionale 30.11.1994, n° 3, art. 2, comma 5, è aggiunto il seguente comma 5 bis:

Nei comuni della provincia di Bolzano con popolazione inferiore ai 13.000 abitanti, qualora il sindaco eletto appartenga a gruppo linguistico diverso da quello della maggioranza dei residenti in quel comune, come risulta dai dati dell'ultimo censimento, il vicesindaco deve necessariamente appartenere al gruppo linguistico della maggioranza dei cittadini di quel comune.

DENICOLO':

Art. 1

Im Regionalgesetz vom 30. November 1994, Nr. 3, wird im Artikel 2 nach Absatz 5 der nachstehend angeführte Absatz 5 bis eingefügt:

„5 bis. In den Gemeinden der Provinz Bozen mit einer Bevölkerung von weniger als 13.000 Einwohnern, in denen der gewählte Bürgermeister einer anderen Sprachgruppe angehört als der gemäß den Ergebnissen der letzten Volkszählung auf Gemeindeebene am stärksten vertretenen Sprachgruppe, muss der Vizebürgermeister auf jeden Fall Ausdruck jener Sprachgruppe sein, der die Mehrheit der Bürger der Gemeinde angehört“.

PRESIDENTE: Secondo quanto previsto dall'art. 74 del Regolamento interno, il disegno di legge verrà sottoposto ad un'unica votazione.

È aperta la discussione. Ha chiesto di intervenire il cons. Urzì. Ne ha facoltà.

URZÍ: Grazie, Presidente. Illustriamo il quadro. All'indomani delle elezioni amministrative in provincia di Bolzano si è presentato un caso singolare, significativo che ha attirato l'attenzione delle forze politiche e dell'opinione pubblica per la sua stravaganza, anomalia e soprattutto per la sua novità.

Il quadro è quello che riguarda, nel caso specifico, il comune di Bronzolo, uno dei sei comuni della provincia di Bolzano dove il gruppo linguistico italiano, secondo i dati dell'ultimo censimento linguistico, è in maggioranza, nel caso specifico una larga maggioranza della popolazione.

Ebbene si è venuta a determinare una condizione un po' paradossale, per cui nel comune di Bronzolo sia stato eletto e questo secondo il principio democratico della libera determinazione degli elettori, principio che ovviamente va salvaguardato, rispettato e qui vogliamo ribadirlo, è stato eletto un sindaco espressione del gruppo linguistico tedesco, o perlomeno dichiarato al gruppo linguistico tedesco, veniva a costituire la prima delle condizioni un po' singolari e curiose, ossia che un comune a maggioranza di lingua italiana abbia determinato la elezione di un sindaco del gruppo linguistico tedesco.

Fatto assolutamente rispettabile e anzi legato al libero esercizio da parte degli elettori e della loro libera scelta elettorale e politica, ma la situazione paradossale si è venuta a costituire in un secondo momento, nel momento della assegnazione, dopo l'elezione della giunta comunale, delle deleghe di funzioni nell'ambito della stessa giunta e si è venuta a determinare la situazione per cui la delega alle funzioni di vice sindaco siano state assegnate ad un esponente di un partito espressione del gruppo linguistico tedesco, sia stato assegnato ad un cittadino eletto, un consigliere, un vicesindaco del gruppo linguistico tedesco.

Abbiamo così preso atto della costituzione di un precedente assoluto, sindaco e vice sindaco in un comune a maggioranza di lingua italiana, entrambi espressione del gruppo linguistico tedesco. Il sistema dell'autonomia e le leggi che disciplinano le elezioni amministrative ha previsto tutta una serie di clausole, di garanzia, di rappresentanza anche etnica nell'ambito delle amministrazioni comunali. Una di queste clausole, la più significativa indubbiamente, è quella per cui in presenza di almeno due consiglieri del gruppo linguistico italiano, uno necessariamente debba essere chiamato ad avere responsabilità di giunta, debba essere chiamato nell'esecutivo del comune.

La seconda clausola di garanzia per l'equilibrata rappresentatività dei gruppi linguistici è quella data dall'obbligatorietà dell'indicazione di un vice sindaco del gruppo linguistico diverso di quello dal sindaco nei comuni sopra i 13 mila abitanti. Quindi nei comuni sopra i 13 mila abitanti della provincia di Bolzano, in presenza di un sindaco di un determinato gruppo linguistico, a Bolzano per esempio del gruppo linguistico italiano, deve corrispondere un vice sindaco del gruppo linguistico tedesco; a Brunico, in presenza di un sindaco del gruppo linguistico tedesco deve corrispondere un vice sindaco del gruppo linguistico italiano e via di seguito per tutti gli altri comuni sopra i 13 mila abitanti.

Queste due clausole, queste due misure legislative ovviamente determinano una condizione di garanzia per i diversi gruppi linguistici. Evidentemente possono anche essere considerate tali, così come nel passato è già successo, delle forzature probabilmente anche del quadro delle intese politiche, per permettere l'equa rappresentatività dei diversi gruppi linguistici.

Un consigliere, indipendentemente a quale gruppo politico faccia riferimento, ma un consigliere dei due eletti in un consiglio comunale qualsiasi della provincia di Bolzano è chiamato, se sono gli unici quei due consiglieri espressione di un gruppo linguistico di minoranza, ad assumere competenze nella giunta comunale e così come obbligatoriamente nei comuni maggiori è chiamato un consigliere a svolgere le funzioni di vice sindaco, solo per la propria dichiarazione di appartenenza linguistica.

Questa condizione è venuta a saltare, questa equa garanzia di rappresentatività è venuta a mancare nei comuni sotto i 13 mila abitanti, dove il legislatore evidentemente non ha previsto tutti i casi, certamente non si era previsto il caso di Bronzolo, per cui si arrivasse al paradosso di un sindaco e vice sindaco espressione entrambi di un medesimo gruppo linguistico, cosa che sarebbe di per sé anche piuttosto normale nei comuni sotto i 13 mila abitanti, ma entrambi espressione del gruppo linguistico di minoranza di quel comune, come nel caso appunto di Bronzolo.

Allora riteniamo, signor Presidente, che lo spirito del legislatore costituzionale e del legislatore regionale debba essere raccolto dalla normativa che disciplina la materia elettorale, affinché vengano predisposte adeguate misure di garanzia, la giusta ed equa rappresentatività dei diversi gruppi linguistici nelle amministrazioni comunali, nei comuni sotto i 13 mila abitanti della provincia di Bolzano, affinché, come è accaduto nel comune di Bronzolo, ma come potrebbe accadere in altri comuni che venga eletto un sindaco che sia espressione del gruppo linguistico che in quel comune non è la maggioranza del comune, ma è la minoranza, ebbene il vice sindaco sia necessariamente espressione della maggioranza linguistica di quel dato comune. Nel caso di Bronzolo, pura maggioranza linguistica italiana, sindaco del gruppo linguistico tedesco, ma in questo caso previsione di una clausola di garanzia, perché il vicesindaco sia espressione del gruppo linguistico italiano.

Riteniamo che questo disegno di legge, signor Presidente, vada ad intervenire su una materia importante, delicata, assolutamente attuale che ha la necessità di essere affrontata con animo sgombro da ogni tipo di pregiudizio e avendo presente quello che è l'obiettivo principale anche dell'attuale legislazione in vigore, che è quello di garantire la migliore rappresentatività dei diversi gruppi linguistici ai diversi livelli istituzionali, sia pure molte siano le lacune come possiamo quotidianamente constatare, ma una di queste lacune la vogliamo colmare, perché riconoscere nelle realtà amministrative, nei comuni anche quelli di modesta dimensione territoriale e demografica, come quello di Bronzolo, il diritto di tutte le comunità ad avere un proprio ruolo, una propria riconoscibilità istituzionale, una propria funzione pubblica, una responsabilità amministrativa, ebbene riconoscere a tutte le comunità linguistiche questo ruolo significa riconoscere il diritto di tutti a sentire l'Alto Adige come una terra di tutti.

Ovviamente il caso di Bronzolo si è venuto a determinare sulla base di condizioni politiche, ma un domani non si può escludere che le condizioni siano altre e che siano volontà diverse e chiaramente precostituite al fine di negare spazi e diritti amministrativi ad una comunità piuttosto che l'altra.

Allora credo che la legge che deve essere di carattere generale, che deve ispirarsi ai valori fondamentali, che deve prevedere non il caso specifico, ma una regolamentazione di carattere generale, ha la necessità di porre una limitazione a questo tipo di forzatura dello spirito stesso della legge e dello statuto di autonomia in questa delicata materia.

Quindi auspico signor Presidente, per concludere, che il Consiglio voglia discutere, con animo sgombro da pregiudizi, questo argomento per dare una risposta alle domande che da tanti cittadini in questi mesi sono state poste, perché questo problema possa essere affrontato e risolto. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Pöder. Ne ha facoltà.

PÖDER: Danke, Herr Präsident! Nur sehr kurz etwas zu dieser Thematik: ich halte nichts davon, weil ich glaube, dass wir auch bei der 13.000 Grenze, die wir derzeit haben, zu niedrig angesetzt haben und z.B. für Bruneck eine Art ad hoc Regelung gemacht haben. Ich denke, wenn wir im gesamten Gesetzentwurf in allen anderen Bereichen die 15.000 Einwohner Grenze hernehmen, dann hätten wir auch in diesem Fall diese Grenze hernehmen sollen und nicht allein eine Art ad hoc Regelung z.B. für die Stadtgemeinde

Bruneck zu machen. Das andere Anliegen, dass Sie aus Ihrer Sicht durchaus berechtigt ansehen mögen, ist, dass in diesem Fall in einer Gemeinde mit mehrheitlich italienischsprachiger Bevölkerung, wenn der Bürgermeister deutschsprachig ist, der Vizebürgermeister italienisch sein sollte. Da greifen wir irgendwann einmal auf skurrile Art und Weise in die demokratischen Vorgänge ein. Es reicht schon, wenn alle anderen Möglichkeiten und Ausnahmen hinsichtlich der Bestimmungen über die Zusammensetzung der Gemeinderäte und der Gemeindeausschüsse gelten. Ich denke ganz einfach, dass wir hier in unzulässiger Art und Weise in das demokratische Gefüge eingreifen. In diesem Falle muss die Entscheidung einfach dem Gemeinderat überlassen bleiben oder gegebenenfalls sogar der Gemeindeordnung bzw. der Gemeindegesetzgebung, obwohl ich nicht glaube, dass mit der Gemeindegesetzgebung hier eine Regelung getroffen werden kann, denn das würde auch wieder der Freiheit der Entscheidung des Gemeinderates widersprechen. Der Gemeinderat ist gewählt und der Bürgermeister hat eine Entscheidungsbefugnis hinsichtlich des Vizebürgermeisters oder der Vizebürgermeisterin und ich denke, dass dann eben die Bestätigung durch den Gemeinderat erfolgt oder auch nicht. Aber in diesem Fall soll die Entscheidungsbefugnis nicht weggenommen werden und wieder auf gesetzlicher Ebene geregelt werden, denn dann kommen wir irgendwann wieder einmal zur nächsten Ausnahmebestimmung, die wir einfügen müssen, weil wieder eine Gemeinde ist, wo es nicht gerade so bis zum Schluss herausgenommen ist, was die Besetzung des Ausschusses, Bürgermeisters, Vizebürgermeisters und dergleichen angeht, wie man es gerne hätte und dann müssen wir wieder eine gesetzliche Änderung machen. Das hört dann nie mehr auf. Wir müssen schon eine gewisse Garantie geben, dass die gesetzlichen Bestimmungen allgemein gültig sind. Wir haben akzeptiert, dass bei Gemeinden mit über 13.000 Einwohnern eine bestimmte Regelung hinsichtlich der Sprachgruppenzusammensetzung, was den Bürgermeister und den Vizebürgermeister angeht, existiert und dass man jetzt die Ausnahmeregelung auf Gemeinden mit weniger als 13.000 Einwohnern ausdehnt, das halte ich nicht für sinnvoll. Wir sind ja schon im Falle der über 13.000 Einwohner Gemeinden von der Regel im Gesetz abgewichen, dass wir unterscheiden zwischen Gemeinden mit über 15.000 und unter 15.000 Einwohnern, was bestimmte Zusammensetzungen, was die Vereinbarkeit oder Unvereinbarkeit angeht. Deshalb glaube ich, dass wir hier diese Regelung, so verständlich sie aus Ihrer Sicht sein mag, nicht treffen sollten und dass wir hier nicht eine Ausnahmebestimmung machen sollten, für die wir dann wieder irgendwann eine Ausnahmebestimmung machen müssen. Es wird sich auf Gemeindeebene regeln, wenn der Gemeinderat oder der Bürgermeister nicht der Meinung ist, wie Sie das jetzt vorschlagen, dass der Vizebürgermeister der Sprachgruppe angehört, die die Mehrheit der Gemeinde darstellt, dann ist das eine Entscheidung der gewählten Gemeinderatsmehrheit. Das muss man akzeptieren und da können und dürfen wir nicht eingreifen.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Morandini. Ne ha facoltà.

MORANDINI: Presidente la ringrazio. Solo per annunciare il voto positivo, per quanto ci riguarda, a questa proposta che i cons. Urzi, Holzmann, de Eccher e Minniti hanno presentato al Consiglio regionale, perché mi pare che corrisponda

a ragioni elementari di democrazia politica. Loro hanno individuato, nella fattispecie di un comune di non poco rilievo, all'interno della provincia di Bolzano, quale è il comune di Bronzolo, una situazione paradossale quale è quella che si è verificata all'indomani delle elezioni del consiglio comunale ed in particolare della relativa giunta, dove, eletto un sindaco di madrelingua tedesca, nell'attribuzione delle deleghe è stata assegnata la funzione di vice sindaco pure ad un componente del gruppo linguistico tedesco.

Penso sia sotto gli occhi di tutti la violazione delle più elementari regole della democrazia politica che presiedono alle elezioni. Posso capire l'equilibrio delle forze in campo, posso capire tutta una serie di ragioni, però qui vorrei davvero sentire chi è stato vice Presidente della Giunta regionale e anche ha affrontato su questi temi una serie di spinose questioni, anche nella precedente legislatura. Mi riferisco, ad esempio, alla collega Cogo, mi riferisco a chi ha avuto anche responsabilità dirette in Giunta regionale quanto a deleghe sugli enti locali. Ci sono in aula coloro che sono stati, a suo tempo, assessori a questo tipo di competenze.

Penso che tanto più in una provincia come quella di Bolzano, in cui i due terzi della popolazione, se non vado errato, appartengono al gruppo di lingua tedesca all'interno di comuni, anche di comuni che non superano i 13 mila abitanti, come quello di specie a cui ho fatto riferimento, a cui in particolare si riferisce la proposta, comunque da cui ha preso le mosse la proposta di legge, penso che sia nelle più elementari ragioni democratiche quello di consentire che, allorquando il sindaco di quella cittadina è individuato in un certo gruppo linguistico, nell'attribuzione delle deleghe si garantisca che l'incarico di vice sindaco venga attribuito a consigliere comunale appartenente al gruppo linguistico diverso da quello a cui appartiene il sindaco.

In questo senso la legge regionale, a cui cerca di portare una modifica il disegno di legge dei colleghi di Alleanza Nazionale, rappresenta una lacuna, mi pare che il disegno di legge che è stato proposto e che è in questo momento all'attenzione del Consiglio miri ad integrare questa lacuna.

Per le ragioni che ho detto, voteremo a favore di questa proposta. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la cons. Kury. Ne ha facoltà.

KURY: Danke, Herr Präsident! Nur zur Kenntnis der italienischen Kollegen: Unser Einwand zu diesem Antrag hier – obwohl wir uns sehr wohl gemeinsam mit den Kollegen von Alleanza Nazionale in der Kommission eingesetzt haben, dass der Vizebürgermeister in den großen Gemeinden wie Brixen, Bozen, Bruneck und Leifers der anderen Sprachgruppe angehört. Da haben wir gemeinsam gekämpft, weil damals von der Volkspartei diese Norm für Bruneck nicht mehr angewandt hätte werden sollen und wir waren dann der Meinung, dass es wichtig ist, in den großen Gemeinden, dass beide Sprachgruppen vertreten sind und die Stadt führen. Warum dieser Fall Branzoll zwar formal so ist, wie ihn der Kollege Urzì darstellt, aber substanzial anders gelagert ist, das würde ich gerne den Kollegen aus dem Trentino erklären. Der Bürgermeisterkandidat bzw. der Bürgermeister, der in Branzoll herrscht, ist ein typisches Exemplar des Unterlandes, nämlich perfekt zweisprachig. Die italienische Bevölkerung erkennt ihn als den ihrigen an, aber auch die

deutschsprachige Bevölkerung erkennt ihn als den ihrigen an und das ist eigentlich ein gutes Modell für Südtirols Zukunft. Jetzt muss aber der Bürgermeister aufgrund unserer – wir sagen immer - anachronistischen Norm sich in dem Augenblick, wo er kandidiert einer Sprachgruppe zugehörig erklären. Dann ist es „gehüpft wie gesprungen“, wenn er sich der deutschen angehörig erklärt, dann verrät er sozusagen den italienischen Teil seiner Identität und wenn er es umgekehrt tut, dann auch so. Es wäre an der Zeit, hier eine Lösung zu finden bzw. die Kandidaturen von diesen Sprachgruppenzugehörigkeitszwang loszukoppeln, dann hätte man das Problem nicht. Aber jetzt diesen Kasus so darzustellen, wie es Kollege Urzì tut, als ob in Branzoll tatsächlich die Deutschen durchmarschiert wären und die Italiener völlig ausgeschaltet hätten, entspricht einfach nicht der Wirklichkeit. Dieser Bürgermeister, ein perfekt Zweisprachiger, von allen Sprachgruppen als der ihrige erkannt, hat sich zur deutschen Sprachgruppe erklärt und insofern war es aufgrund der politischen Koalition notwendig, dass auch die Volkspartei in diese Koalition mit einbezogen wird und der Kandidat der Volkspartei zum Vizebürgermeister gemacht wird. Tatsache ist, dass in dem Augenblick wo in einem Gemeinderat zwei Vertreter einer Sprachgruppe gewählt werden, einer automatisch in den Ausschuss entsandt wird. Auch das zum Schutze der sprachlichen Minderheit in einer Gemeinde, aber parallel dazu natürlich demokratiepolitisch so ein kleines Problem. Ich halte diesen Passus für notwendig, aber demokratiepolitisch insofern ein Problem, als hier unabhängig von der politischen Koalition jemand in den Ausschuss geholt wird. Beim Vizebürgermeister - sollte der Passus von Urzì durchgehen – würde die Sprachgruppenzugehörigkeit eine wichtigere Rolle als die politische Konstellation spielen und dies nachdem dieses Problem eigentlich nur aufgrund der formellen Zugehörigkeit des Bürgermeisters existiert und eigentlich die Probleme woanders liegen, nämlich was tun die zweisprachigen Menschen in Südtirol? Sie müssen sich hier in eine Kategorie einordnen lassen und dadurch entstehen die Probleme. Weil der Vorschlag von Urzì eigentlich nicht das wahre Problem lösen will, sondern ein rein formalistisches, dass sich in Branzoll so gestellt hat, aber wahrscheinlich sich in keiner anderen Gemeinde von Südtirol so stellt und in Branzoll tatsächlich die italienische und die deutsche Sprachgruppe sich schon im Ausschuss vertreten fühlen, sprechen wir uns gegen diese Regelung aus und es wäre fein, wenn man zusätzlich zum Formalismus auch noch die Substanz von Regeln betrachten würde. In der Substanz halten wir es eigentlich schon so, dass hier die politische Koalition über die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung mit diesen Mängeln, die gerade beim Bürgermeister von Branzoll zum Vorschein kommen, stehen sollte.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Lamprecht. Ne ha facoltà.

LAMPRECHT: Danke, Herr Präsident! Kollegin Kury hat den Kolleginnen und Kollegen die Konstellation betreffend die Gemeinde Branzoll erläutert und die politische Konstellation war ja auch der Anlass für die Einbringung dieses Änderungsantrages. Ich glaube, es ist wichtig, dass die Kolleginnen und Kollegen den Hintergrund wissen, aber unabhängig davon, sind wir der felsenfesten Überzeugung, dass die Regelung – und da widerspreche ich der Kollegin Kury - der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung ein wichtiges

Fundament unserer Autonomie ist, das wir auf keinen Fall aufweichen dürfen und sollen, zumindest was unsere politische Gruppierung angeht, weil das einen Schutz der Minderheiten darstellt und gleichzeitig das Vertretungsrecht. Die Vertretung der Minderheiten in den Gemeindeausschüssen ist garantiert sobald zwei Vertreter einer sprachlichen Minderheit im Gemeinderat vertreten sind und so haben sie das Recht, im Gemeindeausschuss vertreten zu sein. Das ist richtig und wichtig, um den Schutz der sprachlichen Minderheit zu garantieren. Der Vorschlag vom Kollegen Urzì greift ein ganz anderes Thema auf. Wir kennen die Beweggründe, die dazu geführt haben. Wir sprechen uns gegen diesen Vorschlag aus, weil wir der Auffassung sind, wir sollen den Gemeinden auch wirklich die Autonomie lassen, aufgrund der politischen Konstellation auch die Zusammensetzung mit den Funktionen, die dem Gemeindeausschuss zugeteilt werden, wirklich dem Gemeinderat und der Autonomie der Gemeinde zu überlassen. Wir sollen hier nicht überreglementieren, sondern wir sollten diese Möglichkeit wirklich den Gemeinderäten lassen. Wir verkünden sonst immer von der Autonomie und Aufwertung der Gemeinden und hier möchte man die sprachliche Zugehörigkeit darüber stützen und wir sind entschieden gegen diesen Gesetzentwurf, weil wir der Auffassung sind, dass die bisherige Regelung, eine Vertretung der sprachlichen Minderheit garantiert und dazu stehen wir auch, aber dass man diese Änderung per Gesetz festschreiben möchte, dass Bürgermeister und Vizebürgermeister per Gesetz jeweils der anderen Sprachgruppe angehören sollen, das geht uns zu weit. Wir sprechen uns hier dagegen aus, weil wir für die Autonomie der Gemeinden sind, dass jeder selbst regeln sollte.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Pasquali. Ne ha facoltà.

PASQUALI: Grazie, signor Presidente. Non sono affatto uno entusiasta dell'istituto della proporzionale che personalmente abolirei, per diverse ragioni, è assolutamente illiberale, è anticostituzionale, è contro il principio della meritocrazia che un paese liberale deve sempre poter rispettare.

Per questo credo di aver combattuto delle grandi battaglie nel passato, delle grandi battaglie sempre coronate da successi giuridici e sempre da sconfitte politiche, cioè la politica quando vuole riesce ad abbattere anche il diritto.

Posso capire la posizione della cons. Kury, quando parla dell'assurdità della divisione in gruppi e soprattutto nella Bassa Atesina a cui si fa riferimento, evidentemente in questa proposta c'è una popolazione mistilingue, una popolazione che conosce perfettamente le due lingue, non si sa se è a cavallo tra i gruppi linguistici.

Sono d'accordo con lei per quello che riguarda l'abolizione del censimento, della proporzionale e via dicendo, però c'è da fare una riflessione. Per cambiare la politica della nostra provincia occorre essere in due, non si può semplicemente dire: sì è una battaglia onorevole, è sempre destinata ad una sconfitta se non si raggiunge un'intesa su questo tema. LA SVP, che è il partito di maggioranza in questa provincia, è sempre stata contraria ad un tipo di politica del genere ed ha basato la sua politica, guardiamo lo statuto di autonomia e lo capiamo, sulla separazione dei gruppi etnico-linguistici della nostra provincia.

Qui siamo divisi in italiani, tedeschi e ladini, dal punto di vista giuridico, sia ben chiaro, perché di fatto la situazione è completamente diversa, direi che c'è una fortissima fetta di popolazione che è mista, non si sa da che parte sta, non si sa come si potrebbe collocare. Ci sono extracomunitari oggi, residenti in provincia, che sono superiori al gruppo ladino. Quindi la situazione, di fatto, non corrisponde alla situazione giuridica.

Peraltro chi conduce qui la battaglia e chi conduce la politica altoatesina è la SVP, è chiaro che esiste tuttora una separazione giuridica fra italiani, tedeschi e ladini e quindi è a questo che fa riferimento tutto il sistema autonomistico, compresa la legge elettorale.

Allora se dobbiamo continuare in questa direzione, nonostante i nostri buoni auspici, è evidente che dobbiamo rispettare e tutelare le varie minoranze linguistiche ed allora è giusto che ci sia questo equilibrio, se il sindaco è di un gruppo linguistico, il vice sindaco deve essere di un altro gruppo linguistico in questi comuni, che poi non è che siano moltissimi, in cui c'è questa situazione.

Poiché si conduce una politica che è contro i principi dell'unità europea, ad un certo punto auspico che ci sia un cambiamento di questo tipo di politica, ma finché c'è e questa è la situazione giuridica, non posso che essere favorevole a questa proposta. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Sigismondi. Ne ha facoltà.

SIGISMONDI: Grazie, signor Presidente. Proverei a rivedere un po' i termini della questione, perché credo che a volte sfuggano, eppure la modifica alla legge regionale richiesta dai colleghi credo parli chiaro.

Nei comuni della provincia di Bolzano con popolazione inferiore ai 13.000 abitanti, qualora – questo è il senso della proposta dei colleghi – il sindaco eletto appartenga a gruppo linguistico diverso da quello della maggioranza dei residenti in quel comune, come risulta dai dati dell'ultimo censimento, il vicesindaco deve necessariamente appartenere al gruppo linguistico della maggioranza dei cittadini di quel comune.

Significa che la maggioranza dei cittadini residenti in quel paese, appartenenti ad un determinato gruppo linguistico, la si giri come si vuole, si inventino discorsi di sostanza o meno, la maggioranza di quei cittadini, censiti al censimento per quel determinato gruppo linguistico, non si vedono rappresentati dal sindaco.

Poi con tutto il rispetto posso anche essere d'accordo, in via formale, sui discorsi che ho sentito prima, si può fare anche un discorso di sentimento, si può anche dire che la persona che è diventata sindaco in realtà è ben accetta e parla perfettamente le due lingue, si può benissimo dire che quel modello di sindaco è accettato comunemente da quel paese, da quel comune.

Cara collega Kury facciamo questo esempio, allora se è vero che comunque colui che si è censito, appartenente al gruppo linguistico tedesco ed è stato eletto in quel paese è comunque, secondo il suo ragionamento, anche di lingua italiana, provi ad insistere su questa giunta che 3 milioni di euro vadano magari ripartiti al gruppo linguistico italiano e lei veda se ha fatto un discorso di sostanza. Perché le dico questo? Perché piaccia o non piaccia il censimento dà comunque degli indirizzi ben precisi e dà quindi anche delle conseguenze.

Ora potremo star qui a raccontarci quanti di noi sono essenzialmente del gruppo linguistico italiano, quanti del gruppo linguistico tedesco, quanti, come piace dire ai Verdi, sono interetnici o plurietnici, ma sta di fatto comunque che quel paese, quel comune, in quel preciso momento, a maggioranza di residenti appartenenti al gruppo linguistico italiano, si trovano un sindaco che non è del loro gruppo.

Allora vorrei chiedere, ad esempio, al collega Lamprecht se si avverasse il fatto contrario. Prendiamo un qualsiasi comune sotto i 13 mila abitanti, dove il 90% sono appartenenti al gruppo linguistico tedesco e poniamo caso che chissà perché venga eletto un sindaco di lingua italiana. Fino a qui la prassi è democratica, per rispondere al cons. Pöder, fino a qui sicuramente il processo è democratico, lo diventa di accordi nel preciso momento in cui in quello stesso paese, a maggioranza di residenti del gruppo linguistico tedesco, il sindaco eletto decide con accordi politici di fare anche un vice sindaco italiano.

Ripeto, la proposta del collega Urzì va circoscritta a quello che chiede, dice: in un comune in cui i residenti sono sicuramente la maggioranza, ma guarda caso diversa di appartenenza linguistica da quello per cui è arrivato il sindaco.

Come si comporterebbe la SVP se in un comune della Val Venosta ci fosse sindaco e vice sindaco italiano? Credo che si porrebbe il problema, ma ha detto bene il collega Urzì, qui non vi è un pregiudizio, qui vi è semplicemente la richiesta di un diritto di rappresentanza, ma a cascata, badate che questo l'ho vissuto personalmente, proprio sul diritto di rappresentanza la SVP fece una battaglia durissima all'interno del consiglio comunale di Bolzano, richiedendo in un'istituzione sicuramente minore di quella dei comuni, ma appunto per il diritto di rappresentanza, laddove nelle circoscrizioni il Presidente fosse stato di lingua italiana o viceversa, il vice presidente doveva per forza esser anche di lingua tedesca, seppur con l'elezione di un solo consigliere all'interno della circoscrizione.

Noi obiettammo per un periodo e poi ci parve logico e giusto dare questa rappresentanza anche a coloro che fanno parte del diverso gruppo linguistico a quella carica per cui si faceva riferimento.

Ora il processo non va fatto al censimento in questo preciso momento, oppure se vorremo discutere sulle regole del censimento potremo benissimo discuterle, però non all'interno di questa proposta. Credo davvero che si tenda a non dar diritto reale di rappresentanza ai gruppi linguistici e poi si spacci per un discorso di processo democratico ciò che in realtà, pur essendolo sotto certe vesti non lo è, perché fa parte di accordi politici.

Poco importa se poi si dice: deleghiamo il consiglio comunale ad eleggere poi il vice sindaco. Ma il consiglio comunale, facente parte di una parte derivata dal sindaco, eleggerà colui che il sindaco ha proposto.

Quindi non vedo questa grande rivoluzione facendo passare questa proposta, lo ripeto, si legga bene la parte che si vuole cambiare, si legga bene che cosa si vuole mettere all'art. 1, sicuramente il diritto di rappresentanza non può assolutamente essere negato.

**PRÄSIDENT PAHL ÜBERNIMMT DEN VORSITZ
ASSUME LA PRESIDENZA IL PRESIDENTE PAHL**

PRÄSIDENT: Sind weitere Wortmeldungen? Keine. Dann kommen wir zur Abstimmung. Es ist eine einzige Abstimmung...

...Bitte, Frau Assessorin Gneccchi, Sie haben das Wort zur Replik.

GNECCHI: C'era la totale disponibilità, da parte della Giunta regionale di rispondere ovviamente.

Ho ascoltato attentamente sia la motivazione e le argomentazioni del collega Urzì, rispetto a questo disegno di legge, anche la lettura della discussione in Commissione fatta dal collega Pardeller ed anche ovviamente il dibattito in aula.

Dico che c'era stata anche grande discussione rispetto ad inserire Brunico nei comuni che hanno questa caratteristica di avere un sindaco di un gruppo linguistico ed il vicesindaco dell'altro gruppo e come è già stesso detto anche dalla collega Kury, questa che è stata una proposta di Alleanza Nazionale è poi diventata legge, quindi va riconosciuto ad Alleanza Nazionale di aver già fatto rispetto a Brunico un passaggio in più da questo punto di vista e quindi adesso noi siamo nella situazione in cui Bolzano, Merano, Bressanone, Laives e Brunico, che sono i comuni più grandi, hanno questa garanzia dei due gruppi linguistici.

Inoltre, come è già stato detto, l'area della Bassa Atesina, Oltradige è sicuramente un'area nella quale, per situazione naturale, c'è una grande maggioranza di cittadine e cittadini che sono effettivamente a cavallo dei due gruppi linguistici, che sono le famose famiglie mistilingui, che sono le famose famiglie nelle quali non è così chiaro, così netta, così definita l'appartenenza rispetto a quello che può essere la nostra regola normale censuaria di appartenenza ad un gruppo linguistico o altro.

Quindi a maggior ragione e con grande importanza, quale sia l'accordo di coalizione, quale sia la scelta del mettersi insieme delle forze che vanno a costituire una giunta comunale, diventa inevitabilmente l'asse portante sulla quale si definiscono anche gli equilibri e le situazioni all'interno di una Giunta.

Quindi il caso di Bronzolo è diventato un caso noto e anomalo, anche perché tutti davano per scontato che chi è stato eletto sindaco fosse di un gruppo linguistico ed invece poi nella sostanza, in termini di dichiarazione formale al censimento era dichiarato dell'altro gruppo e quindi si è poi creata questa situazione che ha messo in evidenza come in quell'area di popolazione questa sia una situazione molto frequente, per non dire e non dare dei numeri che non sono facilmente definibili.

Quindi noi pensiamo, così come si è vista la discussione sia in Commissione che in aula, che la regola che ci siamo dati e quindi la legge regionale che prevede per i grandi comuni fino a Brunico, che è stato inserito solo con l'ultima legge regionale, ci sia questa necessità ed attenzione di riuscire ad avere un sindaco ed un vicesindaco di gruppi linguistici diversi, però quello che invece deve valere per tutto il resto dei comuni del territorio deve essere quello in termini di possibilità di mantenere la decisione nell'ambito di quello che è l'equilibrio che all'interno del comune si va a definire.

Quindi pensiamo che questo disegno di legge abbia dato la possibilità di riflettere ancora su questo argomento, ma che per quanto riguarda noi non possa essere approvato.

PRÄSIDENT: Danke! Abg. Urzì, Sie haben das Wort.

URZÌ: Signor Presidente, la mandiamo ad un corso di recupero rapido di direzione d'Aula, ma mandiamo anche l'assessore ad un corso di recupero sulla legge che disciplina le modalità per le elezioni amministrative, perché signora vice Presidente, Brunico non è stato inserito fra quei comuni a cui con benevolenza qualcuno, magari la maggioranza politica di questa regione, avrebbe riconosciuto il diritto a veder garantito un vice sindaco del gruppo linguistico diverso, rispetto quello della maggioranza e quindi del gruppo linguistico italiano. Signora vice Presidente, le ricordo che Alleanza Nazionale e devo riconoscere per onestà intellettuale anche il gruppo dei Verdi, hanno attivato in questo Consiglio regionale – e lei probabilmente era distratta – una campagna politica che poi è riuscita a mobilitare anche la maggioranza, affinché non venisse sottratto a quel comune il diritto a veder riconosciuto il vice sindaco del gruppo linguistico italiano.

Le ricordo, signora vice Presidente, che era stato presentato un emendamento, da parte del gruppo della SVP, che prevedeva l'innalzamento della soglia da 13 mila a 15 mila abitanti, proprio ed esclusivamente per evitare al comune di Brunico ed in prospettiva al comune di Appiano di poter vedere garantito un diritto assoluto, riconosciuto a tutti gli altri grandi comuni della nostra provincia di Bolzano, ad avere un vice sindaco del gruppo diverso rispetto a quello della maggioranza.

Quindi mandiamo il Presidente e l'assessore a dei corsi di recupero rapidi per ricordare quanta fatica si è fatta in quest'aula per riuscire a vedere garantiti dei principi fondamentali di equità di rappresentanza dei diversi gruppi linguistici.

A me non piace, signor Presidente, che si dica che le regole ci sono, sono fissate sull'appartenenza dei diversi consiglieri ad un determinato gruppo linguistico, però nel caso del signor Alessandro Bertinazzo di Bronzolo non valgono, perché si chiama Alessandro Bertinazzo o forse perché appartiene ad una determinata coalizione o comunque perché non importa, perché noi sappiamo che è dichiarato del gruppo linguistico tedesco, però è italiano.

Allora veniamo fuori da questo equivoco, o ci rifacciamo una volta per tutte alla dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico, ai dati del censimento ed a tutte le regole che a cascata discendono e le riconosciamo come dato assoluto senza metterle in discussione, o le mettiamo integralmente in discussione, non si può fare un'operazione parziale.

Per cui va bene tutto ciò che discende dal censimento, in termini di porzioni di diritti, riconoscimenti parziali di rappresentanza, però nel caso del signor Alessandro Bertinazzo non vale, perché per coloro che hanno parlato prima di me è metà italiano e metà tedesco e quindi si può comunque derogare dalla regola, va bene lo stesso. Ma chi lo dice? A parte il fatto che io non sono fra coloro che ritengono si possa aprire una discussione sull'appartenenza ad un gruppo linguistico di uno o l'altro, chiunque esso sia, sempre che qualcuno non ritenga di poter fare le analisi del DNA ai cittadini di questa provincia, per

verificare se fra le pieghe del DNA c'è traccia dell'appartenenza ad un gruppo linguistico! Comprimerete l'oscenità della proposta.

Allora bisogna rifarsi ad un dato assoluto che non può essere posto in discussione o derogato, a seconda delle sensibilità o delle sensazioni o delle storie personali, il dato assoluto è quello dell'appartenenza dichiarata ad un gruppo linguistico; come nessuno è andato ad indagare, anche se chiaramente qualcuno storciva il naso sull'appartenenza al gruppo linguistico ladino del collega Andreotti.

Allora se la regola vale, signor Presidente, la regola deve valere e deve essere una regola di riferimento ideale al quale ispirarsi anche nelle sue conseguenze naturali e se le regole che il legislatore costituzionale e poi il legislatore regionale ha determinato, per la equa rappresentanza dei diversi gruppi linguistici nelle amministrazioni dei comuni dell'Alto Adige è stata posta, se è stato detto e scritto e viene rispettato e nessuno pone in discussione, nonostante qualcuno possa sollevare obiezioni, il fatto che basta avere due consiglieri in un consiglio comunale qualsiasi della nostra provincia per essere automaticamente chiamati, trascinati in giunta comunale, al di là degli accordi politici e tutti fanno riferimento a questa regola, perché è una regola ormai consolidata. Se è stato detto e scritto che nei comuni sopra i 13 mila abitanti basta essere consigliere appartenente al gruppo linguistico italiano per essere chiamato a svolgere la funzione di vice sindaco, non si capisce per quale ragione, di fronte a casi particolari e sicuramente lesivi del diritto della rappresentanza dei diversi gruppi linguistici, come quello che si è venuto a determinare a Bronzolo, ebbene si possa derogare da questi principi ispiratori la legislazione regionale ed ispiratori lo stesso statuto di autonomia e si possa prescindere, perché sì è vero, uno si è dichiarato tedesco, ma è italiano, ha detto qualcuno, lo ha fatto intendere, lo ha sussurrato.

Ma questo non è ammissibile, signor Presidente, non è ammissibile! Vogliamo aprire la discussione qui in questa sede, anche se giustamente ha ricordato il collega Sigismondi che non è la sede per farlo, perlomeno in questo momento sul censimento, vogliamo aprire la discussione sulle dichiarazioni di appartenenza ai gruppi linguistici, sulla qualità di questo ingegnoso meccanismo costituzionale? Possiamo anche farlo, ma in questo caso non stiamo parlando della modifica della regola fondamentale, stiamo parlando di un intervento correttivo sulla legislazione conseguente alla legge costituzionale, che è la disciplina che regola i meccanismi delle elezioni amministrative in provincia di Bolzano e che garantisce quote di diritti in relazione esclusivamente all'appartenenza linguistica.

Probabilmente concetto astruso altrove, ma qui ormai consolidato, le porzioni di diritti si calcolano un tot al chilo, in base alla consistenza dei gruppi linguistici, in base alla dichiarazione di appartenenza al gruppo linguistico ed allora se questa regola del tot al chilo di diritti per i gruppi linguistici e per la rappresentatività dei gruppi linguistici è definita e determinata, ebbene deve essere applicata e quando il principio è indicato, questo deve essere coerente in tutti i casi conseguenti. Questo è un caso in cui questo principio non viene applicato coerentemente ed ha la necessità di essere corretto.

Probabilmente questa questione, signor Presidente, non desta scandalo più di tanto se non nell'ambito del comune di Bronzolo, dove ampio scandalo ha destato. Questa situazione probabilmente non desta scandalo fra

chi distrattamente segue i lavori di aula oggi. Ma quale scandalo avrebbe destato, come giustamente si è anche in precedenza affermato, se in un comune al 70% di lingua tedesca fosse stato eletto sindaco e poi successivamente nominato vice sindaco del gruppo linguistico italiano, quale scandalo si sarebbe destato, quale polemica ne sarebbe nata, quali delegazioni si sarebbero mosse verso Vienna, verso l'ONU, verso ogni sede internazionale, il Tribunale di Giustizia dell'Aia per rivendicare il principio della minoranza alla equa rappresentatività nelle istituzioni dell'autonomia locale.

Allora non desta scandalo, signor Presidente, perché Bronzolo, comune a maggioranza italiana, ha sindaco e vice sindaco del gruppo tedesco, ma avrebbe destato scandalo al contrario? Molti sono dell'idea che questo sarebbe accaduto. Invece il problema passa sotterraneo, come se non fosse un problema, semplicemente ignorato dal centrosinistra, perché ovviamente il sindaco è espressione del centrosinistra, dalla SVP, perché ovviamente il vice sindaco è espressione della SVP e quindi la maggioranza ignora o fa finta di ignorare, travisa, o fa finta di travisare, comunque non affronta di petto il problema.

Ma quale autonomia dei comuni, collega Pöder, quale autonomia dei comuni! Qui non si tratta di riconoscere o negare l'autonomia dei comuni, dire sì, certo i comuni hanno il diritto di poter autodeterminarsi e autodeterminare le proprie scelte anche nella composizione degli organi di governo del territorio, ma chi pone in discussione questo principio? Allora potremo parlare di limitazione dell'autogoverno dei comuni, nei comuni dove obbligatoriamente un'amministrazione è chiamata per forza a chiamare un vice sindaco di gruppo linguistico diverso rispetto al sindaco in giunta, ma non solo in giunta, a svolgere le funzioni di vice sindaco, allora viene limitata l'autonomia del comune di Bolzano, di Laives, di Merano, di Bressanone.

È la regola su cui tutto si regge, qui è tutta una limitazione di diritti per il riconoscimento di garanzie e quote di diritti alle minoranze. Per quale astruso caso questa situazione particolare invece dovrebbe essere semplicemente derogata?

Ovviamente, signor Presidente, va ribadito un concetto fondamentale, la democrazia si svolge nell'esercizio del diritto democratico di elezione del sindaco, cosa che avviene, i cittadini scelgono sulla base delle competenze, delle simpatie, delle condizioni particolari del momento e scelgono quello che ritengono sia il sindaco più adatto, così come hanno fatto a Bronzolo e nessuno contesta il motivo delle scelte o la scelta stessa. Si è scelto un sindaco, in questo caso espressione della minoranza linguistica del comune, ma successivamente il processo democratico si trasforma in accordo politico e lì si tratta di soppesare le quote dei diritti e dei doveri delle singole parti coinvolte, nel rispetto del territorio che si intende rappresentare.

È mancato il rispetto nei confronti del comune di Bronzolo, la maggioranza si è posta con arroganza di fronte ai cittadini del comune di Bronzolo stabilendo che il principio generale potesse essere in quel caso derogato.

Allora riteniamo, signor Presidente, che con questo disegno di legge si vada a sanare una lacuna della normativa in vigore e si vada a prevedere quello che è un diritto fondamentale alla rappresentanza dei diversi gruppi linguistici, perché un comune a maggioranza italiana, sindaco e vice sindaco

del gruppo linguistico tedesco, costituisce un'anomalia nell'ambito della provincia di Bolzano ed allora bisogna prevedere casi come questi e quindi prevedere funzioni, interventi legislativi adeguati a permettere in un futuro che tutti i gruppo linguistici in provincia di Bolzano, nei diversi comuni, anche in quelli sotto i 13 mila abitanti, possa avere il diritto alla migliore rappresentatività istituzionale nel governo del territorio, nel governo delle amministrazioni comunali.

O lo si capisce o non lo si capisce, ma probabilmente in questo caso subentrano interessi, subentrano valutazioni di ordine politico legati alla qualità degli interessi particolari di alcuni partiti e ne paga il prezzo più alto la comunità. Grazie.

PRÄSIDENT: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Ich bitte um die Verteilung der Stimmzettel.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENT: Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt:

Abstimmende:	62
Jastimmen:	14
Neinstimmen:	43
Weißer Stimmzettel:	5

Der Regionalrat lehnt den Gesetzentwurf ab.

Wir kommen zum Punkt Nr. 2) der Tagesordnung: **Gesetzentwurf Nr. 24: Änderungen und Ergänzungen zum Regionalgesetz vom 26. Februar 1995, Nr. 2 „Bestimmungen über die Aufwandsentschädigung und die Vorsorge der Regionalratsabgeordneten der Autonomen Region Trentino-Südtirol“ – Ermächtigung zu Abzügen vom Tagegeld wegen Sitzungsabwesenheit in den Landtagen - eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Pöder und Klotz.**

Dieser Punkt ist vom Ersteinbringer zurückgezogen.

Beim Punkt Nr. 3) der Tagesordnung betreffend den **Beschlussantrag Nr. 9, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Bondi, Barbacovi und Pinter mit dem Titel: Respekt vor der Vergangenheit: Der Gesetzentwurf über die Anerkennung der ehemaligen Soldaten der Italienischen Sozialrepublik als Kriegssoldaten muss abgelehnt werden,** ist die Vertagung beantragt worden.

Somit kommen wir zu Punkt Nr. 4): **In vereinheitlichter Debatte: Beschlussantrag Nr. 11, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Cogo, Pinter, Parolari, Barbacovi und Bondi, mit dem der Regionalausschuss aufgefordert wird, Gesetzesvorschläge und Verwaltungsakte zur Überwindung jeglicher Diskriminierung in Bezug auf die sexuelle Orientierung und die sexuelle Identität im Allgemeinen auszuarbeiten;**

Beschlussantrag Nr. 16, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Bertolini, de Eccher, Delladio und Morandini, betreffend die Ehen zwischen Homosexuellen;

Beschlussantrag Nr. 17, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Morandini, de Eccher und Bertolini, betreffend die Gleichstellung des zivilen Solidaritätspaktes und der Partnerschaften zwischen Gleichgeschlechtlichen mit der Ehe.

Sind Wortmeldungen?

Cons. Cogo, ne ha facultà.

COGO: Presidente, chiederai di sospendere la mozione n. 11, perché va aggiornata, nel frattempo da quando era stata depositata ad oggi le cose sono cambiate, perlomeno è stato approvato un disegno di legge dal Consiglio dei Ministri che rende inattuale la mozione così come è formulata. Quindi avrei bisogno di tempo per riformulare la mozione ed adeguarla alle novità contenute all'interno del disegno di legge, licenziato pochi giorni or sono dal cons. Minniti. Grazie.

PRÄSIDENT: Somit ist der Beschlussantrag Nr. 11 vertagt worden.

Ich bitte den Abg. Bertolini um die Verlesung des Beschlussantrages Nr. 16.

BERTOLINI:

MOZIONE N. 16

NO AI MATRIMONI TRA OMOSESSUALI

Dal 5 dicembre in Inghilterra è possibile per i gay britannici sposarsi con un contratto legale in tutto e per tutto simile al matrimonio. Questa disposizione prevede per le coppie dello stesso sesso medesimi diritti e doveri delle coppie sposate in materia di pensioni, eredità, tasse ecc..

Questo tipo di società è quella che in Italia auspica la sinistra e da noi in particolare i Democratici di Sinistra che si sono già espressi pubblicamente a favore dei PACS attraverso mozioni in Consiglio provinciale e regionale e con interventi in dibattiti pubblici e sulla stampa locale. La strategia della sinistra è chiara: il primo passo è quello di proporre i PACS, i patti di solidarietà civile; dai PACS poi si arriverà al matrimonio omosessuale, come in Spagna e in Inghilterra fino ad arrivare a dare la possibilità di adottare figli alle coppie omosessuali.

Il matrimonio tra omosessuali costituisce un grave pericolo per la nostra società e mette in discussione i cardini su cui essa si fonda ossia la famiglia intesa come unione tra un uomo e una donna. D'altra parte il significato della parola matrimonio è chiaro: deriva da *mater* e richiama la radice latina *matris munus*, ovvero dono della maternità.

La famiglia come società naturale fondata sul matrimonio tra un uomo e una donna rappresenta il soggetto privilegiato per la trasmissione dei valori etici, culturali, sociali e spirituali essenziali per la crescita, l'educazione, lo sviluppo ed il benessere della persona e della comunità locale. Ci si chiede quali valori può trasmettere una "famiglia" formata da coniugi dello stesso sesso.

Tutto ciò premesso,

il Consiglio regionale della Regione autonoma Trentino-Alto Adige,

1. esprime la propria contrarietà al matrimonio tra persone omosessuali e ad ogni forma di unione che riconosca alle coppie omosessuali i medesimi diritti delle coppie eterosessuali;
2. riconosce come famiglia solo quella naturale fondata sul matrimonio tra due persone di sesso diverso,

ed inoltre

impegna il Presidente della Regione

a trasmettere una copia del presente documento al Parlamento italiano.

Signori consiglieri, credo che le vicende anche recenti che stanno interessando il Parlamento nazionale con il riconoscimento dei PACS, che astutamente il Governo ha chiamato Dico per riuscire ad eguagliare, a dare gli stessi diritti alle unioni civili, gli stessi diritti riconosciuti alle famiglie, debba comunque interessare anche questo Consiglio regionale e credo che quanto mai come in questo momento sia opportuno, da parte del Consiglio regionale, esprimere una propria valutazione, un proprio parere su queste unioni di fatto.

Abbiamo capito la strategia della sinistra che è quella di riconoscere i diritti delle unioni civili, per arrivare in un secondo tempo ad un riconoscimento di questi diritti anche alle unioni tra omosessuali.

In altri paesi, come ho citato l'Inghilterra, ma anche in Spagna, questo già avviene e credo che per l'istituto della famiglia sia un grave attacco. Lo vediamo anche in questi giorni con le dichiarazioni del Papa, del Vescovo Ruini quanto sia forte la contrarietà a questo attacco alla famiglia tradizionale e ritengo importante che si aprano gli occhi, perché comunque questa è una mossa che poi porterà ad ogni riconoscimento anche alle coppie omosessuali.

Non voglio pensare agli effetti che possono avere non solamente il matrimonio, certamente il matrimonio è il primo passo, ma si arriverà poi alla possibilità anche di adozione da parte di coppie omosessuali.

Nel nostro piccolo, come Consiglio regionale, credo sia importante dare un messaggio anche al Parlamento nazionale, esprimendo la contrarietà in primo luogo al riconoscimento dei diritti per le coppie civili, ma soprattutto, come recita questa mozione, esprimere la contrarietà all'ipotesi del matrimonio tra persone omosessuali e ad ogni forma di unione che riconosca alle coppie omosessuali i medesimi diritti delle coppie eterosessuali.

Credo che la nostra società, i valori fondanti di questa società debbano essere salvaguardati ed è nostro compito pronunciarci in questo senso. Quindi la contrarietà è netta all'ipotesi che un domani in Trentino-Alto Adige si possa assistere alla celebrazione di matrimoni tra omosessuali ed ancora di più è la contrarietà all'ipotesi che un domani si possa vedere anche la possibilità di adozione da parte di coppie omosessuali.

Quindi invito il Consiglio regionale a sostenere e votare questa mozione.

**ASSUME LA PRESIDENZA IL VICE PRESIDENTE MAGNANI
VIZEPRÄSIDENT MAGNANI ÜBERNIMMT DEN VORSITZ**

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. de Eccher. Ne ha facoltà.

de ECCHER: Egregio Presidente, intervengo anch'io a sostegno di questa mozione con alcuni ragionamenti.

Sostanzialmente la nostra Costituzione, che viene richiamata in tutte le occasioni, ha sancito in maniera inequivocabile quello che si deve definire per famiglia. Siamo in un momento particolare, siamo al seguito della 2^a guerra mondiale, nell'ambito della redazione della Costituzione intervengono le forze allora maggioritarie sul territorio nazionale, c'è un forte contributo anche da parte della sinistra, però obiettivamente in quel tempo la famiglia viene definita come quella fondata sul matrimonio, alla quale poi vengono attribuiti tutta una serie di riconoscimenti.

Quindi dal punto di vista storico la Costituzione ha affermato questo valore della famiglia, lo ha affermato e tutti coloro che oggi sostengono che la Costituzione in senso lato ha un valore, un'attualità che devono essere garantiti, tant'è che si rifiuta in maniera aprioristica qualsiasi intervento che possa in qualche maniera attualizzare o modificare i testi, su questo tema quelle stesse persone assumono atteggiamenti diversi.

Non è da oggi che viene attaccata la famiglia, una certa sinistra sono decenni che opera in maniera più o meno palese, in maniera più o meno riscontrabile per raggiungere quello che è poi un principio utopistico della sinistra, l'omologazione, il livellamento. Perché si vuole arrivare alla distruzione della famiglia? Perché la famiglia rappresenta comunque una base organica, strutturata con un padre, una madre, un figlio; già avere una distinzione tra soggetti per la sinistra è qualcosa di eccessivo.

Allora si spinge per rendere tutti uguali, quindi il padre e la madre non vengono più definiti nel loro ruolo, passa la filosofia del padre che non deve esser padre, ma deve essere amico dei propri figli, rinunciando a quelle che sono le sue competenze, passa la moda unisex, perché anche lì si deve cercare il livellamento, lo si deve raggiungere, perché quello che è strutturato è naturalmente conforme natura e va contro l'ideologia della sinistra, ebbene questi passaggi si susseguono, ma sono costanti, è sufficiente la lettura di quelli che sono i testi della sinistra, ma anche le pubblicazioni settimanali, ma anche i quotidiani.

Ricordo la risposta di Eugenio Scalfari, l'ho conservata in archivio, laddove una coppia di omosessuali praticamente aveva ottenuto un figlio grazie alla disponibilità di un soggetto terzo, lo stavano allevando e domandavano: siamo nel giusto? Una decina di anni fa già Scalfari diceva: per carità, quella è la soluzione vera, voi dovete allevare il figlio nella piena consapevolezza che potrete trasmettere qualcosa in più rispetto alla famiglia tradizionale.

Quindi c'è continuità, è un disegno che parte da lontano, che non viene esplicitato fino in fondo, ma lì vuole comunque arrivare.

Allora c'è anche nell'ambito più recente, ricordo una pubblicazione indegna, vergognosa, squallida, curata dalla Provincia autonomia di Trento, su iniziativa dell'assessore Berasi: *Pari opportunità in base all'orientamento sessuale*. 150 pagine per dire che l'omosessualità è la strada giusta, che bisogna educare i bambini all'esistenza dell'omosessualità, che si deve uscire sull'esterno con manifesti per invitare gli omosessuali a manifestare la propria

affettività in pubblico, perché così si passa all'accettazione e si vuole far passare per normalità quello che normalità non è, perché la normalità garantisce la continuità della speciale, se non vi fosse la normalità la comunità umana sarebbe destinata a perire. Quindi c'è una normalità, va riconosciuta.

Allora, ripeto, su questo tipo di mozione non ci possono essere equivoci, chi ha il senso della famiglia non può che votare in una direzione, chi per ragioni magari di coalizioni politiche o semplicemente perché la mozione viene da una parte politica precisa si rifiuta di dare il sostegno, si prende delle responsabilità e se le prende fino in fondo.

Ripeto, la nostra comunità, al di là di queste frange estremiste, al di là di questi pseudo intellettuali ha ancora forti convincimenti, perché la gente ha ancora buon senso, nonostante una serie di iniziative che passano attraverso i progressisti di una parte e dall'altra. Costanzo, uomo di sinistra che però lavora sulle reti di Mediaset, nei suoi programmi ricordo l'azione assolutamente negativa che portava avanti, perché arrivava il travestito e scattava l'applauso, poteva pontificare su tutto, pareva che fosse un merito essere diverso da quel punto di vista. Arrivavano addirittura le coppie che si scambiavano fra di loro, il massimo della turpitudine e dello squalore e se qualcuno del pubblico si permetteva di dare un giudizio, di dare una valutazione, per carità veniva attaccato da tutti.

Il rispetto per le scelte altrui, cioè qui si perde il senso della misura, laddove si deve avere repulsione, laddove si deve dare un rifiuto netto bisogna avere il coraggio di intervenire.

Quindi, ripeto, questa mozione, nella sua limitatezza comune dà un'indicazione che solo le persone che hanno perso di vista ogni forma di buon senso possono rifiutare e quindi mi aspetto da questo Consiglio regionale un'approvazione da parte di persone che dovrebbero, su un tema del genere, operare in assoluta libertà. Grazie.

**PRÄSIDENT PAHL ÜBERNIMMT DEN VORSITZ
ASSUME LA PRESIDENZA IL PRESIDENTE PAHL**

PRÄSIDENT: Abg. Dello Sbarba, Sie haben das Wort.

DELLO SBARBA: Grazie, Presidente. Di fronte ai toni che ho sentito si potrebbe anche stendere un velo pietoso, votare ed andare avanti, ma non sarebbe prendere sul serio quest'Aula e quindi qualcosa va detto.

Qui mi pare ci siano due concezioni diverse e mi consenta il cons. de Eccher, che dice sempre di una concezione di una certa sinistra, allora c'è una concezione di una certa sinistra e poi c'è anche una concezione di una certa destra, due concezioni diverse del ruolo dello Stato nella società. C'è una concezione che ritiene che lo Stato debba dettare la morale ai cittadini, che è quella concezione dello stato etico che ci ha regalato anche delle belle dittature della storia d'Europa, quindi lo Stato che detta la morale, addirittura anche la moda, al collega de Eccher non piace la moda unisex, quindi ci vorrebbe una legge per vietare la moda unisex ed i bluejeans che sono un'importazione della perfida plutocrazia americana.

Allora c'è questo Stato che dovrebbe dettarci la morale, uno Stato che non guarda in faccia nessuno, che ignora le realtà che intanto i suoi

cittadini hanno creato spontaneamente, che nella società si formano e che impone in certo modello alla società.

Poi c'è l'idea dello Stato di diritto e la concezione dello Stato di diritto dice che lo Stato è qui non perché è una specie di mostro, una specie di leviatano che viene dal cielo e che si impone sui cittadini, ma lo Stato è un contratto sociale libero tra i cittadini, un contratto sociale che si rinnova ogni giorno al suonare della nostra sveglia ed il fine dello Stato è la massima felicità possibile dei cittadini, naturalmente con il limite che questa felicità dell'uno non si trasformi in una riduzione della felicità e del benessere dell'altro.

Quindi qui non si tratta di proporre un modello di comportamento, una moda, una morale, un'etica invece di un'altra, si tratta di prendere atto e mi pare che con la proposta che sta venendo fuori a livello nazionale e che condivido molto, mi pare si stia facendo questo, cioè che cosa condivido in questa proposta? Io vivo in una coppia di fatto da 30 anni, abbiamo tre figli e condivido il fatto che non mi si costringe a sposarmi se non voglio, perché se mi voglio sposare ho due possibilità: il matrimonio comune ed il matrimonio in chiesa. Quello che mi serve, come serve alle tantissime coppie che convivono senza una forma istituzionalizzata di matrimonio, per proprie convinzioni personali nel mio caso, poi in altri casi ci sono anche impedimenti, ci sono divorzi, ci sono situazioni di questo tipo, ma quello che serve è che queste formazioni sociali che i cittadini liberamente e senza far del male a nessuno creano, vengono riconosciute dalle normative dello Stato e vengono garantite all'interno di queste formazioni sociali le parti eventualmente più deboli.

Questo è il problema e questo mi sembra la cosa interessante della proposta di legge che noi, come gruppo Verde in Consiglio provinciale, abbiamo proposto, una proposta di legge sulla regolazione delle coppie di fatto che è molto simile, si ispira proprio a questa filosofia, cioè non tanto istituire matrimoni alternativi, non è questo il problema, se uno si sposa già ha una gamma di un paio di possibilità che bastano, quanto quello di riconoscere diritti e doveri all'interno di un fenomeno sociale che si chiama convivenze di fatto di persone dell'altro sesso nel 99% o dello stesso sesso nel 1% o forse meno, di riconoscere diritti in modo tale che nel libero organizzarsi della società non emergano discriminazioni, ingiustizie, eccetera.

Discriminazioni anche, ad esempio, rispetto al diverso orientamento sessuale che è una cosa che dice la Costituzione, perché la Costituzione dice che siamo tutti uguali, a prescindere dalla cultura, la lingua, il sesso e la religione.

Quindi si tratta di impedire che ci siano discriminazioni, si tratta di estendere alcuni diritti, per esempio se due sposati da 20 si divorziano, la parte più debole, nel senso quella persona dei due che ha meno lavorato perché è stata a casa con i figli, eccetera, ha dei diritti verso la parte più forte che si è fatta la carriera, si è fatta la pensione, eccetera. Allora che differenza c'è fra una coppia che convive con figli ed una coppia sposata con matrimonio? Nessuna.

Quindi anche nella coppia che convive se ci fosse una separazione c'è stata una convivenza che ha messo insieme stipendi, magari acquisti di case, magari maternità, magari congedi per stare a casa e quindi perché una donna che è sposata o un uomo che è sposato deve avere la protezione di questi diritti e non lo deve avere chi convive nello stesso modo.

Questo si tratta. Quindi non si tratta né di propagandare una forma di matrimonio, né un'altra, né una modalità nei gusti sessuali, né mode, né niente, ma di fare in modo che lo Stato laico e democratico faccia il suo mestiere, cioè garantisca i diritti delle persone, dei propri cittadini e cittadine e garantisca che non esistono discriminazioni basate sugli orientamenti sessuali, sulle scelte private, eccetera.

Dopo di che sposarsi o non sposarsi, sposarsi in chiesa o non sposarsi in chiesa queste sono questioni che attengono la sfera privata della libertà dei cittadini.

Quindi noi siamo decisamente contro queste due mozioni, proposte dal centrodestra del nostro Consiglio, mi dispiace che a queste mozioni, che sono espresse in un linguaggio che mi piacerebbe non sentire in quest'aula, non si contrapponga una mozione del centrosinistra che già era pronta e che avrebbe offerto a tutti noi un orizzonte positivo, che è quell'orizzonte che in questo momento, anche nel nostro paese a livello nazionale, sta emergendo.

PRÄSIDENT: Das Wort hat der Abg. Morandini.

MORANDINI: Grazie, Presidente. Volevo chiedere, signor Presidente, come si articola questa discussione, cioè adesso è in discussione la mozione dei conss. Bertolini ed altri, con i tempi che essa richiede, successivamente la mozione che mi vede primo firmatario o come sono le cose? Per cortesia. Grazie.

PRÄSIDENT: Siccome la prima mozione della collega Cogo ed altri è stata sospesa, si tratta in discussione congiunta le altre due mozioni.

MORANDINI: I tempi quali sono?

PRÄSIDENT: I tempi per l'illustrazione sono un consigliere per gruppo per dieci minuti...

MORANDINI: ...i tempi regolamentari, va bene.

PRÄSIDENT: Noi abbiamo previsto la discussione congiunta, siccome l'altra mozione è stata sospesa, possiamo andare avanti che adesso discutiamo la mozione dei conss. Bertolini ed altri, la abbiamo già incominciata e quando sarà finita quella esaminiamo subito l'altra, come previsto dal regolamento.

Altri interventi? Cons. Seppi, ne ha facoltà.

SEPPI: Trovo che la proposta dei colleghi Bertolini, de Eccher, Delladio e Morandini, quindi la mozione n. 16, che mi trova normalmente sempre sintonizzato sulla stessa lunghezza d'onda, più o meno, c'è un passaggio però sul quale vorrei fermare la mia attenzione, sottoponendola alla vostra attenzione.

Nel primo passaggio impegnativo scrivete testualmente che il Consiglio regionale esprime la propria contrarietà al matrimonio tra persone omosessuali e ad ogni forma di unione che riconosca alle coppie omosessuali i medesimi diritti delle coppie eterosessuali.

Al secondo punto si riconosce come famiglia solo quella naturale, fondata sul matrimonio e sulle persone di sesso diverso.

Fermiamoci un attimo. Se voi presentatori ed il sottoscritto è perfettamente d'accordo con voi che l'unica unione che possa essere riconosciuta e lo dite al punto n. 2 è quella naturale, fondata sul matrimonio tra due persone di sesso diverso, la proposta n. 1 va in contrasto, perché quando voi dite che siete contrari ad ogni forma di unione che riconosca alle coppie omosessuali i medesimi diritti delle coppie eterosessuali, sembra quasi che riteniate essere possibile un'unione diversa da quella del matrimonio e quindi sembra quasi un'accettazione di una forma di PACS che possa coinvolgere solo gli eterosessuali e non gli omosessuali. Non so se mi sono spiegato.

Allora se noi diciamo che l'unica cosa nella quale ci riconosciamo e siamo d'accordo è quella del matrimonio tra persone eterosessuali, è altrettanto vero che non riconosciamo qualsiasi altro tipo di unione, perché è chiaro che se diciamo questo escludiamo ogni altro tipo di possibilità e sono ancora d'accordo con voi.

Allora nel primo passaggio non possiamo dire che esprimiamo la nostra contrarietà al matrimonio fra persone omosessuali e ad ogni forma di unione che riconosca alle coppie omosessuali i medesimi diritti delle coppie eterosessuali, perché sarebbe come ammettere che potrebbe esistere una eventualità di unione, riconosciuta dalla legge, diversa dal matrimonio. Almeno io la leggo in questo modo e vorrei soffermare la vostra attenzione su questo.

Quindi secondo me, colleghi, ci terrei ad esprimere la mia sollecitazione ad eliminare assolutamente il comma 1 o comunque la proposta di impegno n. 1, perché quando si dice nella massima semplicità e nella massima capacità di comprensione da parte di un popolo che ha bisogno di essere molto, molto facile nell'essere capito e nell'essere spiegato, quando noi diciamo che riconosciamo come famiglia solo quella naturale, fondata sul matrimonio fra due persone di sesso diverso e non ci riconosciamo in alcun altro tipo di unione, significa che tutto il resto non serve più a niente e quindi l'impegno n. 1, proprio per chiarezza, potrebbe tranquillamente essere eliminato.

Ciò detto, capisco perfettamente le intenzioni dei presentatori, era solamente una sollecitazione che non ho fatto a titolo personale, perché non me ne ero accorto, me ne accorgo oggi, è chiaro che io sono esattamente sulla stessa lunghezza d'onda di quanto c'è scritto, perché non sono sicuramente contrario al fatto che due persone etero-omosessuali possono vivere insieme, possono farsi la loro vita, possono fare quello che in fin dei conti hanno diritto di fare anche adesso e nessuno ha intenzione, nemmeno i colleghi Bertolini e Morandini, di mettere in discussione questo diritto.

Se due omosessuali stanno bene insieme, che continuino a stare bene, non è un problema per me e nemmeno per loro io ritengo, il problema sarebbe però quello di dare a questo tipo di situazione una connotazione giuridica, che possa essere paragonabile a quella dei diritti o comunque dei requisiti che si ottengono dal punto di vista giuridico dal matrimonio fra due persone eterosessuali e quindi dal matrimonio inteso nel senso più pulito, più ovvio del termine.

Allora non so nemmeno in una situazione europea, perché non solo qua se ne sta parlando, in cui esistono seri problemi relativi alle classi sociali

meno abbienti e non è demagogia, esistono problemi di disoccupazione, esistono problemi di un'emigrazione sempre più pesante e sempre più incontrollata, esistono situazioni nella nostra Italia in cui a Napoli se non si sparano 20 colpi al giorno per le strade se ne sparano 47, esiste una serie di problematiche che sono ben al di là di questo tipo di realtà.

Diceva qualcuno che potrebbe interessare, anche dal punto di vista di interesse personale, senza il coinvolgimento nella situazione di cui stiamo parlando, forse il 5% della popolazione. Penso che invece il restante 95% ha il problema della casa, ha il problema di arrivare a fine mese, ha il problema di fare i conti con la vita di tutti i giorni, per cui andare anche a imporre determinati ragionamenti di questo tipo, non in quest'aula, perché in quest'aula è giusto farli, considerato che qualcuno a livello nazionale pensa che sia necessario ragionare prioritariamente di queste problematiche, quando prioritariamente di problematiche ben più serie, ben più pregnanti, ben più intelligenti stanno sul tappeto.

Certamente, preso atto che a livello nazionale questa sinistra ha di questi problemi o pensa di averli, noi non possiamo fare altro che accettare la sfida e discutere anche in questa sede, però ritengo che sulla scaletta delle priorità forse sarebbe all'ultimo posto una problematica di questa natura.

Voglio rispondere a coloro che strumentalmente dicono che anche i politici della destra sono degli ipocriti, perché tengono un atteggiamento di contrarietà ai PACS o ai Dico, sono contrari a tutto questo tipo di proposte che escono da quella che è la tradizione matrimoniale ed anche loro ed una gran parte di loro si comportano nella vita in maniera diversa.

Ciò non significa nulla, sono d'accordo con voi. Ricordo le prese di posizione in quest'aula, se le ricorda molto bene il collega de Eccher, le battaglie che facemmo con il Movimento Sociale Italiano contro il divorzio; ciò non giustifica che dopo aver parlato contro il divorzio per comizi interi in tutta Italia, Giorgio Almirante fu uno dei primi che divorziò dalla moglie. Ma non significa che sia giusto, ha sfruttato una legge che consentiva anche a lui di fare delle cose che altrimenti non avrebbe potuto fare, ma ciò non significa che la reputasse giusta.

A parte che non mi risulta che nessuno di noi viva con un omosessuale in casa e se lo fa è un problema suo, ma se qualcuno di noi di destra avesse un problema di questo tipo, ciò non significa che sia giusto. Quante cose sbagliate si fanno sapendo di sbagliare, ciò non significa che non si sa perché si sta sbagliando, per cui attaccare strumentalmente ragionamenti di questo tipo è assolutamente fuori luogo.

Conosco tanti di destra che sono contro l'immigrazione e poi hanno la filippina che va a fargli le pulizie. Sicuramente non c'è coerenza, ma non si può sicuramente configurare nel fatto che uno debba per forza avere la famiglia a posto, la moglie che da 30 anni che si è sposata, è l'unica donna che guarda e per questo essere d'accordo sui PACS.

Non è assolutamente vero, io posso essere convintissimo che l'unica forma vera di unione è quella del matrimonio inteso come l'abbiamo sempre inteso, enunciando quindi la contrarietà a qualsiasi altro tipo di aberrazione giuridica che possa mettere insieme etero-omosessuali o situazioni di questa natura e poi magari avere una convivenza.

Questo non c'entra niente assolutamente, non è posto in discussione questo tipo di situazione, perché posso fare delle cose che reputo sbagliate o posso fare anche delle cose che reputo giuste, ma non ritengo che debbano essere giuridicamente poste in una condizione o in un paragone matrimoniale.

Cosa significa ciò? Che non necessariamente chi ha una convivenza debba essere d'accordo sul fatto che la sua convivenza ottenga le stesse qualità giuridiche di un matrimonio.

Quindi certe prese di posizioni della sinistra lasciamole perdere, perchè sono strumentali a dei giochi verso i quali noi non siamo disposti a cadere. Grazie.

PRÄSIDENT: Cons. Bertolini, ne ha facoltà.

BERTOLINI: Ho chiesto la parola anche per precisare al cons. Seppi il senso di questa disposizione, perché mi rendo conto che la discussione abbinata della mozione *“No ai matrimoni tra omosessuali”* con la mozione *“No all'equiparazione dei PACS”*, può comunque portare a questa doppia interpretazione.

Effettivamente il senso della mozione, che ho presentato assieme ai colleghi de Eccher, Delladio e Morandini, punta l'attenzione sul matrimonio tra omosessuali, eventualmente sarebbe in più il punto 2, la precisazione di riconoscere come famiglia solo quella naturale, fondata sul matrimonio, mentre il punto 1, dove si vuole esprimere la contrarietà al matrimonio tra persone omosessuali e quindi si ferma a questo argomento, evitando di riconoscere alle coppie omosessuali gli stessi diritti delle coppie eterosessuali, a mio avviso comunque ha la sua logica.

Però per evitare problemi interpretativi, perché mi rendo conto che magari un'ulteriore precisazione come quella che si riferisce al riconoscimento dei diritti alle coppie omosessuali, rispetto quelle eterosessuali, può creare magari confusione, dichiaro alla Presidenza di eliminare la parte del punto 1 dopo la parola *“e”*. Quindi lasciare *“1. esprimere la propria contrarietà al matrimonio tra persone omosessuali”* e togliere la parte successiva del punto 1.

Questo per evitare problemi interpretativi, dubbi di carattere interpretativo, anche se per me la disposizione ha la sua logica e di mantenere il punto 2, così come previsto nella mozione.

PRÄSIDENT: La parola al cons. Morandini, ne ha facoltà.

MORANDINI: Presidente la ringrazio. Non più tardi di stamani ho richiesto con forza l'intervento nella conferenza dei Capigruppo che si calendarizzasse questo punto che da molto tempo i consiglieri che hanno sottoscritto le mozioni chiedevano che venisse affrontato, perché ritengono che sia un tema assolutamente importante.

Per quanto riguarda la critica che qualcuno ha fatto, relativamente ai toni che sarebbero stati usati a sproposito secondo taluno, penso che si possano giustificare i toni, in un contesto on cui si parla di qualcosa di grande che è in gioco, non è una questione di piccolo cabotaggio, è una questione di civiltà quella di cui stiamo trattando, è una questione che riguarda le fondamenta di uno stato.

Visto che qualcuno ha parlato di stato di diritto, vorrei rappresentare proprio al collega Dello Sbarba che lo stato di diritto è quello che, come dice la parola, è uno stato che deve farsi carico della tutela dei diritti di tutti i cittadini, a partire dai cittadini più deboli e quindi in questo caso i cittadini più deboli sono ancora una volta i bambini. Non si tratta qui di imporre valutazioni o quant'altro, lo stato etico qui non è in gioco, è in gioco proprio la funzione di uno stato di diritto, il quale deve assolutamente tutelare tutti i diritti fondamentali, a partire dai più deboli, in questo caso sono per l'appunto i bambini.

Allora proprio per esordire, come è stato esordito in un intervento che mi ha preceduto, dico subito che sono totalmente contrario al disegno di legge che il Governo italiano ha approvato giorni fa, che pare qualcosa di assolutamente insignificante, come molti della maggioranza tendono a rappresentare e che invece, come cercherò di dimostrare, va a scardinare principi fondanti di ordinamento giuridico quale è quello italiano, che ha la sua principale fondatezza nella Costituzione italiana, nella quale si sono trovati d'accordo uomini e forze politiche della più diversa estrazione e che tutela appunto diritti fondamentali, a partire dal diritto della famiglia come società naturale fondata sul matrimonio, che la Costituzione prevede agli articoli 29 e seguenti.

Poiché si parla in questa mozione e si è deciso, da parte della Presidenza, di affrontare con discussione separata le due mozioni, esordisco con il fare presente che proprio il principio di eguaglianza a cui Dello Sbarba faceva riferimento, trova nella sottolineatura delle sue tesi una forte violazione.

Tutti sono eguali a partire dal sesso, evidentemente come dice la Costituzione, è un'affermazione assolutamente fondata, ma allorché con l'espressione "generi", si sostituisce l'espressione "sesso" le cose cambiano. Sappiamo che questa è una categoria malthusiana, nei cui confronti evidentemente non posso che nutrire tutte le contrarietà che possono darsi, proprio perché questo genera profonde ambiguità ed anche grandi ingiustizie.

Allora parlando delle cosiddette unioni omosessuali, vorrei evidenziare alcune ragioni laiche che si frappongono a questo riconoscimento di questo tipo di unioni, che sostanzialmente rappresentano l'assoluta ingiustizia, non solamente giuridica, ma anche sociale di questo tipo di unioni. Sarebbe interessante anche raccogliere qui tutta una serie di pronunciamenti, autorevolissimi anche di queste ultime settimane della Chiesa italiana, ma poiché non c'è il tempo e poiché mi piace in un'assemblea legislativa, in modo particolare, evidenziare le ragioni laiche che militano contro questo riconoscimento, parto proprio da quello che ho definito l'anello debole della catena e sono per l'appunto i bambini.

Ebbene, se dovessero essere riconosciute come famiglie le unioni omosessuali il primo danno enorme ci sarebbe proprio nei confronti dei bambini. Mi chiedo per l'appunto, perché lo Stato dovrebbe privilegiare il matrimonio rispetto agli altri tipi di unione e di convivenza? La risposta mi pare abbastanza semplice, proprio perché deve incentivare tutte quelle forme di vita che concorrono al bene comune e che tutelano i deboli e gli indifesi.

Ora il bene comune è in primo luogo la generazione, la cura, l'educazione dei figli, perché tutto questo assicura anche la trasmissione di valori, la sopravvivenza della società. Allora se la tutela dei deboli fa pensare in primo luogo ai bambini, è chiaro che il contesto sulla carta, il contesto più

propizio per la loro nascita, per la loro cura, per la loro educazione è una forma di relazione caratterizzata dall'amore, dalla stabilità e dalla coesione. Questo è il necessario contrario delle convivenze, che sono purtroppo connotate spesso, quasi sempre, da provvisorietà e breve durata.

Porto alcuni dati che mi sembrano eloquenti: gli uomini che convivono sono quattro volte più infedeli dei mariti e le donne che convivono tradiscono otto volte più delle mogli. Traggo questi dati da una ricerca di Gallagher e Waite del 2000.

Non solo. Un gruppo di ricercatori della Rutgers University (USA) ha dimostrato che su 4 bambini nati da coppie di fatto, 3 soffrono per la rottura dell'unione dei loro genitori prima dei 16 anni di età e rimangono a vivere con un solo genitore.

Ancora, la Bowling Green State University (Usa), ha documentato che i figli delle coppie di fatto subiscono disordini psicologici più frequentemente rispetto a quelli degli sposati. In più, il tasso di violenza domestica è molto più alto tra le coppie di fatto che tra quelle coniugate e la depressione è 3 volte maggiore tra i conviventi che tra gli sposati.

Sono dati piuttosto impressionanti, che intendo sottoporre all'attenzione di questa Assemblea ed in particolare ora soffermarmi sulle unioni omosessuali.

È chiaro che queste coppie non possono contribuire alla procreazione, quindi si obietta che potrebbero farlo adottando dei bambini. Ma ancora una volta, mettendoci dal punto di vista dell'anello debole della catena, dare bambini in adozione evidentemente significa privarli della figura materna o paterna, a seconda delle circostanze, che non può essere surrogata a sua volta da altrettanta figura materna o paterna.

Anche qui i dati che sono a disposizione mostrano che i bambini affidati a queste coppie hanno alta probabilità di soffrire di gravi disturbi psicologici, di avere bassa autostima, maggiore propensione all'autolesionismo e alla tossicodipendenza per almeno una serie di motivi.

Il primo. L'assenza della figura o materna o paterna. È vero che ci sono casi in cui i bambini trovano le figure di riferimento femminile o maschile fuori dalla coppia genitoriale; ma questo è un rimedio che non si verifica sempre e che non intacca il fatto della inaccettabilità della privazione iniziale, cioè il fatto di avere questa duplice figura materna e paterna. Qui gli psicologi dell'età evolutiva hanno scritto fiumi di inchiostro su queste questioni, proprio mettendosi dal punto di vista dell'angolo visuale dei bambini.

Un secondo motivo. La brevità dei legami omosessuali, che si infrangono molto più frequentemente di quelli delle coppie coniugate, con o senza figli. Due ricercatori gay, quindi penso non sospetti di parzialità, D. McWirther e A. Mattison, hanno esaminato 156 coppie omosessuali e ne hanno ricavato risultati che fanno profondamente riflettere. Solo 7 di queste avevano avuto una relazione esclusiva, ma nessuna era durata più di 5 anni. Le relazioni omosessuali durano in media un anno e mezzo e i maschi gay hanno mediamente 8 partner in un anno fuori dal rapporto principale. È un'indagine su 150 uomini omosessuali di età tra i 30 e i 40 anni che ha mostrato come già a quell'età il 65% aveva avuto più di 100 partner sessuali: Traggo questi dati da Goode - Troiden, 1980. Ci sono rare coppie omosessuali che coabitano per più anni, ma tra loro non c'è quasi mai esclusività nei rapporti.

Un altro motivo è che i bambini che venissero adottati da queste coppie hanno già alle spalle una storia di sofferenze, oppure di violenza o di entrambe. Per cui alla differenza tra genitori naturali e quelli adottivi, che è anche una cosa di non preoccupante rilievo e che già di per sé rappresenta una difficoltà, se ne aggiunge il fatto che la coppia dei secondi non è analoga alla coppia dei primi. Anche qui vari testi affrontano questo tema.

Ancora. È insito nel bambino un bisogno di divisione dei ruoli, di sapere “chi fa che cosa” e “da chi mi posso aspettare questo atteggiamento e da chi mi posso aspettare quell’altro”.

Naturalmente è risaputo che tutti i matrimoni, anche quelli fra persone di sesso diverso evidentemente possono naufragare. Però questo è l’istituto giuridico che dà maggiori garanzie di durata, perché se nel matrimonio la fragilità è una forma patologica e quindi per natura eccezionale, nelle altre unioni è la norma.

Per quanto riguarda il riconoscimento dei diritti alle cosiddette unioni di fatto che il cons. Dello Sbarba reclamava, dico che non è giusto sul piano giuridico richiedere solo diritti e non assumersi i corrispondenti doveri. Perché se lei guarda anche il disegno di legge editato dal Governo, cons. Dello Sbarba, c’è un riconoscimento, una rivendicazione di diritti, ma non l’acquisizione dei corrispondenti doveri.

Questa è una delle tante argomentazioni laiche che io porto evidentemente per la contrarietà, mai poi aggiungerò ulteriori riflessioni nel tempo che mi sarà dato successivamente.

PRÄSIDENT: Danke! La parola al cons. Bondi. Ne ha facoltà.

BONDI: Noi ovviamente siamo contrari a questa mozione, per il dettato e anche per il tono ed i ragionamenti che stanno dietro, rispetto al fatto che si vuole in qualche modo limitare il diritto di qualcuno.

Mi piace prima di tutto rispondere al cons. Seppi, a proposito di quel ragionamento che non mi era del tutto chiaro sulla coerenza e l’incoerenza dei comportamenti. Vi è oggi un interessante passaggio, che secondo me fa proprio al caso nostro, del costituzionalista cattolico Elia che testualmente cito: *“Il Papa e i vescovi hanno ovviamente il diritto di parlare e hanno il diritto di esigere dai fedeli una condotta conforme ai loro insegnamenti.”*

Mi è risultato piuttosto poco comprensibile il ragionamento secondo cui per un cattolico si può dire quello che poi non si fa, difatti Elia oggi ci ricorda in questo bel passaggio: *hanno il diritto di esigere dai fedeli una condotta conforme ai loro insegnamenti.* Cosa che nella destra non è che non succeda ogni tanto, non succede mai, perché tutti coloro che parlando di famiglia, parlano di una di quelle che fanno parte del loro vissuto, avendone più di una nella quasi maggioranza dei casi.

Quello che non hanno il diritto i Vescovi ed il Papa è *di ricorrere a leggi o di imporre di non fare una legge per vincolare i non credenti alle loro disposizioni.*

È questo il punto su cui mi pare la bella intervista, che consiglio a tutti i cattolici presenti in quest’aula di leggere, di Leopoldo Elia, cattolico intransigente, assolutamente non in linea con le mie posizioni, ma di una onestà intellettuale che credo dovrebbe far riflettere anche chi, come il cons. Morandini,

si richiama a principi che non sono i miei e che credo possano essere rispettati per come oggi Elia li espone in questa sua intervista.

Dice Elia: *Oggi la Chiesa italiana, avvezza ai privilegi concordatari, è abituata a esercitare non l'auctoritas di cui parla il professor Mirabelli sull'Osservatore Romano, ma una potestas indiretta del tutto anacronistica.*

Ora in questa mozione si parla ancora una volta, come in tante altre occasioni, di questi diritti che verrebbero allargati ad altri e non ristretti a qualcuno, come di mine nei confronti della famiglia come cattolicamente intesa.

Ora si può non essere d'accordo sul fatto di allargare diritti ad altre comunità, per carità di Dio, nessuno detiene la verità su questi passaggi, quello che trovo assolutamente poco sostenuto da argomenti seri è il fatto che allargare i diritti ad altri minerebbe i diritti delle famiglie che si riconoscono nella dottrina cattolica.

Lo dice bene ancora una volta Elia, quando ricorda: *"Divorzio e aborto toccavano davvero a fondo il matrimonio e il diritto alla vita. Oggi ascolto controversie che si immiseriscono nella dichiarazione anagrafica; quasi si dovessero scrivere le leggi sotto dettatura".*

Già Dossetti, – dice sempre Elia – nel 1957 aveva teorizzato come nel Paese non esistesse più una maggioranza cattolica. E, dopo la sconfitta – al referendum quello famoso sul divorzio – Moro invitò a difendere "principi e valori cristiani al di fuori delle istituzioni e delle leggi, e cioè nel vivo, aperto e disponibile tessuto della nostra vita sociale".

La chiesa si batta nella società, non in Parlamento, non in Consiglio regionale, non nelle urne.

Credo che al di là del dettato di questa mozione di questo si dovrebbe discutere e lo dice una persona non più giovanissima e normalmente l'età porta al conservatorismo, lo dice una persona riconosciuta da tutti come un cattolico intransigente, integerrimo, lo dice una persona che richiama tutti noi, anche in questo momento in cui ci occupiamo di questa mozione, a farci carico del fatto che il nostro compito come legislatori è quello di garantire a tutti, laddove non violano le libertà degli altri, di comportarci come meglio credono. E richiama i cattolici, come credo lo sia lo stesso cons. Seppi e tutti gli altri, a farsi carico nella vita privata loro di comportamenti consequenziali a quello che predicano, perché altrimenti il vecchio detto, che si riferiva al parroco, *che predica bene e razzola male*, ancora una volta si riferisce – alla faccia di quello che diceva prima il collega Seppi – nei comportamenti per cui il dettato della chiesa e gli stessi vangeli, il divorzio non dovrebbe essere accettabile per coloro che si riconoscono nella dottrina cattolica.

Credo, da questo punto di vista, che questa mozione non possa che essere respinta, per il suo dettato nella parte dispositiva, ma anche per quanto riguarda la premessa, posto che è una mozione che mira a togliere qualcosa a qualcuno, quando quel qualcosa non mina assolutamente nulla, tanto meno il principio della famiglia, laddove ognuno è libero di farsi la famiglia come meglio ritiene, in chiesa, in municipio o secondo quelle modalità che credo giustamente il Governo italiano debba farsi carico.

I parlamentari cattolici – dice Elia e smetto di citarlo perché altrimenti sembra che mi sia fatto cattolico anch'io, ma in questo caso riconosco – devono farsi carico dell'intero Paese, dell'evoluzione sociale della nazione intera. Non possono, per obbedienza alla dottrina cattolica del diritto naturale, rifiutare di

offrire ai cittadini italiani di ogni fede e credenza quel che si offre in gran parte d' Europa. Compresa la cattolicissima Spagna.

Ora mi risulta raro e difficile credere che quello che leggo sia scritto da Leopoldo Elia, ma siccome non è smentito e siccome è articolato, credo che quello che ha scritto ed ha detto sia assolutamente condivisibile. Lo è per me, ma questo potrebbe essere un dato scontato e assolutamente non controverso, ma credo lo dovrebbe essere anche per il collega Morandini, per il collega Seppi e per tutti coloro che si riconoscono in questa dottrina.

Chiudo facendo un ultimo passaggio rispetto all'intervento del cons. Morandini, a proposito del fatto che in quella che lui non ritiene una famiglia, ma nell'unione che potrebbe esserci tra due persone dello stesso sesso i figli non potrebbero che crescere con disagi, droga, delinquenza e quant'altro, è non solo destituito da ogni fondamento scientifico, posto che non vi è alcun dato scientifico che ci possa dare un qualche fondamento rispetto a queste argomentazioni, che hanno il valore che hanno, potrebbe essere anche vero, non lo so, io non lo credo, ma di fatto non vi è alcuna statistica che possa dire questo.

Quello che noi sappiamo purtroppo è che la maggior parte dei disagi crescono indipendentemente dalla forma in cui il bambino o la bambina si trova a vivere la propria vita.

Questo argomento, cons. Morandini, rispetto al fatto che sono i figli a poterne soffrire, è lo stesso, identico argomento che si sentiva e veniva discusso al momento del divorzio, quando molti dicevano: noi non contestiamo il diritto ad Almirante, a Casini di divorziarsi, però state attenti che chi soffrirà di questa situazione saranno i figli che cresceranno in una situazione dove un sabato dovranno andare con la mamma, un sabato con il papà e via di seguito. Su questo sì esistono dati scientifici, siccome il divorzio c'è da molti anni, mentre invece la possibilità per le coppie omosessuali di adottare figli è circoscritta in alcuni paesi e non vi è alcuna letteratura scientifica né pro, né contro.

Comunque sono gli stessi argomenti utilizzati per il matrimonio ed il divorzio e su questo sì ci sono dati assolutamente incontrovertibili e cioè che non vi è nelle famiglie dei divorziati un aumento in percentuale dello stato di disagio da parte dei figli. Uno degli argomenti che è stato utilizzato in quegli anni per dire: guardate che i figli dei divorziati verranno su male, ha poi trovato nel corso dei 30, 40 anni di applicazione una assoluta non riscontrabilità all'interno di dati scientifici. Tanto nelle famiglie di divorziati, quanto nelle famiglie romane, cattoliche ed apostoliche con tutto ciò che ne consegue, la percentuale di disagio giovanile o di problemi è assolutamente costante. Questo a specificare che le paure di allora si sono poi rivelate o strumentali o comunque non suffragate da dati scientifici.

Questo per dire che credo, al di là del fatto che ognuno di noi può ritenere non conforme al proprio vissuto la possibilità per coppie omosessuali di adottare figli, non vi è alcun aumento di queste problematiche, tanto più che noi siamo portati a pensare alla coppia omosessuali come la coppia di due genitori maschi, posto che è molto più accettabile, chissà poi per quale ragione, il fatto che un bambino o una bambina possano crescere in una famiglia di una coppia omosessuale composta da due donne.

Questo perché è nel vissuto di ognuno di noi, specie anche nelle nostre vallate, il fatto che i bambini venissero in qualche modo, spesso e volentieri, allevati dalle zie o in situazioni, specie dopo la prima guerra mondiale, penso alle nostre vallate, era stata decimata completamente la popolazione maschile e non mi risulta che siano vissuti con problemi diversi rispetto agli altri.

Quindi togliamo di mezzo questo argomento che è strumentale oggi, come lo era al tempo del divorzio, cerchiamo di ragionare in termini laici, cioè garantire uno spazio libero a tutti coloro che vogliono esercitare diritti che in alcun modo invadono la sfera della libertà altrui.

Per quanto riguarda quello che dicevo prima, rispetto all'elemento per cui questi sarebbero i primi passi per minare la famiglia romanamente intesa, credo che una lettura di Elia sul "Corriere" di oggi possa suffragare ogni dubbio in quei consiglieri cattolici che a questa dottrina fanno riferimento.

PRÄSIDENT: Prima di sospendere la seduta, faccio un'osservazione. Siccome per quanto riguarda la mozione n. 16 è stato proposto di togliere una frase, la mozione n. 17 non ha più lo stesso contenuto, quindi può essere trattata separatamente.

Sospendiamo la seduta e ci vediamo alle ore 15.00.

(ore 13.00)

(ore 15.00)

PRÄSIDENT: Wir setzen die Debatte fort. Sind weitere Wortmeldungen?
Abg. Viganò hat das Wort.

VIGANÒ: Grazie, Presidente. Arriva dopo tanto tempo in discussione in quest'aula uno dei temi sui quali il nostro Paese si sta dividendo, quello di lacerazioni e profonde ferite sembra diventare ormai una costante negli ultimi anni e questo sicuramente è un danno per tutta la comunità italiana e per i nuovi cittadini che arrivano. Purtroppo questi temi che richiederebbero lunga e approfondita discussione, sereno confronto, civile confronto, anche serrato quando è necessario, vengono spesso, come altri argomenti, strumentalizzati vergognosamente da una parte e dall'altra.

A me non è mai piaciuta la deriva dei radicali che, dopo iniziali intuizioni interessanti e utili al Paese, sono scivolati purtroppo in un nichelismo che non porta da nessuna parte, ma non mi piace neppure l'arroccarsi spesso ipocrita di chi a parole dice di difendere i nostri valori, le nostre tradizioni, ma di fatto poi si comporta ed intimamente pensa a tutt'altro.

A me pare che su un tema così importante come la famiglia, le unioni di fatto, un Paese civile debba affrontare la questione in tutt'altro modo. Non è un caso che già nella precedente legislatura e anche all'inizio di questa legislatura giacciono in Parlamento numerosi disegni di legge da entrambi gli schieramenti, per mettere un po' d'ordine in una realtà ormai divenuta un dato di fatto, tanto per giocare con le parole.

C'è chi urla scandalizzato al rischio di affossare la famiglia, ma la crisi della famiglia non è cosa di questi giorni, né del mese scorso, né di pochi anni a questa parte. È una crisi che affonda le radici già negli anni '60, gli anni del boom economico e poi su e su gli anni '70 fino ai nostri giorni.

Voler attribuire strumentalmente le cause della crisi della famiglia ad un provvedimento che deve ancora essere approvato, mi sembra poco realistico e poco corretto intellettualmente. In realtà stiamo parlando quasi più delle conseguenze, se oggi la famiglia è in crisi le cause vanno ricercate altrove.

Ho letto nell'ultima settimana un libro molto interessante "La fine della famiglia" di Roberto Volpi, esperto in statistica, lavora presso l'Istituto degli Innocenti di Firenze, è un libro che consiglio vivamente a chi vuole affrontare i temi della famiglia e delle trasformazioni che la famiglia in Italia ha subito e sta subendo, una vera e propria rivoluzione, dice Roberto Volpi. Consiglio vivamente la lettura, perché potrebbe essere utile a tutti i politici per affrontare seriamente i problemi nella loro giusta dimensione, per capire i perché di una trasformazione e per valutare insieme i possibili rimedi a quella che viene considerata da tutti la crisi della famiglia.

Ora che il nostro Paese sia in difetto di una seria politica familiare non lo scopriamo oggi, purtroppo sono alcuni decenni che da alcune parti viene segnalata questa anomalia – questo sì – tutta italiana, che ha caratterizzato indistintamente governi di centrodestra e di centrosinistra purtroppo, però non è neanche concepibile che di fronte ad un ragionamento, come quello di riconoscere diritti e prerogative a tutte le persone che vivono in unioni di fatto, si debba andare ad alimentare strumentalmente, pericolosamente inutili divisioni di cui il Paese francamente non ne ha proprio bisogno.

Personalmente credo che molti del nostro gruppo siamo per qualche paletto in più piuttosto che qualche paletto in meno, quando si tratta di normare temi eticamente sensibili. Due anni fa la vicenda del referendum sulla procreazione medicalmente assistita, sappiamo come è andata a finire, in quell'occasione molti hanno detto la loro, io credo che il nostro Paese abbia dato dimostrazione di saggezza, di coerenza e anche di sufficiente severità nel pensare ad una norma che, rispetto a tante altre norme in altri paesi europei è sicuramente più severa.

Così mi pare stia avvenendo in questa occasione, il disegno di legge e sottolineo è ancora un disegno di legge del Governo, cosiddetti Dico, rispetto alla maggior parte delle normative di altri paesi europei è sicuramente più esigente ed a me questo personalmente sta bene, anzi, per dirla tutta, auspico che nel dibattito parlamentare piuttosto che un paletto in meno si aggiunga un paletto in più. Ma dovrebbe essere proprio lasciato al gioco democratico del Parlamento, cercando su temi così eticamente sensibili, la ricerca di consensi più ampi, mentre noi ci attardiamo in queste sedi provinciali e regionali a moltiplicare chiacchiere inutili, dichiarazioni di principio nascondendoci facilmente ed ipocritamente dietro certi valori, salvo poi pensarla diversamente.

Allora se davvero ci sta a cuore il bene del Paese, ma il bene soprattutto di tutti i cittadini e le cittadine che vivono in questo Paese, credo non ci debba spaventare anche affrontare questi temi in un'altra ottica.

Il nostro capogruppo dirà poi in dichiarazione di voto qual è un po' la nostra posizione. A me pare che al riguardo una cosa interessante poteva

essere, se mai si ritiene necessario, come pare discutere in questa sede di questi temi, la cosa interessante sarebbe stata trovare una convergenza tra le tre diverse mozioni, perché nella mozione presentata, poi di cui è stata chiesta la sospensione da parte del gruppo dei D.S., c'erano comunque alcuni passaggi interessanti, riguardanti soprattutto la non discriminazione di chi ha un diverso orientamento sessuale. Credo che su questo bisogna fare una riflessione onesta, è tempo ed ora, anzi siamo in ritardo, per mettere in atto meccanismi che eliminino i pregiudizi e certi atteggiamenti anche di razzismo nei confronti di chi ha diversi orientamenti sessuali.

Come pure ci pare di trovare condivisibili alcuni passaggi nel dispositivo delle altre mozioni che mettono un paletto ben fisso, ben chiaro quando si dice no al matrimonio o all'equiparazione di qualsiasi forma di unione, al matrimonio così come previsto dalla Costituzione. Qualche dubbio mi rimane, personalmente rimane a molti di noi sul secondo punto del dispositivo che stiamo discutendo, riconosce come famiglia solo quella naturale, fondata sul matrimonio tra due persone di sesso diverso.

Allora mi chiedo la famiglia del collega Riccardo Dello Sbarba o di altre persone che io conosco, alcune delle quali hanno addirittura quattro figli, sono insieme da oltre 20 anni e non si sono mai sposati, cosa facciamo, non la consideriamo famiglia? Chiedo, la pongo come domanda. Andiamo a dire a quei bambini: mi dispiace tu non fai parte di una famiglia! Hanno due genitori che per motivi loro, culturali, filosofici, di qualsiasi genere non hanno mai voluto sposarsi. Oltretutto teniamo conto che la nostra Costituzione è molto garantista, anche da questo punto di vista, perché accanto all'art. 29 vi prego di leggere anche gli artt. 30 e 31 che sono abbastanza chiari al riguardo.

Sicché se da parte nostra è generalmente condivisibile quel principio di precauzione per il quale non ci sembra giusto superare questo limite e dire che il matrimonio rimane qualcosa che ha a che fare con generi diversi, allo stesso tempo però non capiamo questa ostinazione, questa omofobia, questa ossessione nei confronti della ricerca di una normativa che consenta di garantire i giusti diritti e altrettanti doveri a chi sceglie forme diverse di convivenza.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Viganò. Collega Viola, ne ha facoltà.

VIOLA: Grazie, Presidente. Su queste mozioni cercherei di avere anche un atteggiamento "laico", perché laico come termine deriva – adesso non voglio fare lezioni ad alcuno – dal greco, dalla parola "laos" che vuol dire popolo. Laico anche nella nostra lingua, in italiano almeno, nel tedesco non lo so, è un termine che si è affermato per dire cosa è del popolo, laico quindi è quello che appartiene al popolo.

Allora se vogliamo affrontare la questione sotto un profilo laico, laico poi ha svariate sfaccettature, ma voglio partire da questa, perché mi sembra che ben si attaglia alla questione, altrimenti si rischia di cadere nell'insofferenza reciproca e soprattutto nell'intolleranza reciproca, perché, collega Viganò, dire quello che lei ha detto poc'anzi in ordine all'interpretazione autentica di chi ha depositato delle mozioni, non è neanche corretto rispetto ad una stima, ad un rispetto che comunque va dato a chiunque in quest'aula parla.

Dire, come lei ha detto, che chissà quali tipi di ragionamenti sottendono, l'ipocrisia anzi di chi poi la pensa in modo totalmente diverso, chiedo scusa, ma lei mi deve dire perché, non basta accusare in questo modo abbastanza gratuito.

Detto questo, non sono firmatario di alcuna delle mozioni, però parto da un dato di realtà, il dato di realtà è l'indagine demoscopica che le ACLI hanno commissionato recentemente, lo studio è del 7-8 febbraio, per cui della settimana scorsa, su un campione di mille italiani, se volete poi vi do il documento, siccome la domanda era anche per chi hanno votato alle precedenti consultazioni, in grande maggioranza è del centrosinistra. Lo dico da subito, per capire che poi la questione, siccome noi siamo qui come rappresentanti di una comunità, eletti da una comunità e che rispondono ad una comunità, forse è anche il caso di capire cosa la comunità vuole, perché altrimenti ci rinchiudiamo in un fortino politichese che poi non sa fare i conti con quello che la nostra società chiede.

Allora da questa indagine, commissionata dalle ACLI e fatta dalla società CODRES di Roma, su mille intervistati ne esce che solo il 6% degli italiani – ribadisco che l'indagine è stata fatta la settimana scorsa, le domande sono state sottoposte tra il 7 e 8 febbraio in tutta Italia – riteneva urgente questo provvedimento, parlo dei Dico, decisamente altre sono le priorità segnalate dai cittadini, il 41% chiede di correggere gli squilibri del sistema pensionistico; il 39% dice che il problema è fare leggi per risolvere i problemi della sanità; il 39% pone la questione sui lavoratori precari; il 24% ridurre gli sprechi nella pubblica amministrazione; il 24% sul fare una politica reale di sostegno alla famiglia.

Allora andando poi nel merito delle domande che riguardano il fatto delle coppie di fatto, o meglio della regolamentazione per legge delle coppie di fatto, il 37% degli italiani o meglio il 37% del campione – perché è più corretto dire così – ritiene che “si debbono concedere solo alcuni diritti, perché queste coppie non possono essere equiparate alle coppie sposate”. Questo è virgolettato, è la domanda del questionario.

Percentuali simili, il 31% sono favorevoli alla concezione di tutti i diritti delle coppie sposate, mentre il 28% si dichiara contrario comunque ad una legge sulle coppie di fatto e non concedendo alcun diritto.

Allora parto da qui per dire che bisogna – ribadisco – cercare anche di guardare quello che accade e secondo me c'è una sovraesposizione di questo tipo di questione da parte di tutti, ma soprattutto mi preme anche dirlo da parte di questo Governo nazionale, visto che la questione si è spostata dalla mozione presentata in Consiglio regionale, peraltro ormai un anno fa, purtroppo uno degli aspetti che andrebbero in qualche modo anche affrontati di come affrontiamo i temi in aula, una mozione di solito si riferisce a fatti di attualità, ad interventi da fare abbastanza in fretta; le mozioni, sia quella presentata dalla collega Cogo, poi sospesa, che quelle dei cons. Bertolini e Morandini risalgono a più di un anno fa. Quindi questo la dice lunga anche sulla capacità nostra di fare i conti con la realtà che evolve.

È vero comunque che da chi mi ha preceduto l'attenzione si è molto spostata dai cosiddetti PACS a quello che è accaduto in questi giorni evidentemente a livello nazionale, che è la presentazione del disegno di legge. Allora su questo però non posso non ricordare che è giusto lasciare al Parlamento la responsabilità, come chi mi ha preceduto ha affermato, la

responsabilità evidentemente di decidere, ma è anche altrettanto giusto dire che questo non è un disegno di legge del Parlamento, non è un disegno di legge espressione dell'Aula e visto che siamo anche noi componenti di un'Aula legislativa sappiamo cosa questo voglia dire, ma è un disegno di legge del Governo di questo Paese.

Allora se sui cosiddetti temi eticamente sensibili, sempre per usare l'espressione di chi mi ha preceduto, è il Governo per primo che in qualche modo affronta con la sciabola in mano questi argomenti, evidentemente a questo livello c'è un'assunzione di responsabilità che va sottolineata e questa responsabilità non è da poco.

Allora lei ha citato un libro prima, ne cito anch'io un altro che è quello di Umberto Folena, già vice direttore del giornale "l'Adige" a Trento, che ha scritto "*I PACS della discordia. Spunti per un dibattito*", Editrice Ancora.

Allora anche in questo libro si fa tutta una serie di osservazioni, nel quale emerge, anche sulla base di tutta una serie di studi statistici da lui affrontato su basi ISTAT, che quello che è oggi a tema è la famiglia prima di tutto. La famiglia che, a meno che non si voglia cambiare la Costituzione, perché tra l'altro dico anche a questa maggioranza consiliare, che peraltro è affine alla maggioranza nazionale, che se proprio vogliamo andare fino in fondo modificchino la Costituzione italiana, perché l'art. 29 è vero che sottolinea la centralità della famiglia fondata sul matrimonio, ma gli artt. 30 e 31, giù ricordati, non danno nessuna differenza sulla tutela della maternità e sulla tutela dei figli tra una famiglia fondata sul matrimonio ed una coppia cosiddetta di fatto. Non c'è alcuna differenza sulla tutela della maternità e sulla tutela dei figli, questo bisogna mettercelo bene in testa.

Allora quello che si contesta non sono i diritti individuali, ci mancherebbe altro, anzi sui diritti individuali tutto ciò che serve per eliminare discriminazioni di ogni sorta, da parte mia ma anche del gruppo di cui sono parte, posso tranquillamente affermare che non c'è nessuna questione, anzi tutto ciò che possa migliorare l'art. 13 della Costituzione che dice della libertà che è il principio inviolabile della Costituzione stessa, ci vedrà sempre protagonisti, non c'è ombra di dubbio.

Il dubbio però emerge con franchezza, quando in maniera abbastanza evidente si equiparano diritti di coppia quelli che sono i diritti evidentemente della famiglia fondata sul matrimonio, a meno che non si cambi la Costituzione; la Costituzione tanto sbandierata, quando parla di altre cose, dalla maggioranza regionale, provinciale e nazionale, è giusto che si ricordi anche che la Costituzione parla chiaro.

Allora senza stare qui a dilungarci troppo, perché il tempo rispetto alla discussione sulla mozione è quello che è, però cambiate la Costituzione se siete così convinti di quello che dite.

Non potete portare, come sempre accade dal Ministro Bindi in giù, come motivazione la crisi della famiglia, perché se quello è il problema, il problema è aiutare la famiglia non è contribuire a distruggerla. Questo è il problema vero con cui siamo chiamati a fare i conti. Perché se la famiglia è in crisi non è certo proponendo in maniera chiara o non chiara, implicita o esplicita un'alternativa che si risolvono i problemi della famiglia, che si risolvono i problemi delle famiglie numerose, del problema di avere figli, del problema della maternità, del problema del lavoro per le mamme, del problema della precarietà

dei rapporti che ci sono, che tra l'altro vanno ben oltre anche a quelli che sono gli strumenti legislativi, perché riguardano tutto un panorama di misure che vanno soprattutto a salvaguardare la libertà e la responsabilità della società civile.

Su questo non posso non citare però anche l'apertura che ha fatto prima il collega Dello Sbarba sulla questione della disquisizione tra lo Stato Leviatano e lo Stato di diritto, che è una questione vecchia e però importante, è importantissima. Però mi permetto di fare un'unica sottolineatura, che in nessuna Costituzione, né tanto meno la nostra, nei primi dodici articoli dei principi fondamentali, ma anche negli articoli che seguono sui diritti, in nessuna Costituzione occidentale c'è scritto che la finalità dello Stato – come ha detto lui – è la massima felicità dei cittadini che finisce soltanto nel non urtare quella dell'altro. Questo non c'è scritto da nessuna parte.

Il compito della felicità è di ognuno di noi, ma in quanto cittadini, lo Stato semmai deve salvaguardare la possibilità che la mia felicità possa esistere, ma non è lo Stato che mi dice qual è la felicità, viva Dio, perché altrimenti allora si finiamo nello Stato etico, allora si finiamo nello Stato hegeliano che ha prodotto, come conseguenze, quello che è accaduto nel secolo scorso con nazismo, comunismo e fascismo, ma solo in questo caso, perché se è lo Stato a dire cosa è la felicità, io sono contro questo Stato.

Allora detto questo, dopo interverremo in dichiarazione di voto, però mi permetto di sottolineare l'urgenza di mettere a tema la questione più importante che è la questione della famiglia, che è la questione della maternità responsabile, che è la questione della paternità responsabile, la questione del nostro futuro. Oggettivamente il problema dei Dico, laddove il problema o l'auspicio del disegno di legge e qua un'altra parentesi, è ovvio che il dibattito è quando c'è un disegno di legge, perché quando è legge è legge. In uno Stato democratico è giusto che la vivacità di una comunità politica si esprima prima che la cosa venga statuita, perché una volta statuita è legge, bisogna solo cambiarla. Il problema invece di una società viva è che si esprima prima, altrimenti dove siamo? Bisogna stare lì ad aspettare che il governatore o il premier o chi per loro decida sulla nostra testa cosa deve essere? Assolutamente no.

La vivacità di una società si esprime assolutamente nel dialogo fitto, vivace e se mi permettete mi auguro anche rispettoso, il rispetto forse in quest'aula certe volte manca, rispettoso delle posizioni altrui per poter far emergere una posizione che sia realmente ragionevole per la nostra società.

Allora se questo è, ridico con forza che quello che siamo chiamati a rimettere al centro è altro rispetto ai Dico e guardate che i Dico non tutelano solamente i diritti individuali, sui quali ribadisco c'è la massima disponibilità ad un dialogo, un dialogo nel capire cosa si può andare incontro, ma per esempio sulla parte previdenziale riconosce dei diritti che vanno ben oltre. Per cui non stiamo a nasconderci sul fatto che si va molto oltre quella che è la tutela dei diritti individuali.

Detto tutto questo, per adesso finisco e riprenderemo la parola in dichiarazione di voto.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Leitner. Er hat das Wort.

LEITNER: Danke, Herr Präsident! Ich wollte eigentlich hier nicht dazu Stellung nehmen, denn die Diskussion der vergangenen Tage und Wochen zu diesem Thema hat doch dafür gesorgt, dass eigentlich niemand mehr weiß, was eigentlich wirklich Sache ist. Ich möchte mich auf eine ganz kleine, aber ich denke auf die wichtigste Angelegenheit berufen, nämlich auf die Familie. Unsere Gesellschaft ist in Krise und sie ist in Krise, weil die Familie in Krise ist. Ich war unlängst bei einem Vortrag, wo die Vortragende davon gesprochen hat, dass sie bei der Vorbereitung auf ein soziologisches Thema 17 Definitionen von Familie gefunden hat. Ich persönlich kann z.B. mit dem Begriff eheähnliche Gemeinschaften überhaupt nichts anfangen. Es gibt eine Ehe und es gibt andere Lebensformen, aber eheähnliche Gemeinschaften gibt es nicht, denn damit fängt das ganze Übel an. Wir sind nicht mehr in der Lage, die Probleme der Gesellschaft in den Griff zu bekommen, weil wir die so genannte Bande über familiäre Zusammenhänge aufgelöst haben, damit die Individualrechte, die ja hier ganz groß oben geschrieben werden (bei den Linken immer schon) in den Vordergrund rücken. Das Individuum steht im Vordergrund, aber in einer Gesellschaft gibt es eben Gemeinschaften, die mehr sind als das Individuum. Jede Gemeinschaft ist von Individuen geformt, das ist selbstverständlich. Aber in der Familie werden diese absoluten Individualrechte überwunden und das ist die einzige Form, die ich kenne. Das ist die Grundlage dafür, dass es in der Gesellschaft längerfristig auch Frieden gibt, dass es Zusammenhalt gibt. Jeder möge das Buch „Minimum“ lesen, wo ein Wandertreck beschrieben wird, der von Osten nach Westen geht, wo man glauben möchte, dass die starken jungen Männer in einer schwierigen Situation überleben und wo ganz genau statistisch nachgewiesen ist (ein Ereignis aus dem 19. Jahrhundert), dass nur die Familien überlebt haben. Die Jungen haben sich gegenseitig umgebracht, weil sie die Individualrechte in den Vordergrund gestellt haben, jeder für sich selber. Bei der Familie hat der Starke dem Schwachen geholfen, die Großmutter hat auf den Enkel geschaut usw. Ich empfehle besonders den Linken dieses Buch zu lesen, denn das sind Feststellungen, die nicht nur logisch sind, sondern die hier auch empirisch nachvollziehbar sind. Wo die Familie aufgelöst wird, löst sich jede Gesellschaft auf. Dann kämpft jeder für sich selber, das sind nicht Individualrechte, das sind Egoismen, nicht mehr und nicht weniger. Sonst verlangt ihr von allen, wir müssen Solidarität üben mit Völkern, die weiß Gott wie weit weg leben, aber keine Solidarität für die Familie. Wie soll eine Gesellschaft überleben, wo eine Familie ausgehebelt wird, wo diese Bande aufgelöst werden. Wir erleben es ja vor der eigenen Haustür. Die ganzen Sozialleistungen, die heute angeboten werden, bestrafen die Familien. Jemand der heiratet, ist ja dumm, denn er muss mehr Einkommen angeben usw., denn das scheint alles auf. Wenn Leute kommen, sie suchen um das Mietgeld an, weil es in Mode gekommen ist, plötzlich hat es auch die Volkspartei entdeckt und man muss etwas tun, weil man draufgekommen ist, dass es vor allem die Ausländer bekommen und jene, die am meisten schwindeln können. Denn diese brauchen nichts anzugeben, die die Verantwortung einfach abschieben, indem sie die Individualrechte in den Vordergrund stellen, auch auf Kosten und zu Lasten der Familien, die noch daran glauben, dass eine Lebensgemeinschaft auf der Ehe zwischen Mann und Frau gegründet ist, wie es die Verfassung vorsieht. Wir beschließen hier einfach etwas oder machen

Dinge außerhalb jeglichen Verfassungsrahmens. Ich frage mich, wo sind hier die Wächter, die Hüter der Verfassung.

Ich gehe jetzt nicht auf die Argumente ein, die die katholische Kirche anführt. Das soll sie selber machen. Ich bin ein Politiker, der schlussendlich dazu beitragen muss, eine Entscheidung zu treffen. Ich lese auch was verschiedene Medien sagen, die in diese oder in die andere Richtung argumentieren. Aber letztendlich die Entscheidung haben die Politiker zu tragen und ich bin der Meinung, wenn wir nicht alles tun, um die traditionelle Familie zu stärken, dann lösen wir die Gesellschaft in ihre Einzelteile auf, dann kann jeder tun und lassen, was er will und es leben dann die Individualrechte schlussendlich auf Kosten und zum Schaden aller. Das ist meine überaus große Sorge. Im Übrigen habe ich überhaupt kein Problem, wie sich die Menschen ihr Leben gestalten, ob jetzt zwei Männer oder zwei Frauen zuhause gemeinsam leben wollen, das hat mich nicht zu interessieren. Das ist eine moralische Wertung und da gehe ich nicht darauf ein. Jeder Mensch soll das seine machen. Aber einen Vertrag fürs Leben zu machen – das verbietet ihnen ja niemand. Das können sie heute auch schon machen, aber dass man deshalb von der eigentlichen Familienform abgeht und diese schwächt, da machen wir nicht mit.

PRÄSIDENT: Danke! Es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Es ist eine Änderung von den Abg. Viganò und Zorzi eingebracht worden.

Ich verlese den Änderungsantrag, Prot. Nr. 282, und nachher muss der Einbringer entscheiden, ob er einverstanden ist oder nicht.

Al 2° punto del dispositivo, dopo le parole „riconoscere come famiglia“ sono inserite le seguenti: “così come previsto dalla Costituzione” e dopo le parole “”sesso diverso” sono aggiunte: “salvaguardando comunque i diritti individuali delle persone che vivono nelle unioni di fatto”.

Im beschließenden Teil des Beschlussantrages werden nach dem Wort “Familie” folgende Worte eingefügt: “- so wie von der Verfassung vorgesehen” und am Ende des Satzes werden die nachstehend angeführten Worte hinzugefügt: “wobei auf jeden Fall die Individualrechte der in einer eheähnlichen Gemeinschaft lebenden Personen gewahrt werden”.

Jetzt die Frage an den Einbringer des Beschlussantrages Nr. 16, Abg. Bertolini: Sind Sie mit diesem Text einverstanden oder nicht?

BERTOLINI: Dichiaro di non essere d'accordo sull'emendamento proposto dai cons. Viganò e Zorzi, quindi chiedo alla Presidenza di respingere questo emendamento.

In sede di replica vorrei sottolineare che da parte mia non c'è alcuna volontà di strumentalizzare vergognosamente, come ha dichiarato il cons. Viganò o addirittura arrivando anche al limite dell'offesa, dichiarando che chi si propone come difensore dei valori della famiglia e dei valori tradizionali, poi nella vita ha comportamenti tutt'altro che consoni alle proposte fatte in Consiglio.

Quindi non so a chi si riferiva, siccome sono primo firmatario della mozione, non mi sento chiamato in causa da questo tipo di offese.

Ribadisco comunque che non si vuole assolutamente andare a discriminare cittadini della nostra società, ma si vuole con questa mozione dare

un segnale importante a salvaguardia della famiglia tradizionale e sicuramente, visto quanto è successo in Inghilterra, in Spagna e quanto sta succedendo nel nostro Paese con il disegno di legge presentato dal Governo, non credo che il Consiglio regionale della regione Trentino-Alto Adige, di fronte ad un'iniziativa parlamentare, magari avanzata improvvisamente dalle forze di centrosinistra, riesca un domani ad esprimersi contro la possibilità del matrimonio fra omosessuali.

Quindi credo che questa sia l'occasione per esprimere il giudizio di questo Consiglio in merito a questo tema, non so se poi questo nostro parere sarà utile o meno, se a livello nazionale questa proposta avanzerà o non verrà mai presa in discussione.

Comunque noi mettiamo le mani avanti e sottolineiamo che il Consiglio regionale della regione Trentino-Alto Adige è contrario alla possibilità di contrarre matrimonio fra persone omosessuali.

Credo che, al di là dell'appartenenza partitica o politica dei presentatori, in questo caso si tratti di un voto di coscienza, dove ogni consigliere è giusto che esprima la sua opinione. Il punto 2 vuole solo rafforzare l'importanza della famiglia tradizionale, sulla quale si basa la nostra società e proprio in considerazione anche della crisi che sta vivendo la famiglia. Quindi a maggior ragione una precisazione di salvaguardia della famiglia tradizionale credo sia importante anche da parte del Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige.

Chiedo se sia possibile la votazione per appello nominale della mozione.

PRÄSIDENT: Jetzt sind noch Stimmabgabeerklärungen möglich.

Cons. Zorzi, ne ha facoltà.

ZORZI: Crediamo sia possibile far coesistere storie e culture diverse in un mondo plurale, come quello attuale, con la possibilità di normare l'insieme dei diritti dei conviventi, senza per questo introdurre figure nuove sul piano giuridico, equiparate alla famiglia. Ovviamente questo richiede anche due condizioni, la prima condizione che non ci sia un approccio strumentale, il cons. Viola dice oggi che non è urgente parlare prima di tutto di questo e poi ci accorgiamo che però da mesi, probabilmente sarà uno dei leit motiv della futura campagna elettorale, si fa poi politica soprattutto sfruttando e parlando di questi argomenti. Questo colpisce, collega Viola.

La seconda condizione è sapere, lo aveva capito forse in ritardo Fanfani quando introdusse la campagna referendaria sul divorzio, che in questo paese non esiste una maggioranza cattolica e questo significa elaborare strategie che tengono conto che questa Italia – lo dico come cattolico – si presenta in un modo diverso rispetto a quello che era dopo la seconda guerra mondiale.

È ben giusto dire distinguiamo fra la proposta politica ed il vissuto personale, ma aggiungo anche che sarebbe bello che chi dice questo tenga anche conto o provi perlomeno un po' di fastidio verso coloro che poi non vivendo secondo la morale della chiesa, non si stancano però al tempo stesso di presentare proposte in nome del cristianesimo.

Forse bisognerebbe ricordarsi che il cristianesimo è fondato, prima ancora che su Ruini, su Gesù Cristo, il quale ci ha insegnato anche una certa sobrietà e coerenza di comportamenti.

Allora a me pare che la risposta non possa che essere articolata e su più piani ed è qui che entra in difficoltà per una inadeguatezza forse anche sul piano culturale, ma molto della proposta che sento sul fronte del centrodestra.

Prima di tutto bisogna fare in modo che non si leda né formalmente, né di fatto il dettato costituzionale, che riserva rilevanza giuridica ed istituzionale alla sola famiglia fondata sul matrimonio. Questo è il primo punto.

Secondo punto. Occorre cogliere le priorità delle politiche familiari. I motivi per cui tanti giovani oggi non si sposano sono tanti, ma c'è anche quello del mancato sostegno e su questo sarebbe bello che insieme dedicassimo, ma poi nei fatti anche più tempo nel concreto.

In terzo luogo bisogna anche dirci che le leggi, come le mozioni, sono sempre imperfette e forse bisogna maggiormente apprezzare la fatica del compromesso, contro qualsiasi desiderio di egemonia culturale da una parte o dall'altra, non importa.

In quarto luogo occorre tenere conto delle terribili discriminazioni che gli omosessuali hanno subito nella storia e questo non ci impedisce di dire anche che non è praticabile la via del matrimonio omosessuale.

Voglio dire che una cosa è riconoscere alcuni diritti ai conviventi omosessuali, altra cosa è istituire un matrimonio che non tenga conto della distinzione di genere.

Vorrei dire un'ultima cosa. Sarebbe bello che noi imparassimo qualcosa anche dal meglio della tradizione laica e cattolica del 900 e cioè darebbe anche bello che ci battessimo più anche fuori da quest'aula, fuori dalle urne per il bene di tutti i cittadini, come è stato, visto che si cita tanto e molte fuori luogo, Degasperi nel segno della tradizione degasperiana.

Collaborare con lo Stato per restituire ai giovani la preferenza per il matrimonio, questo potrebbe essere –mi pare lo dice oggi Elia – un disegno sul quale unirli in sé.

In conclusione dico che noi su questa mozione proponiamo senz'altro di votare per parti separate, la premessa certamente è inaccettabile sul piano culturale, sul modo strumentale in cui affronta una questione spinosa, complessa; ribadiamo, ed è il senso del nostro emendamento, la nostra contrarietà tra persone omosessuali sul primo punto e lì ci fermiamo; sul secondo punto noi proponiamo che si riconosca la famiglia così come è stata presentata nella Costituzione, con questa aggiunta e cioè salvaguardando comunque i diritti individuali delle persone che vivono nelle unioni di fatto.

A me sembra che questa sua proposta vada nello spirito auspicato, almeno a parole, anche dal collega Viola. Ovviamente questo significa un no, ma con queste chiare motivazioni e non sfuggendo con parole vaghe, un no alla mozione del cons. Bertolini, che ovviamente in questo senso persegue una via metodologicamente e culturalmente diversa e inaccettabile, salvaguardando ovviamente la libertà di coscienza. Grazie.

PRÄSIDENT: La parola alla cons. Cogo. Ne ha facoltà.

COGO: Grazie, Presidente. Per dire che l'emendamento presentato e non accolto dal primo firmatario della mozione andava in qualche modo ad attenuare il contenuto della mozione ed anche tutti gli interventi e quello che ci sta dietro alla presentazione della mozione, certo è che non è soddisfacente né la mozione, nemmeno l'emendamento.

La prima cosa che forse avrei dovuto dire è che il nostro è un Paese ben strano, che è diviso sulla questione dei diritti civili agli omosessuali o alle coppie di fatto e che tende a voler far assurgere anche al compito del legislatore un compito etico.

Guardate, per dire come è diviso e come è strano, le tre reti televisive del leader delle opposizioni che si dichiara contro i PACS, contro i Dico, contro qualunque riconoscimento dei diritti civili agli omosessuali è sicuramente un uomo che non è coerente, perché dice delle cose e ne ha fatte altre nella sua vita, ma sulle sue televisioni appare costantemente Platinette, se qualcuno di voi non conosce e vede questo uomo platinato di biondo, è il rappresentante di un'omosessualità evidentemente. Allora non c'è mica una sorta di ipocrisia in questo Paese?

Quindi c'è sicuramente una multi ideologia dietro a quanto stiamo facendo in quest'Aula e c'è anche una sorta di volontà non tanto di essere legislatori che cercano, a parte il fatto che per fortuna non dipende da noi legiferare in questo settore, la mia mozione era anche nata quando il Governo pareva non avere alcuna intenzione di occuparsi di questo problema, oggi lo scenario politico è cambiato ed il Governo ha dato dimostrazione di volersi occupare di questo problema ed ha elaborato un disegno di legge che mi auguro venga poi approvato dai due rami del Parlamento. È per quello che ho chiesto la sospensione, perché va rivisto alla luce di questa nuova proposta legislativa.

Quindi una ideologia che sta dietro a tutto questo, che spinge il legislatore ad essere un legislatore etico, a dire cosa è giusto e che cosa è sbagliato fare, non invece quali sono le esigenze, le emergenze di questo Paese che è cambiato, la famiglia italiana cambia ed è cambiata.

Allora noi non dobbiamo tanto imporre modelli che riteniamo giusti, ma semplicemente tener conto di una società che è cambiata e che ci sono cittadini che rischiamo di avere diritti minori di altri cittadini.

Oggi citiamo tutti il "Corriere della Sera", perché ha fatto un buon servizio di questo argomento, lo cito anch'io perché riporta le cifre dell'Istat e dice: nonostante ci siano gli appelli della CEE, ci siano i Dico che stanno emergendo, comunque ci si sposa sempre di meno e sicuramente le nozze civili sono in aumento, le coppie di fatto in Italia erano 500 mila. Una conseguenza delle libere unioni è manifestata anche da un'impennata dei bambini nati fuori dal matrimonio.

Allora mi chiedo se noi vogliamo o meno occuparci di questi problemi che ci troviamo di fronte, perché è fuori questione che le unioni di fatto vedono nei loro contraenti, senza evidentemente alcuna sottoscrizione di PACS e di quant'altro dei cittadini italiani che hanno minori diritti di altri cittadini che invece hanno contratto un regolare matrimonio. La soluzione non può essere semplicemente quella di dire: basta che si sposino, basta che sottoscrivano un contratto, perché sarebbe un comportamento ed un atteggiamento che credo non sia corretto né pensare, né pretendere.

Mi spiace davvero notare che anche in quest'aula si ripetano logiche e dinamiche che tendono a far apparire come ortodossi e come eticamente corretti coloro i quali si schierano a favore della famiglia tradizionale e gli altri invece come mancanti di valori e di principi. In realtà credo non sia questa la sede in cui si parla di questo tipo di valori, ne possiamo anche parlare, ma senza imporre la verità nostra a tutti.

Qui dobbiamo cercare di affrontare i problemi dei cittadini ed allora sarebbe auspicabile che anche in quest'aula si riuscisse ad affrontare questo argomento, senza false ipocrisie e senza farsi portatori e rivestire la questione delle unioni di fatto di valori etici che, a mio avviso, non vanno affrontati qui e non nei modi e nei toni che qui vengono affrontati.

PRÄSIDENT: Cons. Morandini, ne ha facoltà.

MORANDINI: Grazie, Presidente. Volevo solo chiedere, signor Presidente, poiché lei ha disgiunto la trattazione della mozione di cui si sta parlando da quella successiva ed avendo ascoltato gli ultimi due interventi dei conss. Cogo e Zorzi che in buona parte andavano a trattare argomenti più di pertinenza della seconda mozione, se riteneva ancora di ritenere disgiunte le due mozioni, oppure no.

Nel caso lei ritenga di mantenerle disgiunte, chiedo si resti sull'argomento e cioè questa mozione, primo firmatario il cons. Bertolini, che pure io ho sottoscritto, riguarda in particolare la questione dei rapporti omosessuali, quella successiva riguarda invece il tema dei cosiddetti PACS. Grazie.

PRÄSIDENT: Abg. Morandini, ich habe vorhin erklärt, dass wir keine gemeinsame Diskussion machen, auch weil der erste Beschlussantrag zurückgezogen worden ist. Darum finden jetzt die Stimmabgabeerklärungen zum Schlussantrag Nr. 16 statt und dann kommt gleich der Antrag Nr. 17. Ich denke, dass sich viele Wortmeldungen nicht wiederholen werden, weil das meiste schon gesagt worden ist und somit wird der nächste Beschlussantrag wahrscheinlich relativ schnell zur Abstimmung kommen.

Sind weitere Stimmabgabeerklärungen? Cons. Catalano, ne ha facoltà.

CATALANO: Grazie, signor Presidente. Intervengo in dichiarazione di voto, per dire la mia contrarietà alla mozione sia nel testo originario ed aggiungo anche la mia contrarietà alle proposte di modifica di mozione che sono state presentate dai conss. Zorzi e Viganò.

Devo dire che c'è una parte che secondo me è assolutamente pleonastica, se volete votarla non sono 'accordo, esprime la propria contrarietà al matrimonio fra persone omosessuali. Mi sembra che questo non sia all'ordine delle cose, non se ne sta parlando, non ci sono provvedimenti del Governo in questo senso, se poi si vuole esprimere la propria opinione, personalmente sono dell'idea che il punto di arrivo e di sbocco debba essere proprio questo, quello di riconoscere le unioni affettive, solide, la scelta delle persone a prescindere poi di che sesso esse siano.

Personalmente non ho alcuna difficoltà anche su un ragionamento riguardante il matrimonio fra persone omosessuali. Direi che questo non era all'ordine del giorno, non è questo il problema.

Il problema è se nei confronti delle persone omosessuali possano essere riconosciuti quei diritti che vengono fuori anche nella famiglia, penso al diritto successorio, penso alla reversibilità della pensione e a quant'altro.

Il disegno del Governo se ha dei difetti è proprio il fatto che poggi su una ambiguità, si pensi soltanto alle unioni anche di omosessuali, quando questo *anche* cosa vuol dire, cosa significa?

Il cons. Viganò ha parlato di severità a proposito delle norme, bisogna che una famiglia in questo senso sia consolidata da almeno 9 anni perché abbia diritti trasmissibili, è una normativa quella dei Dico che è estremamente flebile, senza poi raggiungere lo scopo da un lato di dare tutela piena ai diritti delle persone e nello stesso tempo non è riuscita neanche ad evitare i fulmini che non sono piovuti dal cielo, ma da oltre Tevere.

Siccome si fa riferimento alla famiglia ed è vero che la Costituzione riconosce la famiglia come fondata sul matrimonio, vorrei ricordare l'art. 7 che dice che lo Stato e la Chiesa cattolica sono ciascuno nel proprio ordine indipendenti e sovrani. Noi assistiamo costantemente, da parte delle gerarchie ecclesiastiche, ad una ingerenza, in certi casi perfino violenta, rispetto all'autonomia del nostro Stato, del nostro Parlamento.

È un problema che si sta determinando, è un problema che dovrà essere sicuramente affrontato, perché credo che per uno Stato che vuole essere sovrano, che vuole affermare la propria indipendenza, che chiede nello scacchiere internazionale multilateralismo e contesta l'unilateralismo di determinate potenze, dopo di che accetti e resti indifeso di fronte a delle ingerenze che credo forse neanche gli americani nei confronti degli stati delle cosiddette banane si potevano permettere.

Noi abbiamo una intrusione così violenta che chiunque avesse a cuore l'indipendenza del nostro Stato, a prescindere dalla propria fede, dovrebbe reagire.

Torno alle modifiche proposte dai cons. Viganò e Zorzi. Quando si riconosce la famiglia, così come previsto dalla Costituzione, mi sembra acqua calda, nel senso che la famiglia è già descritta dalla Costituzione e quindi ribadire che si riconosce la famiglia così com'è nella Costituzione, mi pare che non si faccia né un passo avanti, né un passo indietro, ma si sia piuttosto su chiacchiere inutili.

A proposito delle unioni di sesso diverso si dice: salvaguardando comunque i diritti individuali delle persone che vivono le unioni di fatto. Allora vorrei domandare ai cons. Zorzi e Viganò: come salvando i diritti individuali delle persone che vivono le unioni di fatto? Abbiamo un rovesciamento, cioè chi sta in unioni di fatto perde diritti? Per cui noi dobbiamo tutelare i diritti individuali? I diritti individuali, i diritti di cittadinanza ci sono, noi li salvaguardiamo a prescindere che siamo in unione di fatto o non siamo in unione di fatto, quei diritti sono. L'unione di fatto mi dà qualche diritto in più ed allora ha senso, altrimenti non ha senso.

Se bisognava respingere l'ordine del giorno, primo firmatario Bertolini, lo si fa con chiarezza, dicendo: né nelle premesse, né nelle conclusioni si può essere d'accordo con un ordine del giorno di questo tipo, ma

inventarsi di essere stati quelli che lo hanno modificato, attenuato e reso più accettabile, scrivendo delle cose assolutamente inutili e forse controproducenti, come il secondo punto della salvaguardia dei diritti individuali, rende, a mio avviso, questa mozione assolutamente inaccettabile. Veramente è un qualcosa che non sta né in cielo, né in terra anche dal punto di vista di chiunque legga delle norme, le confronti con il diritto vivente e poi faccia i dovuti paragoni, non sta in piedi.

PRÄSIDENT: Danke! Das Wort hat der Abg. Lamprecht.

LAMPRECHT: Danke, Herr Präsident! Ich bin der Kollegin Cogo dankbar, dass sie ihren Beschlussantrag ausgesetzt hat und ich hätte es für sinnvoll erachtet, wenn auch die Einbringer der jetzt in Behandlung stehenden Beschlussanträge ausgesetzt hätten und zwar aus folgendem Grund: Wir wissen, dass dieses Thema seit Monaten zu Diskussionen führt und auch versucht wird, das Thema Familie von den verschiedensten Seiten politisch in die eine oder andere Richtung zu interpretieren und dass sich sehr viele von allen möglichen politischen Gruppen und auch nicht nur politischen Gruppierungen daran beteiligen. Deshalb hätte ich es für sinnvoll erachtet, wenn man abwartet, was effektiv in diesem Entwurf der Regierung enthalten ist, um dann eine gemeinsame Position zu formulieren und unter Umständen auch parteiübergreifend eine Stellungnahme abzugeben. Das ist ein frommer Wunsch. Wir sind jetzt in der Stimmabgabeerklärung und ich möchte vorausschicken, dass sich die Südtiroler Volkspartei daran orientiert hat, dass man zuerst abwartet, was der neue Entwurf der Regierung mit der Bezeichnung DICO vorsieht, wobei die Orientierung der Volkspartei jene ist, dass wir keine Gleichstellung mit der Ehe wollen, dass wir uns aber sehr wohl dafür aussprechen, dass Individualrechte auch von Personen, die in einer Gemeinschaft leben, sehr wohl anerkannt werden und dass das auch einen Niederschlag in der Gesetzesinitiative findet. Dies ist die Position der Südtiroler Volkspartei. Ich betone hier aber auch, dass gerade in dieser Thematik der Bereich Familie und Ehe nicht parteipolitisch missbraucht werden soll und erkläre hiermit, dass die SVP bei diesem Thema Gewissensfreiheit herrscht und dass jeder nach seinem Wissen über diesen Beschlussantrag dann auch befinden wird.

PRÄSIDENT: Danke! Das Wort hat Kollege Viola.

VIOLA: Grazie, Presidente. Volevo proprio partire dalle ultime affermazioni del collega Lamprecht e del collega Catalano, perchè ha ragione il cons. Catalano, se tornando ad un dibattito, rispetto al quale la nostra competenza è solamente propositiva evidentemente, perché fa parte del Parlamento, dei compiti statuali, se questa legislazione proposta sulle unioni di fatto ha come punto la salvaguardia dei diritti individuali, non hanno senso.

Adesso il collega Lamprecht, a nome del partito che rappresenta, come capogruppo della S.V.P., ha appena affermato che sulla salvaguardia dei diritti individuali non c'è alcun problema, viceversa i problemi sorgono sulla salvaguardia, fuori dal matrimonio dei diritti di coppia.

Allora questa mozione, chiedo scusa, ma lo dico perché è consequenziale, ha un senso e non ha un senso invece quello che sta accadendo a livello nazionale. Chiaramente adesso si parla di merito, però bisogna anche guardare la realtà in faccia, perché qua abbiamo unito vari temi, abbiamo unito la questione dei PACS, la questione dei Dico, la questione delle unioni tra omosessuali, per cui evidentemente si rischia anche di fare una grande confusione. Questo va detto a onor del vero.

Ribadisco, se il punto sul quale alla fine, da quello che mi è parso di capire, sia il collega Zorzi, che adesso il collega Lamprecht, che peraltro ho detto prima in discussione generale diventa centrale, cioè il fatto della salvaguardia fino in fondo dei diritti individuali, fino in fondo, tra l'altro chiedo scusa cons. Zorzi, ma non essendo io firmatario non posso accettare emendamenti, è solo il primo firmatario, io avrei se non altro sospeso i lavori per capire meglio di cosa poteva trattarsi, dopo di che è nella libertà del primo firmatario evidentemente prendere le disposizioni che ritiene.

Detto questo, se questo è allora questa mozione non può che essere votata. Chiaro che se come dice il cons. Catalano il problema invece è quello di riconoscere proprio i diritti, in quanto coppia delle unioni di fatto, siano esse omosessuali che eterosessuali, allora evidentemente le cose cambiano.

Però mi permetto di dire anche una cosa alla collega Cogo, a me piace anche parlare di dati di fatto. Secondo i dati ISTAT si parla l'anno scorso di 1.300 libere unioni, il 47,2% delle quali formate da celibi e nubili, ma qui guardiamo anche, perché è apparso anche un articolo peraltro sul giornale "l'Adige" della settimana scorsa, nel quale vengono riportati dati relativi alle iscrizioni nei registri, nei comuni dove li hanno istituiti, delle coppie di fatto, sono dati oggettivamente molto bassi, cioè non stiamo parlando di un fenomeno di massa, assolutamente.

Sempre dati ISTAT dicono che i nuclei familiari, per quanto in crisi, sono comunque 22 milioni. I PACS potrebbero interessare dunque – dato sempre ISTAT, il 3,9% della popolazione nazionale. Questo è il dato, tra l'altro in questo 3,9% bisogna capire quali sono situazioni che peraltro devono volerlo, perché le coppie di fatto possono anche rimanere tali, non è che per forza devono diventare PACS, non è che per forza devono diventare Dico, chi l'ha detto? La libertà della persona, art. 13, è uno dei principi fondamentali della nostra Costituzione. Per cui non è che automaticamente questo 3,9 si trasforma in Dico o si trasforma in PACS.

Su questo sì, cara collega Cogo si fa tanta demagogia e tanta ipocrisia, perché i dati di realtà dicono che si parla di un infinitesimale piccolo rispetto alla percentuale generale. Allora se vogliamo parlare di questo diciamo le cose come stanno.

Bacci è un demografo dell'ISTAT e dice che si parla di 10, 13 mila casi in Italia all'anno se tutto va bene. Per cui questo lo dico anche a onor di verità, perché sennò sembra che adesso se si apre sui PACS e sui Dico automaticamente si arriva a centinaia di migliaia di riconoscimenti all'anno. I dati che abbiamo adesso non sono così, dopo di che accadrà quello che accadrà.

In ogni caso sulla mozione noi votiamo evidentemente a favore e ribadisco però il fatto che, su questo concordo anche con chi mi ha preceduto, sia qui in Consiglio regionale anche come occasione di dialogo su situazioni

vicine, ma diverse, sia nei Consigli provinciali dove evidentemente le competenze sono più ampie al riguardo, però mettere a tema fino in fondo cosa vuol dire fare politiche familiari, sarebbe proprio ora di farlo.

PRÄSIDENT: Danke! Das Wort hat der Abg. de Eccher.

de ECCHER: Egregio Presidente, in via preliminare voglio dare lettura del secondo comma dell'art. 104 che nella prima parte recita: Non sono ammessi emendamenti che non siano accettati dai firmatari.

Quindi nel momento in cui il collega Bertolini ha negato la disponibilità ad apportare quegli aggiustamenti che erano stati richiesti, evidentemente il problema non si pone e risulta superato.

Secondariamente devo in qualche maniera replicare agli atteggiamenti, alle espressioni di alcuni colleghi che in quest'aula portano quell'arroganza, quella saccenza, quel porsi al di sopra degli altri che è una prerogativa di una certa sinistra e mi riferisco ai colleghi Viganò, Cogo e Dello Sbarba. Evidentemente offendere gli altri rientra nelle loro abitudini, queste offese non le accetto, di ipocrisia parlino obiettivamente tra di loro. In particolare il collega Dello Sbarba dimentica che qui non è Presidente del Consiglio, quindi non è qui a pontificare, non è qui a trasmettere messaggi particolari, è qui come consigliere, peraltro entrato in seconda battuta.

Quindi che si ridimensioni un pochino e se il problema va posto su questo piano mi sento di dire, proprio con una valutazione diretta e personale, che andando a scomodare quello che diceva forse il più grande filosofo del secolo scorso, che dall'alto delle vette a volte non si riesce a scorgere quello che succede in pianura, che tradotto in gergo un pochino più popolare sta a dire che raglio d'asino non sale al cielo.

Due riflessioni finali. Luxuria ha detto in maniera esplicita che con la riforma che viene proposta a Roma e della quale, magari anche in maniera impropria, si è discusso in questa sede, non si costruisce la casa che è nelle loro aspettative, ma comunque si concede il terreno edificabile. Questo la dice lunga su quelle che sono le prospettive.

Quanto poi ad un riferimento del collega Catalano sulla reversibilità, vorrei solo dire che la reversibilità è nata come concetto, almeno credo questa sia stata la motivazione prevalente, quando la famiglia tradizionale aveva un marito che lavorava ed una moglie che rimaneva in casa. Quindi evidentemente c'era una tutela da dare, anzi è stata data in misura – a mio giudizio – particolarmente ridotta, perché quel 60% è la ragione di una reale condizione di miseria di alcune situazioni che registriamo anche nel nostro territorio, bene, quella era la finalità. Ma non vedo perché, laddove due omosessuali convivono e si presume svolgano delle attività libere, quindi hanno degli stipendi garantiti, un domani delle corrispondenti pensioni, ci debba essere un fenomeno di reversibilità.

Siamo veramente oltre quelli che possono essere i diritti garantiti ed oltre quello che è comunque il buon senso.

In ogni caso ribadisco il mio parere favorevole alla mozione, che peraltro ho sottoscritto ed in questa direzione andrò a votare.

PRÄSIDENT: Danke! Das Wort hat der Abg. Carli.

CARLI: Grazie, signor Presidente. Credo che quando si costruisce una casa a forma di capanna non si è costruita una capanna, ma si è costruita una casa. Allora quello che diceva poco fa il collega Catalano, auspicando che in futuro ci possa essere una formalizzazione legale del matrimonio tra omosessuali, descrive esattamente il tipo di percorso che si vuole intraprendere attraverso l'introduzione della normativa che riguarda i Dico.

Poi si può anche nascondere, con tutti questi veli, non è quello, in realtà i problemi sono altri, garantire i diritti civili, questa affermazione incredibile, dove sembra che oggi le persone in Italia che convivono o le persone omosessuali non abbiano garantiti i diritti civili! È una cosa assolutamente allucinante e non vera.

L'obiettivo che si vuole perseguire un po' alla volta, attraverso l'introduzione di questa legge, è esattamente quello che indicava poco fa il cons. Catalano.

Allora credo che da questo punto di vista sia corretto dire di no, quando si ha della società e del suo nucleo portante che è la famiglia una visione radicalmente diversa rispetto alla vostra, perché non è smontando la famiglia, disarticolandola, costruendone diversi tipi per andare incontro alle esigenze di tutti che si può risolvere il problema – come diceva anche la collega Cogo – della famiglia in crisi, delle persone che non si sposano più e quant'altro, perché non è assolutamente vero.

Ci devono essere, a nostro parere, alcuni paletti che stanno alla base delle organizzazioni sociali, che vanno difesi e tra questi vi è sicuramente, ed è il principale, la famiglia.

Allora immaginare di garantire i diritti civili e tutte queste altre cose che ho sentito in quest'Aula ed ho letto sui giornali nelle settimane scorse, è sicuramente suggestivo, ma tassativamente non vero.

Rimane viceversa vero il fatto che questa sinistra, questo centrosinistra, con tanta ipocrisia da parte di una fetta importante delle sue componenti, vuole immaginare di disarticolare, di liquefare il tessuto sociale per costruirne un altro di tipo anarchico sostanzialmente, dove non ci sono più riferimenti, dove ciascuno può alzarsi al mattino e fare quello che vuole.

Facendo con questo cadere alcuni riferimenti educativi, alcuni riferimenti morali, alcuni riferimenti valoriali che hanno guidato l'evoluzione dell'uomo per secoli e per millenni e che stanno alla base di una convivenza sana e mancando i quali si possono introdurre nella società tutta una serie di problemi, di difficoltà, di limiti che nel corso del tempo possono diventare assolutamente pesanti.

Per questa ragione, mi ricollego a quanto diceva il collega Morandini, voteremo sì a questa mozione e sarà con convinzione che faremo tutte le battaglie possibili per impedire che venga introdotta questa terza forma proto-matrimoniale per andare incontro alle esigenze di un indebolimento del nucleo portante della società quale è la famiglia.

PRÄSIDENT: Danke! La parola alla cons. Cogo. Ne ha facoltà.

COGO: Per ribadire il no innanzitutto alla mozione ed anche per fare qualche precisazione. Nella premessa alla mozione, si parla in particolar modo dei

democratici di sinistra che sono coloro i quali auspicano un insieme di cose che non è assolutamente vero...

Sono intervenuta sull'emendamento...

PRÄSIDENT: ...l'emendamento non c'è più, perché non è stato accettato.

COGO: ...quindi dichiarazione di voto? Com'è la questione?

PRÄSIDENT: Le dichiarazioni di voto si stanno facendo adesso.

COGO: Mi dica lei Presidente, posso parlare o no?

PRÄSIDENT: Ha già fatto la dichiarazioni di voto, vero?

COGO: No, prima non ho fatto dichiarazione di voto, sono intervenuta sull'emendamento.

PRÄSIDENT: Noi abbiamo notato che lei ha già fatto la dichiarazione di voto, la discussione sull'emendamento non c'è più, secondo me è stata già fatta la dichiarazione di voto...

COGO: ...scusi, Presidente, dopo di che taccio assolutamente, però mi pareva che lei avesse detto che c'era l'apertura della discussione sull'emendamento ed io sono intervenuta in quell'occasione, parlando dell'emendamento, se però mi dice che quella era già dichiarazione di voto, prendo atto e taccio. Decida lei.

PRÄSIDENT: Sì, sì io la considero già fatta. Grazie.

La parola al cons. Chiocchetti. Ne ha facoltà.

CHIOCCHETTI: Grazie, Presidente. Credo sia stata saggia la decisione di sospendere la discussione sulla prima delle tre mozioni che sono state presentate. Avrei ritenuto forse opportuno che si sospendesse anche la discussione sulle altre, non tanto per sottrarsi ad una discussione sul punto, ma proprio in attesa di vedere quale sarà l'esito della proposta legislativa che a livello nazionale sta venendo avanti, quella cosiddetta sui Dico.

Ritengo tuttavia che ci si debba pronunciare comunque, dato che all'ordine del giorno abbiamo dovuto affrontare questo problema ed il problema è stato circoscritto a questa mozione "No ai matrimoni tra omosessuali", con le premesse ed il dispositivo di cui abbiamo conoscenza.

Ritengo che questo sia uno di quei temi specifici e particolari in cui davvero non vi possono essere posizioni di schieramento politico, non vi possono essere posizioni di gruppo, non vi possono essere indicazioni di voto da parte di nessuno.

Pertanto credo che mutuando le parole, visto che oggi si cita Leopoldo Elia e si citano altri autori, piace citare anche a me qualcuno, questo Zagrebelsky che tutti conosciamo essere persona assolutamente corretta e preparata intellettualmente e giuridicamente, che dice: *Ci sono questioni sulle quali anche da parte dello Stato democratico dovrebbero essere detti dei non possumus. Ci sono principi irrinunciabili di laicità e democraticità delle istituzioni*

che sono non negoziabili. Ci sono casi su cui sarebbe bene che i soggetti che le rappresentano facessero sentire una voce rassicurante per tutti, pacata e ferma. Questo è uno di quelli. Con ogni garbo, naturalmente, e con tutta la diplomazia necessaria, ma questo è uno di quelli.

Prenderei questa citazione, ma la metterei in maniera asettica, non vista dalla parte del laico, non vista dalla parte del Presidente dei Vescovi e dalla Cei dei Vescovi italiani, quindi questa frase in maniera asettica, cioè ognuno si assuma la propria responsabilità nel porsi di fronte a questi problemi.

Allora abbiamo una Costituzione che ci indica la famiglia costruita in un certo modo, che ha un certo tipo di fondamento, abbiamo il sentire delle nostre comunità, il sentire della nostra gente, il sentire di noi soprattutto trentini di una comunità del tutto particolare, lungi dall'essere integralisti o di vecchio stampo. Allora bando ad eventuali strumentalizzazioni di questo tema, ognuno in coscienza libero di esprimere il proprio parere.

Se parliamo poi di diritti individuali, credo che questi – come è già stato detto da persone ben più autorevoli – trovano già una qualche tutela senza necessità di introdurre forme di famiglie di serie B, come è stato detto, o qualcosa d'altro.

Si parla di crisi delle famiglie e crisi del matrimonio, leggo testualmente: *L'attuale crisi del matrimonio e della famiglia deriva dalla paura e da una incapacità stabile alla relazione all'amore, che apre la strada a modelli che contraddicono e distruggono ogni relazione sociale.*

Probabilmente, a fronte di eventuali crisi o di problemi della famiglia, a crisi e problemi del matrimonio, mi chiedo: è la strada giusta quella di introdurre modelli nuovi, modelli strani, modelli diversi di famiglia? È questa davvero la strada giusta?

Allora di fronte a questa eventuale crisi o comunque difficoltà delle famiglie e del matrimonio, forse la strada potrebbe essere un'altra, quella di introdurre misure a sostegno delle famiglie, a sostegno di quanti mettono al mondo figli, a sostegno delle donne che vogliono dedicare parte del loro tempo al lavoro, quindi avendo la possibilità di accudire comunque ai figli attraverso forme diverse che non quelle di stare a casa.

Quindi credo che davvero su questi temi ci sia molto da riflettere, molto da discutere, molto da ragionare e non semplicemente attraverso mozioni, pur importanti, ma la discussione a mio modo di vedere dovrebbe essere molto più ampia, molto più approfondita, molto più meditata, tenendo conto anche di quanto a livello nazionale viene avanti.

Pertanto, in relazione a questa mozione specifica: "No ai matrimoni tra omosessuali", come presentata, in base a queste considerazioni, in base a quanto ho potuto documentarmi ed approfondire, voterò a favore di questa mozione. Grazie.

PRÄSIDENT: Cons. Muraro, a Lei la parola. Ne ha facoltà.

MURARO: Grazie, signor Presidente. Non userò sicuramente nemmeno metà del tempo che mi è stato concesso, per dire che come autonomisti voteremo convinti questa mozione e la voteremo convinti, perché da persone pragmatiche quali ci riteniamo, noi siamo abituati a votare e leggere quello che si va a votare.

Crede che basterebbe leggere attentamente e senza il filtro di ipocrisie varie che si sono susseguite anche durante gli interventi di questa mattina, leggendo esattamente ciò che è scritto: *il Consiglio regionale della Regione autonoma Trentino-Alto Adige, esprime la propria contrarietà al matrimonio tra persone omosessuali e ad ogni forma di unione che riconosca alle coppie omosessuali i medesimi diritti delle coppie eterosessuali.*

Crede che di fronte a questo e mi sento di dare ragione a quanto detto dal collega Catalano, mi sembra veramente ipocrisia l'emendamento proposto per modificare, per modificare qualche cosa che non ha alcun senso di essere modificato. Ha ragione perfettamente il collega Catalano quando dice che non serve introdurre, come è stato proposto quando si parla di famiglia, *come è previsto dalla Costituzione.*

Stiamo parlando esattamente dell'unica cosa che è molto chiara all'interno della Costituzione, art. 29, concetto di famiglia. Non c'è bisogno di scriverlo sicuramente qui.

Altro discorso e su questo non sono d'accordo né con il collega Catalano, né con quelli che mi hanno preceduto, quando ritengono che determinate decisioni provengano da oltre Tevere. Sgombriamo il campo anche dall'ipocrisia anche da questo punto di vista, perché è troppo comodo tirare in campo quando c'è un'affermazione che proviene da oltre Tevere, citiamo uno per tutti, non dico Ruini, ma il Papa, quando chiede qualcosa che va nella stessa direzione che è concepita da una certa area politica, allora fa bene. Soprattutto la sinistra ne ha fatto ampio uso in questi ultimi anni nel voler richiamare sempre le affermazioni del Papa, quando queste andavano nella direzione auspicata da quella compagine politica.

Quando invece esprime un concetto che non solo rientra nel diritto che venga espresso non soltanto dal Papa, ma anche da Ruini, allora questo è un'invasione di campo inaccettabile.

Crede non sia solo un diritto da parte di esponenti definiti oltre Tevere, ma sia un dovere richiamarlo, starà poi a chi non si riconosce in questa dottrina o in questi dettami sicuramente non rispettabili. Ma da questo punto di vista sgombriamo veramente il campo da un'enorme ipocrisia che anche in quest'aula c'è.

Noi come autonomisti voteremo convinti questa mozione.

PRÄSIDENT: Cons. Dominici, ne ha facoltà.

DOMINICI: Ribadisco quanto detto dal collega Muraro ed a nome del Partito Autonomista Trentino esprimo ampio consenso all'intera mozione. Lo esprimo come consigliera regionale, oltre che appartenente ad un gruppo politico, anche come cristiana cattolica.

La Costituzione prevede un'unica forma di famiglia, quella basata sul matrimonio, quindi prima di tutto in qualità di consigliera regionale, in qualità di libera cittadina mi appello alla Costituzione. Se non si sa fra quanto – ci auguriamo mai – verrà lievemente modificata, allora potremo aggrapparci ad altre forme del diritto di famiglia e del diritto delle unioni.

Secondariamente per un cristiano cattolico è importante sostenere il valore della famiglia. Vediamo nelle società dove questo valore è venuto meno, la società intera si va disgregando.

Vado talvolta in Inghilterra, sempre meno negli ultimi anni da quando mi dedico alla politica, ma comunque quel tanto che mi basta per capire che là, dove il valore della famiglia è venuto meno da decenni, la società è in progressiva disgregazione.

Non vedo perché non dobbiamo conservare le nostre istituzioni, aprirci ad altri valori e con rispetto di tutti, ma prima di tutto con il nostro impegno di salvaguardare l'istituzione nostra, di salvaguardare i diritti individuali che comunque sono salvi e la fundamentalità della famiglia, esiste comunque per i laici il matrimonio civile, non si vede perché debbano essere inventate altre istituzioni.

Lo ribadisco inoltre come cristiana cattolica, la famiglia è prioritaria, sia per l'educazione dei figli, sia per la compattezza e la consistenza delle future società. Grazie.

PRÄSIDENT: La parola al cons. Mosconi, ne ha facoltà.

MOSCONI: Grazie, Presidente. Consumerò veramente poco tempo, ho preso la parola per dichiarare che mi ritrovo pienamente con le riflessioni fatte dal collega Viola e con tanti altri colleghi e quindi per fare una brevissima dichiarazione di voto, riservandomi eventualmente di intervenire più ampiamente sulla mozione n. 17, perché bisogna riconoscere che finora si è parlato quasi esclusivamente della mozione n. 17 e solo ultimamente della mozione n. 16.

È stato messo in evidenza, da parte di qualche collega, il fatto che bisognerebbe attenersi a ciò che poi si deve votare con un certo rispetto di quanto viene proposto.

Per quanto riguarda la mozione n. 16, così come modificata dai proponenti, il collega Bertolini ha modificato il punto n. 1, poteva essere scritta anche in un modo molto più semplice, dichiarando che il Consiglio della Regione autonoma Trentino-Alto Adige si riconosce nell'art. 29 della Costituzione. Dice praticamente questo, avendo tolto l'inciso del primo punto della parte dispositiva della mozione e la domanda da farsi è: possiamo noi, non votando la mozione, dichiararci di non riconoscerci nell'art. 29 della Costituzione? Oppure sostenere qualcosa di sostanzialmente diverso? Sicuramente è possibile farlo, però bisognerà, come ha fatto qualcuno, ricorrere a valutazioni che escono dall'ambito del problema posto dalla mozione n. 16.

Come diceva anche il collega Muraro, bisogna darne atto in questo senso, è di una chiarezza unica; il punto 1 si limita a dire che *il Consiglio regionale della Regione autonoma Trentino-Alto Adige, esprime la propria contrarietà al matrimonio tra persone omosessuali.*

Al di là del dettato della Costituzione, al quale mi riconosco pienamente, aggiungo anche un elemento di profonda convinzione, non ho alcun problema a dichiararlo, non potendo purtroppo sfuggire al rischio di apparire di destra o di sinistra se si dicono determinate cose o anticlericali se si dicono altre, qui penso si possano esprimere anche convinzioni personali, del tutto rispettose. Io rispetto, ci tengo a dirlo, anche quelli che divergono dalla mia visione delle cose, però penso di poter dire anche in questo senso, con una visione convinta a quanto si dice al punto 1 ed al punto 2 si ribadisce che *riconosce come famiglia solo quella naturale fondata sul matrimonio tra due*

persone di sesso diverso, è un'accentuazione del concetto contenuto nell'art. 29 della Costituzione.

Quindi non ho alcun problema, alcuna riserva nel riconoscermi pienamente in ciò che viene proposto e penso che entro questi limiti – mi permetto di dire come sollecitazione, neanche come Consiglio, per l'amor di Dio, voglio sempre essere rispettoso dell'opinione degli altri – ci si dovrebbe riconoscere senza tante difficoltà. Grazie.

PRÄSIDENT: Grazie! Damit kommen wir zur Abstimmung. Es ist verlangt worden, dass die Abstimmung in drei Teilen erfolgt. Zuerst kommen die Prämissen, in der zweiten Abstimmung der Punkt 1), der sich auf den Satz beschränkt: „esprime la propria contrarietà al matrimonio tra persone omosessuali...“ und die dritte Abstimmung betrifft den Punkt 2).

...Bitte, Abg. Kury, Sie haben das Wort zur Vorgangsweise.

KURY: Danke, Herr Präsident! Wir ersuchen Sie um geheime Abstimmung jeweils zu den Prämissen, zu Punkt 1) und Punkt 2).

PRÄSIDENT: Es erfolgt also die geheime Abstimmung zu allen drei Punkten. Die erste geheime Abstimmung betrifft die Prämissen.

Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel...

BERTOLINI: Siccome prima ho chiesto la votazione per appello nominale, adesso altri consiglieri chiedono la votazione per scrutinio segreto, chiedo quale delle due procedure ha prevalenza, in base a Regolamento.

PRÄSIDENT: ...per questo motivo, altrimenti avremmo fatto come da Lei richiesto.

Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENT: Ich gebe die Abstimmung über die Prämissen bekannt:

Abstimmende:	57
Jastimmen	20
Neinstimmen	35
Weißer Stimmzettel	1
Ungültiger Stimmzettel	1

Der Regionalrat lehnt den einleitenden Teil ab.

Wir kommen zum Punkt 1) der Abstimmung, der lautet: „esprime la propria contrarietà al matrimonio tra persone omosessuali“. Die Geheimabstimmung hat gemäß Art. 81 immer Vorrang.

Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENT: Ich gebe die Abstimmung bekannt:

Abstimmende:	56
Jastimmen	39
Neinstimmen	16
Weißer Stimmzettel	1

Der Regionalrat genehmigt Punkt 1.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Punkt 2.
Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENT: Ich gebe die Abstimmung bekannt:

Abstimmende:	54
Jastimmen	31
Neinstimmen	20
Weißer Stimmzettel	3

Der Regionalrat genehmigt Punkt 2.

Jetzt kommen wir zum nächsten Beschlussantrag, Nr. 17.
Ich bitte um Verlesung des Antrages.

MORANDINI: Grazie, Presidente. Premetto che ho avvertito come strana sensazione quella di chi, come il collega Viganò, ha parlato di strumentalizzazione su questi temi e magari dice propositi da chi sostanzialmente dice delle cose e ne vive delle altre.

Allora poiché sono firmatario...

PRÄSIDENT: Prima la lettura della mozione e dopo le dichiarazioni.

MORANDINI:

MOZIONE N. 17

“NO all’equiparazione dei PACS

e delle unioni di persone dello stesso sesso al matrimonio”

Questioni preliminari.

a) L’uso dei termini.

Considerata la delicatezza della materia, l’uso dei termini non è di poco conto. In effetti la distinzione tra “famiglia” e “unione” non è meramente terminologica, ma trova un preciso riferimento nella Costituzione. Per il suo art. 29, infatti, per “famiglia” deve intendersi quella fondata sul matrimonio. Per cui appare corretto affermare che ogni altra formazione sociale che non trova il proprio fondamento

nel matrimonio deve considerarsi diversa dalla “famiglia”. Vedasi, a conferma, per esempio, la sentenza 6 - 13 maggio 1998, n. 166 della Corte Costituzionale.

b) La richiesta di un intervento legislativo.

Anche se negli ultimi anni, specie sotto la spinta dell’Unione Europea, si sta diffondendo una generale tendenza ad affidare alla legge il compito di risolvere tutte le questioni che si presentano nella realtà sociale, viene da chiedersi se e soprattutto quanto è realmente sentita l’esigenza di un intervento legislativo nella materia. Infatti sulle circa 525 mila convivenze accertate in Italia dall’I.S.T.A.T., non è noto il numero di quanti risultano interessati ad una regolamentazione giuridica. Se si dovesse giudicare da quanti hanno deciso di iscrivere il proprio nominativo nei registri appositamente istituiti, dovrebbe decidersi che si tratta di un argomento riservato a pochi intimi.

Nel merito.

1) La Costituzione.

Chi richiede l’intervento legislativo sottolinea l’esigenza di regolamentare situazioni di convivenza che, pur se non riconducibili al matrimonio, costituirebbero una “unione” per certi versi assimilabile a quello. Numerosi, e risalenti a varie fasi storiche del nostro Paese, risultano gli interventi della Corte Costituzionale che costantemente hanno chiarito come, sulla base dell’art. 29 della Costituzione, non sia assimilabile, nemmeno con ricorso all’analogia, il rapporto coniugale con quello di mera convivenza (V. sent. n. 237 del 18/11/86; n. 310 del 1989; n. 404 e n. 423 del 1988; n. 45 del 1980, ecc.): essendo la convivenza di fatto “fondata sull’affectio quotidiana – liberamente ed in ogni istante revocabile – di ciascuna delle parti” rispetto al rapporto coniugale, caratterizzato da “stabilità e certezza e dalla reciprocità e corrispettività di diritti e doveri ... che nascono soltanto dal matrimonio”.

2) Quale disciplina?

Proprio alla luce delle decisioni della Consulta, appare chiaro che nel matrimonio due persone hanno liberamente scelto di legarsi in maniera stabile, con carattere di reciprocità di diritti e di doveri; nella convivenza no. Perché mai allora il legislatore dovrebbe intervenire per favorire l’estensione dei diritti ma, al contempo, l’assunzione dei corrispondenti obblighi, in situazioni in cui le parti hanno liberamente e deliberatamente scelto di non volerli? In questi casi appare sicuramente preferibile la scelta di privilegiare l’autonomia del rapporto con la previsione di appositi patti di convivenza.

3) Le unioni di persone dello stesso sesso.

Anche chi non è credente, pare giustamente convenire con l’affermazione che non vi è un terzo “genus”, distinto dal maschio e dalla femmina. Per cui, quando ci si riferisce al matrimonio, ci si riferisce a persone di sesso diverso. Deve quindi escludersi che, in presenza di una unione tra persone dello stesso sesso, si possa non solo riferirsi ad un “matrimonio”, ma anche che alla stessa unione possano estendersi effetti in qualche modo equiparabili al vincolo coniugale.

Qui, anzi, appare ancor più necessario il ricorso a strumenti esclusivamente di carattere pattizio.

Per queste ragioni,

**il Consiglio regionale della Regione autonoma Trentino-Alto Adige,
valuta negativamente:**

- 1) ogni tentativo di carattere legislativo e/o amministrativo che punti all'equiparazione delle convivenze con l'istituto matrimoniale e ad una visione della famiglia che la relega esclusivamente nel privato, quasi fosse una scelta puramente personale, ininfluyente per la società;
- 2) ogni analogo tentativo mirante ad equiparare al matrimonio – o ad estendere effetti in qualche modo equiparabili al vincolo coniugale – le unioni tra persone dello stesso sesso.

Preliminarmente, Presidente, facevo riferimento all'accusa di strumentalizzazione che è stata fatta da un collega e poiché queste sono accuse pesanti, penso eventualmente di indicare i nomi, perché essendo firmatario sia della mozione che ho testè letto che di quella precedente, ognuno intende assumersi le proprie responsabilità.

Faceva poi riferimento lo stesso collega alla lacerazione che si sta procurando nel paese, che sicuramente non fa piacere a nessuno, men che meno a chi sta parlando. Qui ahimé, ancora una volta, sarebbe interessante andare a vedere di chi sono le responsabilità di questa lacerazione, ma non è questo il tema che io intendo affrontare, avendo pochi minuti a disposizione e volendo intervenire nel merito su questa questione così delicata e così importante.

È così importante perché tocca le strutture fondamentali di uno Stato, uno Stato proprio che intenda essere laico e di diritto deve porsi serenamente, ma con grande serietà questi problemi e vedere come affrontarli al meglio, perché qui non ci sono solamente motivazioni cattoliche o di chiesa che qualcuno ha anche ritenuto di addurre nel dibattito di oggi su questi temi, ma ci sono anche motivazioni, su queste cercherò di intrattenermi in modo particolare, che hanno un carattere squisitamente laico, perché una comunità bene ordinata, come cerca di essere uno Stato, evidentemente non può non affrontare questi temi con la propria legislazione e non riconoscere che alla base del suo essere ci sono per l'appunto problemi e valori come quelli di cui stiamo parlando.

All'interno delle cosiddette coppie di fatto vi sono sostanzialmente due categorie, mi par di capire, da un lato coloro che non vogliono contrarre matrimonio, dall'altro coloro che non possono farlo.

Allora per quanto riguarda coloro che non vogliono contrarre matrimonio, penso che sia doveroso che il diritto non se ne occupi, perché evidentemente se la loro intenzione è quella di non legarsi giuridicamente, evidentemente perché mai la legge dovrebbe intervenire nei loro confronti, facendo una sorta di violenza, proprio rispetto alla libertà che hanno deciso di applicare, di attuare, scegliendo evidentemente di non contrarre matrimonio.

Sostanzialmente perché si dovrebbe offrire loro una possibilità che sia in conflitto con la scelta di libertà che essi hanno perseguito? Si potrebbe obiettare, come qualcuno ha fatto, che proprio con i PACS vorrebbero usufruire di alcuni diritti che attualmente sono riconosciuti solamente alle coppie sposate.

Ma se questo è, dico che mi pare davvero indebita l'intenzione di coloro che pretendono un riconoscimento pubblico alla loro unione, però non ritengono di assumersi i corrispondenti doveri. Tra l'altro faccio notare che tutta una serie di richieste e di esigenze che è stato motivato anche recentemente, da parte del Governo, nell'approvazione di un disegno di legge dell'altro giorno, relativamente al fatto che il diritto dovrebbe riconoscere una serie di questioni, testamento, il subentro nell'affitto o nella proprietà dell'appartamento, la pensione di reversibilità, sono oggi tranquillamente disciplinabili attraverso l'attuale diritto comune, il diritto vigente.

Allora da questo punto di vista veniamo alla seconda categoria, cioè le coppie che non possono sposarsi. Evidentemente le non possibilità sono di due tipi: c'è un'impossibilità di tipo giuridico e questa riguarda gli impedimenti giuridici, per esempio chi ha la minore età non può sposarsi e qui ho riceve dispensa, oppure deve attendere l'età richiesta dalla legge; ma mi interessa soffermarmi in particolare sulle coppie che non possono sposarsi per ragioni materiali od economiche. Penso che coloro che oggi non sono ancora in grado di sposarsi, purtroppo rientrano in questa categoria.

Allora il problema non è il riconoscimento dei PACS o dei Dico, come si voglia chiamarli, ma del fare politiche che aiutino queste coppie a contrarre matrimonio. Per cui da questo punto di vista è chiaro che è necessario, è urgente attivare politiche familiari in questa direzione.

Coloro che sostengono i PACS o i Dico affermano che i conviventi sono discriminati. Dico che questo non è vero, anzi la vera discriminazione viene proprio dai PACS e colpisce i coniugi regolarmente sposati. Infatti riconoscendo le unioni di fatto lo Stato si assume delle obbligazioni verso i conviventi, mentre questi non se ne assumono alcuna. Non solo, ma attraverso la legalizzazione dei PACS vengono riconosciuti ai conviventi facilitazioni ed incentivi, per esempio acquistare la casa, la pensione di reversibilità, eccetera, senza esigere – lo voglio sottolineare questo – in cambio quei doveri che invece vengono richiesti ai coniugi.

Se i membri di queste forme di convivenza si trovano in stato di necessità, io dico che si possono attuare, dove già non esistano, politiche di aiuto ai singoli in quanto singoli, ma non alle relazioni. Per cui evidentemente non è necessario equiparare giuridicamente i conviventi ai coniugi.

Inoltre, se lo Stato vorrà dare incentivi alle coppie di fatto, attenzione, ma allora dovrà concederli anche ai membri di altre relazioni affettivo-solidaristiche, di aiuto reciproco, per esempio come quelle tra amici, come quelle fra un anziano ed un parente, eccetera.

Perché mai allora privilegiare i conviventi? Forse perché le loro relazioni hanno alla base un'unione sessuale? Ma, se contasse solamente l'unione sessuale allora mi chiedo perché lasciar fuori per esempio la poligamia.

Da questo punto di vista, quindi il riconoscimento giuridico dei PACS susciterebbe molte discriminazioni ingiuste.

Da questo punto di vista è anche difficile controllare se la relazione sessuale dei conviventi è effettiva o dichiarata, soltanto per ottenere il godimento dei diritti che deriverebbero dai PACS.

È chiaro che con questo non intendo negare che ai conviventi, agli omosessuali siano negati i diritti fondamentali, è chiaro che di questi hanno diritto di godere in quanto singoli, ma non hanno diritto di godere dei diritti che lo Stato riconosce alle coppie sposate, anche perché, come dicevo prima, i diritti reclamati per i conviventi dai sostenitori dei PACS sono già in buona parte garantiti dal diritto privato.

Sa questo punto di vista poi è significativa una questione che mi preme di sottolineare. Il diritto non ha la funzione di formulare riconoscimenti simbolici, come quello che sostanzialmente si chiede da parte di queste coppie, ma lo scopo del diritto la sua funzione è quella di dare risposte pubbliche ad esigenze sociali che superano la dimensione assolutamente privata della vita.

Faccio l'esempio dell'amicizia. All'amicizia il diritto non dà rilievo, perché l'amicizia ha un rilievo solamente personale, anche se in qualche caso ha un legame così profondo che tante volte supera i legami familiari, ma non dà rilievo proprio perché non ha una rilevanza sociale; diversamente il matrimonio, fondando la famiglia e assicurando l'ordine fra le generazioni, ha una rilevanza sociale del tutto peculiare, per cui si giustifica l'attenzione nei suoi confronti da parte del diritto.

Vorrei anche evidenziare, a parte l'esiguo numero di iscrizione nei pubblici registri che dicono invece, per l'appunto secondo me, che molte coppie desidererebbero sposarsi, ma attualmente non lo possono fare per difficoltà obiettive e materiali e quindi l'attenzione del legislatore qui dovrebbe mettersi, non sono i PACS o i Dico, ma l'urgenza è fare politiche per aiutare chi intende contrarre matrimonio, vorrei anche interrogarmi un attimo su questa vicenda.

Mi chiedo e chiedo anche a voi come mai il leader del movimento che sta portando avanti i PACS, i Dico, eccetera, sia quel certo onorevole Grillini che è da tanto tempo leader storico dell'Arcigay.

Questo lo dico perché sono convinto che il riconoscimento dei PACS non sia una risposta ad un bisogno delle coppie di fatto, cioè è uno stratagemma, è un altro modo per raggiungere un altro risultato, è una parte di una strategia più ampia di cui i PACS intendono rappresentare il primo passo che vuole poi portare dapprima il riconoscimento delle coppie gay e lesbiche e poi magari a quello della poligamia a rapporti poliamorosi, eccetera.

Qualcuno potrebbe dire che sto facendo congetture, a questo proposito vi dico che molte di queste cose sono già purtroppo scritte nell'esperienza di molti paesi.

Negli Stati Uniti si è acceso un notevole dibattito intorno al Manifesto intitolato "Oltre il matrimonio", pubblicato lo scorso mese di luglio con centinaia di firme, non solo di autorevoli esponenti della comunità LGBT, (Lesbiche, Gay, Bisex, Transgender), ma anche di imminenti accademici, giornalisti, artisti, scrittori e così via.

Il Manifesto – è scritto – si propone come nuova visione strategica per tutte le nostre famiglie e relazioni e chiede al Governo il riconoscimento e la parificazione alle coppie sposate di qualsiasi gruppo di persone che vive insieme, tra cui nuclei monoparentali, famiglie estese, coppie omosessuali, nuclei poliamorosi o poligami.

Quello che il Manifesto rende esplicito è che PACS e riconoscimento dei matrimoni fra persone dello stesso sesso – sto leggendo il Manifesto – sono parte di uno sforzo più ampio per ridefinire la nostra idea di famiglia, in altre parole ognuno di costruisce la famiglia come vuole, a partire da legami sociali ed emozionali.

È scritto testualmente: *Il matrimonio non è la sola di famiglia o relazione e quindi non deve essere privilegiato economicamente e giuridicamente rispetto alle altre.*

Penso che quanto è detto in questo documento sia significativo di quanto si vuole portare.

Vorrei anche portare un dato che ho tolto da paesi che hanno già legalizzato le situazioni che adesso si appronta a legalizzare lo Stato italiano e sono la Gran Bretagna e l'Olanda.

Qui in sostanza i fatti, l'esperienza che ne è seguita a quella legalizzazione dice proprio il tipo di degradazione, di legami sociali forti, come sono quelli che fanno capo al matrimonio, che ne è derivato. Non solo, ma scrivono gli studiosi, molti laici fra l'altro, dichiaratamente non cattolici che hanno studiato questi fenomeni, che ne è derivato addirittura in gran Bretagna ed Olanda un danno soprattutto nei confronti dell'anello debole della catena, che sono poi i figli, un danno alla loro formazione circa l'identità individuale, proprio che si realizza in questo modo. Quindi evidenziano e concludono che ne è derivato un forte indebolimento della società.

Non solo, ma qualcuno ha giustamente evidenziato come di fatto questo tipo di unione di PACS tenderebbe a realizzare un desiderio impossibile, cioè avere libertà e disimpegno insieme con i vantaggi che vengono da un impegno invece serio e di lunga durata.

Qui non è il problema, come qualcuno diceva stamattina, di chi decide di convivere, il problema non è giudicare queste persone che sono liberissime di adottare le forme che vogliono, il problema è che se si ritiene di riconoscere a questi legami una serie di diritti che oggi sono del matrimonio, evidentemente costoro debbono accollarsi anche i rispettivi doveri.

Prima i conss. Viganò e Dello Sbarba portavano l'esempio di molte coppie di fatto, benissimo, nessuno dice nulla, però il problema non è questo, ognuno è libero nel nostro Paese di assumere le scelte che ritiene su questo, tra l'altro l'ordinamento giuridico non le vieta e quindi anche su questo punto si stanno facendo battaglie civili per chiedere libertà e riconoscimenti che allo stato attuale del diritto non sono assolutamente vietati, ma il problema non è questo. Il problema è che si intende riconoscere diritti tipici del matrimonio a tutta una serie di relazioni che matrimonio non sono e non si intende evidentemente chiedere che queste stesse relazioni si assumano i corrispondenti doveri.

Vorrei anche far presente che non c'è alcun bisogno dei PACS, non solamente perché quanto è richiesto e basta leggersi il disegno di legge approvato dal Governo qualche giorno fa, chi lo legge attentamente vede chiaramente che sono una serie di norme pleonastiche che, alla luce del diritto vigente – lo ribadisco – sono già assolutamente assecondate e qui potremmo andare a fare una serie di esempi: testamento, appartamento, pensioni di reversibilità, oggi davanti a notaio con lo strumento pattizio si riescono tranquillamente a soddisfare.

Dicevo che non c'è alcun bisogno, perché la libertà individuale è garantita dal fatto che ogni persona in questa società è libera di vivere con chi vuole e per quanto vuole. Quindi da questo punto di vista è importante sottolineare questo.

Per intanto, Presidente, mi fermo qui, perché vedo che è scaduto il mio tempo, per correttezza, poi riprendo il ragionamento.

PRÄSIDENT: Sind weitere Wortmeldungen?

Cons. Bertolini, ne ha facoltà.

BERTOLINI: Intervengo a sostegno della mozione presentata dal cons. Morandini, molto legata anche alla mozione precedente e quindi in segno di coerenza penso che il Consiglio regionale non avrà difficoltà ad esprimere un giudizio favorevole sulle proposte del cons. Morandini.

Tra l'altro, durante la discussione sulla mozione precedente, mi sembra che alcuni punti importanti che servono per chiarire l'opportunità, non tanto di andare a discriminare chi sceglie l'unione di fatto, chi sceglie la convivenza, ma piuttosto di rafforzare l'istituto della famiglia che fa parte della nostra società, sia quanto mai opportuno.

Mi riferisco in particolare ad una dichiarazione del cons. Leitner, dove effettivamente queste unioni di fatto, che non rappresentano degli obblighi, ma solamente vogliono istituire dei diritti per chi sceglie la convivenza, alla fine possono trasformarsi in facili scappatoie, in facili percorsi per ottenere dei diritti, magari per mantenere separate le proprie situazioni patrimoniali, in occasione di richieste di contributi o di agevolazioni da parte dell'ente pubblico, salvo poi rivendicare la convivenza e quindi i diritti solamente quando questo fa comodo.

Fra l'altro abbiamo anche visto che l'esperienza fatta da alcune amministrazioni comunali, dove hanno previsto i registri di convivenza, poi di fatto non hanno portato granché di risultati, pochissime sono state le coppie che hanno ritenuto di iscriversi nel registro delle convivenze e quindi a maggior ragione anche questo dimostra l'infondatezza di quanti sostengono che oggi sia necessario istituire i PACS o i Dico.

Quindi sostengo nuovamente la necessità che da parte del Consiglio regionale vi sia un pronunciamento a favore della famiglia tradizionale, fondata sul matrimonio, che comunque i soggetti singoli che decidono di non sposarsi mantengono comunque tutti i loro diritti individuali, che non viene tolto alcun diritto individuale a chi non sceglie la strada del matrimonio, sia civile che religioso, che però chi decide di sposarsi, chi decide di costituire una famiglia credo che questa scelta debba essere riconosciuta, debba essere anche premiata o comunque tutelata.

Pertanto esprimo valutazione positiva sulla mozione n. 17 che recita: "No all'equiparazione dei PACS e delle unioni di persone dello stesso sesso al Matrimonio".

PRÄSIDENT: Danke! Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, auch keine Stimmabgabeerklärungen. Dann stimmen wir ab. Es ist nur eine einzige Abstimmung vorgesehen...

....altri interventi? La parola al cons. Viola. Ne ha facoltà.

VIOLA: In merito alla mozione del collega Morandini esprimiamo voto favorevole, anche perché si torna un po' su quello che si è già detto prima. Evidentemente sulla salvaguardia dei diritti individuali non solo non c'è problema, anzi siamo convinti della promozione assoluta di quello che sono i diritti individuali di tutti, quindi anche di coloro che appartengono a coppie di fatto, il dispositivo parla chiaro: *il Consiglio regionale della Regione autonoma Trentino-Alto Adige, valuta negativamente ogni tentativo di carattere legislativo e/o amministrativo che punti all'equiparazione delle convivenze.*

Viceversa sull'equiparazione siamo evidentemente contrari, così come su quello che viene proposto al punto 2.

Per cui esprimiamo voto positivo alla mozione del cons. Morandini, per le motivazioni peraltro espresse anche in precedenza sulla mozione precedentemente approvata.

PRÄSIDENT: Collega de Eccher, ne ha facoltà.

de ECCHER: Solo per dichiarare la mia posizione favorevole rispetto alla mozione, che peraltro ho anche sottoscritto. I ragionamenti sono gli stessi che ho già proposto nella discussione precedente. Grazie.

PRÄSIDENT: Danke! Collega Morandini, a Lei la parola.

MORANDINI: Presidente, evidentemente la mia dichiarazione di voto non può che essere positiva. Volevo accostare ai ragionamenti fatti sino ad ora, un messaggio interessante che sottopongo ad una lettura amena, visto che oggi sono stati citati parecchi libri.

C'è un libro che molti di loro avranno letto, che è intitolato: "Guerino il Meschino". È la storia di un povero fanciullo che non conosce i propri genitori ed affronta per tutta la vita mille difficoltà pur di andarli a conoscere.

Penso che quanto hanno scritto anche molti a proposito dei Paesi in cui i PACS sono stati legalizzati, mi riferisco all'Olanda e alla Gran Bretagna per stare in Europa, la dica lunga sulla perdita di identità di questi figli e la dica lunga proprio sul fatto che i PACS provocheranno inevitabilmente un cambiamento negativo per la società, cosa denunciata anche da parte di molti intellettuali laici, soprattutto al di fuori del nostro Paese.

Penso che anche alla luce del manifesto che poco fa ho citato, quello che ho preso dall'esperienza degli Stati Uniti, manifesto intitolato "Oltre il matrimonio", riescano più comprensibili alcuni passaggi del memorandum che ha preparato la sezione europea dell'ILGA (International Lesbian and Gay Association) per la presidenza tedesca dell'Unione Europea che dovrebbe occupare i primi sei mesi del 2007.

In questo manifesto si chiede che la stessa presidenza adotti una definizione inclusiva di famiglia e dei legami familiari. In sostanza alla luce della legislazione sui PACS della Gran Bretagna e dell'Olanda si chiede che vengano eliminate tutte le discriminazioni legislative, politiche e pratiche verso qualsiasi forma di relazione o di genitorialità e le restrizioni riguardo a diritti e responsabilità dei genitori, basate sull'orientamento sessuale e sull'espressione di genere.

Inoltre il diritto alla vita familiare non deve dipendere dal riconoscimento legale del matrimonio o della relazione, ma dal riconoscimento dei legami di fatto.

Ora che non si tratti di idee circoscritte lo testimonia anche questo.

Primo. Cosa sta avvenendo in Italia? Lo avete visto un po' tutti che di pari passo con i PACS si sta cominciando ad alimentare il dibattito sulla poligamia, vuoi per i problemi posti dagli immigrati, vuoi per i problemi posti dalla fecondazione artificiale, comunque in Italia sta procedendo questo.

Secondo. Ci sono Paesi in Europa, a non molta distanza da noi, che sono ancora più avanti in questa deriva e faccio riferimento in particolare all'Olanda ed alla Svezia e cito un caso: il 23 settembre 2005, Victor e Bianca de Bruijn che in quel giorno si presentarono al municipio della cittadina olandese di Roosendaal per unirsi in un contratto di coabitazione a Mirjam Geven, una donna da poco divorziata. Più che la fredda terminologia giuridica, nell'opinione pubblica rimase impresso il valore simbolico della cerimonia, con tanto di scambio di anelli, festa nuziale, partenza per il viaggio di nozze.

Analoga cosa è accaduta in Svezia che è stato il primo Paese europeo a concedere nel 1987 il riconoscimento di alcuni diritti alle coppie di fatto, poi sostituito nel 1994 dal più elaborato sistema di registrazione delle unioni.

Allora a conferma – concludo – che i PACS provocheranno, se verranno approvati così, un cambiamento negativo per la società, cosa denunciata anche da parte di molti intellettuali laici, soprattutto al di fuori del nostro Paese, faccio presente che un finto matrimonio è assai meno allettante di un vero matrimonio che richiede rischio e perseveranza e che spesso ci vergogniamo di proporre ai giovani valori come il sacrificio, il senso di un amore che dura e facendo questo facciamo loro un torto, perché impediamo loro di confrontarsi con modelli forti e difficili come il matrimonio.

Quindi da questo punto di vista, a maggior ragione sono dell'idea che i PACS non siano per niente un'urgenza per l'Italia, ma siano ben più urgenti politiche di sostegno alla famiglia.

Volevo chiedere la votazione per appello nominale.

PRÄSIDENT: Ja, appello nominale.

Bitte, Frau Abg. Cogo.

COGO: Chiedo la votazione per scrutinio segreto.

PRÄSIDENT: Allora distribuiamo le schede.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENT: Bevor ich das Abstimmungsergebnis bekannt gebe, möchte ich noch etwas voraus sagen: Am Freitag ist der Regionalrat in einer außerordentlichen Sitzung zum Treffen mit On.le Violante einberufen.

Ich gebe nun das Ergebnis der Abstimmung bekannt:

Abstimmende:	47
Jastimmen	16

Neinstimmen	30
Weißer Stimmzettel	1

Der Regionalrat genehmigt den Antrag nicht.
Ich danke Ihnen für Ihre Anwesenheit und gute Mitarbeit.
Die Sitzung ist geschlossen.

(ore 17.42)

INDICE	INHALTSANGABE
---------------	----------------------

<p>DISEGNO DI LEGGE N. 36: Sostegno delle iniziative umanitarie in Paesi colpiti da eventi bellici, calamitosi o in condizioni di particolari difficoltà economiche e sociali (<i>presentato dai Consiglieri regionali Pahl e Lamprecht</i>)</p> <p style="text-align: right;">pag. 2</p>	<p>GESETZENTWURF NR. 36: Unterstützung von humanitären Initiativen in Ländern, die von Kriegen und Katastrophen betroffen sind oder sich in besonders schwierigen Verhältnissen befinden - <i>eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Pahl und Lamprecht</i></p> <p style="text-align: right;">Seite 2</p>
<p>DISEGNO DI LEGGE N. 23: Modifiche alla legge regionale 30 novembre 1994, n. 3 “Elezione diretta del sindaco e modifica del sistema di elezione dei Consigli comunali, nonché modifiche alla legge regionale 4 gennaio 1993, n. 1” e successive modifiche – <i>presentato dai Consiglieri regionali Urzi, Holzmann, de Eccher e Minniti</i></p> <p style="text-align: right;">pag. 4</p>	<p>GESETZENTWURF NR. 23: Änderungen zum Regionalgesetz vom 30. November 1994, Nr. 3 „Direktwahl des Bürgermeisters und Änderung des Systems der Wahl der Gemeinderäte sowie Änderungen des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1“ in geltender Fassung - <i>eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Urzi, Holzmann, de Eccher und Minniti</i></p> <p style="text-align: right;">Seite 4</p>
<p>DISEGNO DI LEGGE N. 24: Modifiche ed integrazioni alla legge regionale 26 febbraio 1995, n. 2 “Interventi in materia di indennità e previdenza ai Consiglieri della Regione autonoma Trentino-Alto Adige” – autorizzazione alla riduzione della diaria per assenze dalle sedute dei Consigli provinciali – <i>presentato dai Consiglieri regionali Pöder e Klotz</i></p> <p style="text-align: right;">pag. 21</p>	<p>GESETZENTWURF NR. 24: Änderungen und Ergänzungen zum Regionalgesetz vom 26. Februar 1995, Nr. 2 „Bestimmungen über die Aufwandsentschädigung und die Vorsorge der Regionalratsabgeordneten der Autonomen Region Trentino-Südtirol“ – Ermächtigung zu Abzügen vom Tagegeld wegen Sitzungsabwesenheit in den Landtagen - <i>eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Pöder und Klotz</i></p> <p style="text-align: right;">Seite 21</p>
<p>MOZIONE N. 9, presentata dai Consiglieri regionali Bondi, Barbacovi e Pinter, per il rispetto della memoria e contro il riconoscimento della qualifica di militari belligeranti ai combattenti della Repubblica Sociale Italiana (RSI)</p> <p style="text-align: right;">pag. 21</p>	<p>BESCHLUSSANTRAG NR. 9, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Bondi, Barbacovi und Pinter mit dem Titel: Respekt vor der Vergangenheit: Der Gesetzentwurf über die Anerkennung der ehemaligen Soldaten der Italienischen Sozialrepublik als Kriegssoldaten muss abgelehnt werden</p> <p style="text-align: right;">Seite 21</p>

<p><u>IN DISCUSSIONE CONGIUNTA:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ MOZIONE N. 11, presentata dai Consiglieri regionali Cogo, Pinter, Parolari, Barbacovi, Bondi e Gnechchi, affinché la Giunta regionale predisponga proposte legislative e atti amministrativi che promuovano il superamento di discriminazioni determinate dall'orientamento sessuale o dall'identità di genere; ➤ MOZIONE N. 16, presentata dai Consiglieri regionali Bertolini, de Eccher, Delladio e Morandini, concernente i matrimoni tra omosessuali; ➤ MOZIONE N. 17, presentata dai Consiglieri regionali Morandini, de Eccher e Bertolini, concernente l'equiparazione dei PACS e delle unioni di persone dello stesso sesso al matrimonio <p style="text-align: right;">pag. 21</p>	<p><u>IN VEREINHEITLICHER DEBATTE:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ BESCHLUSSANTRAG NR. 11, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Cogo, Pinter, Parolari, Barbacovi und Bondi, mit dem der Regionalausschuss aufgefordert wird, Gesetzesvorschläge und Verwaltungsakte zur Überwindung jeglicher Diskriminierung in Bezug auf die sexuelle Orientierung und die sexuelle Identität im Allgemeinen auszuarbeiten; ➤ BESCHLUSSANTRAG NR. 16, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Bertolini, de Eccher, Delladio und Morandini, betreffend die Ehen zwischen Homosexuellen; ➤ BESCHLUSSANTRAG NR. 17, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Morandini, de Eccher und Bertolini, betreffend die Gleichstellung des zivilen Solidaritätspaktes und der Partnerschaften zwischen Gleichgeschlechtlichen mit der Ehe <p style="text-align: right;">Seite 21</p>
<p>INTERROGAZIONI E INTERPELLANZE</p> <p style="text-align: right;">pag. 68</p>	<p>ANFRAGEN UND INTERPELLATIONEN</p> <p style="text-align: right;">Seite 68</p>

INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI VERZEICHNIS DER REDNER

LAMPRECHT Seppi (SVP - SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	pag.	3-13-49
URZÍ Alessandro (ALLEANZA NAZIONALE)	"	4-8-18
PARDELLER Georg (SVP - SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	"	6
PÖDER Andreas (UNION FÜR SÜDTIROL)	"	10
MORANDINI Pino (U.D.C. - UNIONE DEI DEMOCRATICI CRISTIANI E DEI DEMOCRATICI DI CENTRO)	"	11-27-30-47-58-65
KURY Cristina Anna Berta (VERDI - GRÜNE - VĚRC)	"	12-57
PASQUALI Alberto (FORZA ITALIA PER L'ALTO ADIGE)	"	14
SIGISMONDI Alberto (ALLEANZA NAZIONALE)	"	15
GNECCHI Marialuisa (SINISTRA DEMOCRATICA E RIFORMISTA DEL TRENTINO PER L'ULIVO)	"	17
COGO Margherita (SINISTRA DEMOCRATICA E RIFORMISTA DEL TRENTINO PER L'ULIVO)	"	22-46-52-53-66
BERTOLINI Denis (LEGA NORD - TRENTINO - PADANIA)	"	22-30-57-64
de ECCHER Cristiano (ALLEANZA NAZIONALE)	"	24-51-65
DELLO SBARBA Riccardo (VERDI - GRÜNE - VĚRC)	"	25
SEPPI Donato (MISTO)	"	27
BONDI Mauro (SINISTRA DEMOCRATICA E RIFORMISTA DEL TRENTINO PER L'ULIVO)	"	33

VIGANÒ Giorgio (CIVICA MARGHERITA)	"	36
VIOLA Walter (FORZA ITALIA PER L'ALTO ADIGE)	"	38-49-65
LEITNER Pius (DIE FREIHEITLICHEN)	"	42
ZORZI Giuseppe (CIVICA MARGHERITA)	"	44
CATALANO Agostino (RIFONDAZIONE/TRENTINO AUTONOMISTA)	"	47
CARLI Marcello (U.D.C. - UNIONE DEI DEMOCRATICI CRISTIANI E DEI DEMOCRATICI DI CENTRO)	"	52
CHIOCCHETTI Luigi (U.A.L - UNION AUTONOMISTA LADINA)	"	53
MURARO Sergio (AUTONOMISTI - CASA DEI TRENTINI)	"	54
DOMINICI Caterina (AUTONOMISTI - CASA DEI TRENTINI)	"	55
MOSCONI Flavio (FORZA ITALIA)	"	56